Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 36 – 8. September 2017

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Erdogan islamisiert die türkische Armee
Fachleute werden durch radikale Moslems ersetzt **2**

Deutschland

»Gewonnen hat die AfD«
Keiner mag sie, jeder spricht über sie: Die AfD profitiert vom lahmen Wahlkampf **3**

Hintergrund

Erfolge im Stillen
US-Präsident Donald Trump ist erfolgreicher, als ihn die Gegner aussehen lassen **4**

Preußen / Berlin

In Berlin drohen die Sozialkosten zu explodieren
Syrischer Familiennachzug verschärft das Problem **5**

Ausland

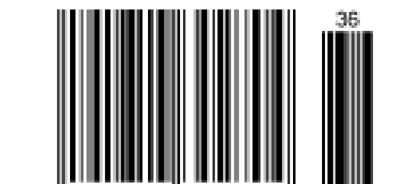
Kontinuität trotz Wechsel
Angola bekommt einen neuen Präsidenten **6**

Kultur

Ein Meister, der bleibt
Vor 200 Jahren wurde Theodor Storm geboren **9**

Geschichte

Honeckers Triumph
Vor 30 Jahren besuchte der Diktator Bonn **11**





Protest wird als „Hetze“ diffamiert: Demonstranten bei Merkel-Auftritt am 30. August in Ludwigshafen Bild: Getty

Kritik ohne Ventil

»TV-Duell«: Die großen Parteien sind vor aller Augen zum Block verschmolzen

Das „große TV-Duell“ zeigte eine politische Friedhofsstille, die in der Geschichte schon oft abrupten Umbrüchen voranging.

Durch die Gesprächsrunde bei Anne Will nach dem „TV-Duell“ zwischen Angela Merkel und Martin Schutz raunte eine düstere Zahl: 30 Prozent der Deutschen hätten sich bereits komplett abgewendet von den etablierten Parteien, wählten entweder AfD oder bewusst gar nicht mehr, hieß es. Die seien auch nicht mehr zurückzuholen, prognostizierte eine Journalistin des „Spiegel“, ohne dafür Widerspruch zu ernten.

Eine Zahl, welche die Vertreter der Etablierten erschrecken lassen sollte. Doch der anwesende Ex-Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg (CSU) hakte die 30 Prozent als „westeuropäischen Normalzustand“ ab. Der ebenfalls mitdiskutierende frühere SPD-Chef Franz Müntefering empfahl immerhin, dass man den Dialog mit den Abgewanderten suchen solle und erkannte: Die Debatte in Deutschland sei tot, sie müsse wiederbelebt werden.

Debatte wiederbeleben? Im „TV-Duell“ hatten die Zuschauer soeben das Gegenteil erleben müssen. Beide vermeintlichen Kontrahenten spulten Phrasen ab oder redeten sich heraus. Beispiel: der anstehende, womöglich millionenfache Familiennachzug von Syrern. Hier müsse Deutschland zu seinen „internationalen Verpflichtungen“ stehen und sei an die „Rechtslage“ gebunden.

> »30 Prozent abgewandert«: Unmut wächst verborgen

Keiner der Moderatoren fragte, wer denn diese „Rechtslage“ geschaffen habe, wer die „internationalen Verpflichtungen“ eingegangen sei, wenn nicht vor allem die beiden Diskutanten respektive deren Parteien? Die dreiste Ankündigung Merkels, über den Syrer-Nachzug werde (warum wohl?) erst nach der Wahl endgültig entscheiden, stellte eine Drohung dar, die erstaunlicherweise ebenfalls keine kritischen Fragen nach sich zog.

Das eher gelangweilt als erzürnt aufgenommene „Platzpatronen-Duell“ geriet zum perfekten Abbild der deutschen Misere. Der Herausforderer forderte nicht heraus, die Titelverteidigerin musste sich mithin auch nicht verteidigen. Der Spruch „Die sind doch eh alle gleich“ erhielt seine Bestätigung von höchster Stelle. Der alte Hase Müntefering ahnt, welche Gefahr hinter solch einer Konstellation lauert. In der Geschichte entpuppten sich derartige Phasen vordergründiger Friedhofsruhe oftmals als Vorstufe abrupter Umbrüche.

Denn es sind Perioden der Gärung, in denen sich das explosive Gemisch der Unzufriedenheit sammelt, ohne bei der großen Politik Ventile zu finden, die es in einer lebendigen Demokratie haben sollte. Etablierte Politik und Medien haben die Ventile mit Verdikten wie „Populismus“, „Hetze“ oder „Spaltung der Gesellschaft“ derart fest verstopft, dass so gut wie nichts mehr entweichen kann.

Sie hatten diese Verstopfung für ihren Sieg. Das könnte sich als größter Irrtum der deutschen Geschichte seit den Fehleinschätzungen der SED am Ende der DDR herausstellen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Einmischung

Seit der immerwährend tönende Selbstdarsteller Joachim Gauck im März seine Koffer gepackt hat, hört man nichts mehr aus dem Schloss Bellevue. Dass mit dem farblosen Frank-Walter Steinmeier gepflegte Langeweile Einzug ins Bundespräsidialamt halten würde, war zu erwarten, aber es ist dort so still, dass man fast meinen könnte, dass das Amt des deutschen Staatsoberhaupts sei verwaist. Nun hat sich Steinmeier doch einmal zu Wort gemeldet und gleich ausgerechnet das gemacht, was dem Bundespräsidenten keinesfalls zusteht: Er mischt sich in den Wahlkampf ein. Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ warf er Alexander Gauland und der AfD vor, geistige Brandstifter zu sein, die „das Klima im Land“ vergifteten. Damit reagierte er auf Gaulands Kritik an der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz (SPD), die Leitkultur für einen „ideologisch beladenen Kampfbegriff“ hält und meint, „eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“.

Wenn sich der Bundespräsident schon nicht aus der Tagespolitik heraushalten mag, dann sollte er das bitteschön ausgewogen und überparteilich tun. Dazu gehört, dass er, wenn er schon AfD-Politiker für möglicherweise sprachlich unangemessene Äußerungen kritisiert, auch deutlich ausspricht, dass es seine integrationsunwillige, aus einem radikalislamischen familiären Umfeld kommende und Kinderehen gut findende Parteifreundin Özoguz ist, die mit ihren Äußerungen das politische Klima vergiftet und geistige Brandstiftung betreibt. Und dazu gehört auch, die ständigen Hetztiraden seiner Genossen Stegner, Oppermann und Kahrs deutlich anzuprangern.

Millionenstadt an Kostgängern

390 000 Syrer in Deutschland dürfen bis zu zwei Millionen Familienangehörige nachholen – Bis zu 70 Milliarden Euro Zusatzkosten pro Jahr

Am 28. August beim Flüchtlingsgipfel in Paris ließ Angela Merkel eine verstörende Zahl durchsickern: 390 000 Syrer in Deutschland hätten das Recht auf Familiennachzug, und zwar bereits bis Anfang des Jahres 2018. Diesen sozialen Sprengstoff knapp einen Monat vor der Bundestagswahl zu lancieren, zeigt, wie sicher sich Merkel ist, die Wahl zu gewinnen, geschehe, was da wolle.

Zurückhaltend gerechnet: Wenn 390 000 Personen, also Männer aus dem orientalischen Kulturkreis mit den dort üblichen Großfamilien, auch nur jeweils vier bis fünf Familienmitglieder nachholen – eine Frau plus Kinder –, bedeutet das in wenigen Monaten zwischen 1,56 und 1,95 Millionen weiterer Moslems allein aus Syrien in Deutschland. Das ist eine Millionenstadt in der Größe zwischen Hamburg und München. Sie kosten den deutschen Steuerzahler im Durchschnitt 3000 Euro pro Person und Monat, also zwischen 4,68 und 5,85 Milliarden Euro. Im Monat.

Aufs Jahr hochgerechnet bedeutet allein der Familiennachzug der 390 000 Syrer Mehrkosten für Deutschland zwischen 56,16 und 70,2 Milliarden Euro. Zusätzlich zu den bisher bereits rund 50 Milliarden Euro, die Deutschland bereits – nach einer realistischen Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen – pro Jahr für sogenannte Flüchtlinge aus aller Welt ausgibt, die hier in die Sozialsysteme eingewandert sind.

> In Syrien fehlen Bäcker, gleichzeitig wollen sich syrische Asylbewerber in Deutschland in diesem Beruf selbstständig machen

Da der Bundeshaushalt für das Jahr 2018 rund 330 Milliarden Euro umfasst, würde ungefähr ein Drittel des Bundeshaltes für vorwiegend islamische Einwanderer ausgegeben werden. Geld, das nicht der Staat erwirtschaftet, sondern das die gewerblichen und privaten Steuerzahler an den Staat abgeben müssen.

Von Rückkehr ist unterdessen keine Rede, dabei ist sie längst wieder möglich. Der Fernsehsender Euronews brachte am 31. August eine Reportage aus Homs. Viele Syrer würden jetzt in die befriedete Stadt zurückkehren. Homs sei auch dringend auf tatkräftige Einwohner angewiesen – zum Beispiel auf Bäcker, weil „für Syrer Brot zum Alltag“ gehört. Bisher backt, laut Euronews, allerdings erst ein Bäcker in Homs. Erstaunlich, dass in Deutschland viele Syrer aus Homs „Bäckereien“ oder „syrische Restaurants“ als Geschäftsidee angeben, sowie ihnen ein Mikrofon unter die Nase gehalten wird. Noch erstaunlicher ist, dass niemand die „schutzsuchenden“ Syrer fragt, wann sie denn ins befriedete Syrien zurückkehren. Zu ihren Familien, die dort seit Jahren überlebt haben.

Noch etwas verstört aktuell anlässlich der 390 000 Syrer, die Asyl, also temporäre Zuflucht, in Deutschland genießen und die deshalb absurderweise ihre Familien nachziehen lassen wollen: Am letzten Wochenende ging in Damaskus mit einem Besucherrekord von 2,2 Millionen die 59. „Internationale Messe“ zu Ende. Bei der letzten Messe 2010 – seither fiel sie bürgerkriegsbedingt aus – wurden nur 600 000 Besucher registriert. Das diesjährige Motto lautete „Syrien lebt“. 1562 Unternehmen aus 43 Staaten stellten aus, darunter auch Deutschland mit einem „deutschen Pavillon“, auf dem sich die Firmen Ostendorf Kunststoffe und BQ Rohrsysteme aus Niedersachsen durch eine libanesische Vermittlerfirma vertreten ließen. *Ulrike Dobberthien*

MELDUNGEN

Kaum Fusionen untersagt

Berlin – Beim Bundeskartellamt sind in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 2440 Unternehmenszusammenschlüsse angemeldet worden. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht des Amtes hervor. Demnach wurden 19 Anmeldungen in einem sogenannten Hauptprüfverfahren näher untersucht, davon wurde eine Fusion untersagt. Dabei handelte es sich um den Zusammenschluss der Lebensmittel-Einzelhandelsketten Edeka und Kaiser's/Tengelmann, der nach Ansicht des Kartellamtes zu einer erheblichen Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen auf zahlreichen ohnehin hoch konzentrierten Regionalmärkten geführt hätte. Außerdem verhängte die Behörde wegen Kartellabsprachen Bußgelder gegen die beteiligten Personen und Unternehmen. So wurden 2015 rund 332 Millionen und 2016 rund 290 Millionen Euro vereinnahmt. *J.H.*

Regierung zum Insektenbestand

Berlin – Darüber, ob es tatsächlich ein Insektensterben gibt, herrscht Uneinigkeit (siehe *PAZ* 30/2017, S. 12). Die Bundesregierung geht in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen von einer „massiven Abnahme von Insektenvorkommen" in Deutschland aus. Sie verweist unter anderem auf regionale Untersuchungen entomologischer Vereine in Krefeld und Stuttgart. An Versuchsstandorten habe es demnach „dramatische Rückgänge der Insektenbiomasse vom Jahr 1982 bis zum Jahr 2017 um bis zu 80 Prozent" gegeben. Allerdings gäbe es noch keine „bundesweit repräsentative Datenbasis zur Einschätzung von Langzeitveränderungen von Vorkommen und Bestandsgrößen der Insektenfauna in Deutschland". Als Gründe für den Rückgang der Insektenpopulation führt die Bundesregierung unter anderem Habitatverluste, Landschaftsfragmentierung, invasive Arten, Klimawandel und den Einsatz von Pestiziden an. *J.H.*

Erdogan islamisiert die türkische Armee

Systematisch besetzt der Staatspräsident Schlüsselpositionen mit ihm ergebenen radikalen Moslems

Ehemalige Offiziere der Türkei warnen vor einer gezielten Islamisierung der türkischen Streitkräfte seit dem Putschversuch gegen Recep Tayyip Erdogan vor einem Jahr. Sie warnen davor, dass bereits in wenigen Jahren die türkische Armee „voller Extremisten und Salafisten" sei.

Seit der Eroberung Kleinasiens vor 1000 Jahren durch die türkischen Seldschuken und später die Osmanen waren die berüchtigten Armeen der Sultane und Kalifen die eigentliche Machtbasis der türkischen Herrschaft über das einst griechisch-byzantinische Kleinasien. Da die aus unterschiedlichen Stammesverbänden zusammengesetzten türkischen Heerscharen nach der Eroberung begannen, sich gegenseitig zu bekriegen, wurden die Elitetruppen der Osmanen bald unter ausländischen Sklaven ausgehoben, bis diese sogenannten Janitscharen zu mächtig wurden und 1826 aufgelöst wurden. Der legendäre Ruf der ausländischen Söldner haftet der türkischen Armee noch lange an. Selbst der Gründer der modernen Türkei, General Mustafa Kemal Pascha, der 1923 den Kalifen absetzte und 1934 den Nachnamen Atatürk annahm, posierte am liebsten noch in einer Janitscharenuniform. Unter Atatürk wurde die türkische Armee, die im Ersten Weltkrieg mit Hilfe deutscher Offiziere modernisiert worden war, zum Hüter der laizistischen Verfassung der modernen Türkei. Die Generäle waren die eigentlichen Herren des Landes, sie erhielten durch die Verfassung besondere, weitgehende Rechte. Sie verstanden sich als Wahrer des Erbes Atatürks. Das schloss in ihren Augen das Recht ein zu putschen, wenn sie das Erbe durch die Politiker in Gefahr sahen. Das vorerst letzte Mal putschten sie 1997, um den radikal-islamischen Premier Necmettin Erbakan, den politischen Mentor des heutigen Präsidenten, abzusetzen. Auch Erdogan selber musste damals als Istanbuler Bürgermeister für einige Zeit ins Gefängnis.

> Vertretern der alten, laizistisch geprägten ehemaligen Militärelite wird währenddessen in Ankara der Prozess gemacht

Seit dem Wahlsieg seiner islamischen Gerechtigkeitspartei 2002 verdrängte Erdogan mit Hilfe des Predigers Fethullah Gülen die Militärs Schritt für Schritt von der Macht. Der von den Generälen dominierte Nationale Sicherheitsrat, in dem alle wichtigen Entscheidungen getroffen wurden, wurde abgeschafft. 2011 säuberte Erdogan ein erstes Mal das gesamte Offizierskorps von Anhängern der alten, laizistischen Staatsdoktrin. Allerdings blieben damals noch die Anhänger des Predigers Gülen, mit dem Erdogan erst im Jahre 2013 gebrochen hat, im Offizierskorps. Für diese kam die Stunde der Wahrheit nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016, den Erdogan als „Gottesgeschenk" bezeichnet hat. 169 der 326 Generäle und Admiräle wurden entlassen. Über 10 000 Soldaten wurden seitdem aus der Armee entfernt wegen angeblicher Verbindungen zur Bewegung Gülens, den Erdogan beschuldigt, der Drahtzieher des Putschversuchs gewesen zu sein. 486 Personen, die unmittelbar an dem Putschversuch beteiligt gewesen sein sollen, darunter der damalige Kommandeur der Luftstreitkräfte Akin Öztürk, wird derzeit in Ankara der Prozess gemacht.

Um die Putschgefahr ein für alle Mal zu bannen, besetzt Erdogan nun immer mehr Schlüsselpositionen im Offizierskorps mit ihm treu ergebenen radikalen Moslems. Die damit verbundenen massenhaften Umbesetzungen im Offizierskorps stoßen auf Widerstand. Ende Februar veröffentlichte die Zeitung „Hürriyet" einen Artikel mit der Überschrift „Unbehagen im Militär-Hauptquartier". Hintergrund war die Aufhebung des Kopftuchverbots für Soldatinnen. Erdogan verurteilte den Artikel öffentlich als „ungehörig" und setzte den Chefredaktor ab, gegen die Verfasserin wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese Reaktion bewies, dass der Bericht einen wunden Punkt getroffen hatte. Es wurde sogar spekuliert, dass Erdogans Angst vor der Armee so groß sei, dass er nur noch unbewaffnete Ehrenformationen abschreite.

In der NATO, der die Türkei wie Griechenland seit dem 18. Februar 1952 angehört, gibt es nach den Säuberungen Zweifel an der Einsatzbereitschaft der türkischen Armee. Die Türkei stellt nach den USA die zweitgrößte Streitmacht des Nordatlantikpaktes. Die Führungsstrukturen und operationellen Fähigkeiten der türkischen Armee seien nach der Säuberungswelle „geschwächt", sagen NATO-Diplomaten. Nach dem Putschversuch hatte Erdogan auch 150 erfahrene Offiziere aus den NATO-Stäben abgezogen und ersetzt. Es fiel auf, dass die Ersatzleute erhebliche Schwierigkeiten mit und Defizite in der englischen Sprache hatten und mit Sicherheitsfragen nicht vertraut waren. Das ist ein klares Indiz dafür, dass unter Erdogan Religion vor der fachlichen Qualifikation kommt. Beim Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien im Februar dieses Jahres mussten im Kampf gegen Kurden und IS-Terroristen erhebliche militärische Rückschläge eingesteckt werden. Offenbar bereitet Erdogan seine Armee bereits darauf vor, in Zukunft mehr gegen unbewaffnete Oppositionelle vorzugehen als gegen schwer bewaffnete islamische Terroristen. Es wird spekuliert, dass Erdogan eine „islamische" Atombombe plant. *Bodo Bost*



Die Anklage lautet auf Beteiligung am Putschversuch: Akın Öztürk und andere hohe Offiziere Bild: Imago

Terror-Eskalation befürchtet

Peter R. Neumann schließt Anschläge mit C-Waffen nicht aus

Westeuropäische Sicherheitsstellen haben in einer eingehenden Analyse festgestellt, dass Dschihadisten zumeist zwischen 15 und 69 Jahre alt und überwiegend männlich sind. Die Hälfte von ihnen ist ledig, während annähernd jeder Vierte sich als verheiratet mit Kindern ausgibt. 40,2 Prozent dieser „Gotteskrieger" waren arbeitslos, über 41 Prozent vorbestraft, knapp ein Drittel hatte psychische Probleme. Angeworben für den „Heiligen Krieg" in Syrien wurden über 35 Prozent durch die massive Internetpropaganda des Islamischen Staates (IS), fast 48 Prozent durch persönliche Kontakte in ihrem Heimatland.

In jüngster Zeit wurden erste Fälle bekannt, dass Meldungen aus Syrien von getöteten „Gotteskriegern" falsch sind, dass die betreffenden Personen vielmehr leben und mit einer falschen Identität sowie falschen Personalien und Identitätspapieren nach Europa zurückkehren, wahrscheinlich um hier den „Heiligen Krieg" gegen alle „Ungläubigen" fortzuführen.

Der bekannte Terror-Experte und Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am Londoner King's College Peter R. Neumann und der Schweizer Léon Gaucher, der als einer der Ersten seit 2005 über Dschihadisten schreibt, befürchten, dass sie angesichts ihres militärischen Niedergangs in Syrien „eine neue Eskalationsstufe, einen noch gruseligeren Anschlag planen werden, um die Aufmerksamkeitsschwelle deutlich anzuheben. Sie sollen Angst und Panik verbreiten. Dafür sind immer dramatischere Anschläge notwendig." Der Londoner Experte will dabei sogar solche mit chemischen Waffen nicht ausschließen. Der deutsche Bundesinnenminister jedenfalls erklärte unlängst die „Gotteskrieger" für die gegenwärtig „größte Gefahr". *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

Terror-Experte und Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am Londoner King's College Peter R. Neumann Bild: U.S. Department of State

»Vertreibung ächten«

Festakt und Kranzniederlegung zum Tag der Heimat

Feierliches Gedenken an Flucht und Vertreibung am vergangenen Sonnabend zum Tag der Heimat. Passend zum runden Geburtstag des Bundes der Vertriebenen (BdV) stand die diesjährige Veranstaltung im Humbold-Saal der Urania Berlin unter dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung". BdV-Präsident Bernd Fabritius unterstrich in seiner Ansprache die Bedeutung dieses Festaktes als „Gelegenheit, auf das kollektive Schicksal der Vertriebenen als Teil der deutschen Volksbiografie und gleichzeitig auf ihr tägliches Wirken hinzuweisen" und „in Politik und Gesellschaft gesehen und gehört" zu werden. Seit 60 Jahren gebe der BdV den deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern Gesicht und Stimme. Er stehe als „Fixpunkt im Gemeinwesen der Bundesrepublik" wie „ein Leuchtturm an stürmischer Küste und sendet seine Lichtsignale" aus, so Fabritius.

Als eine aktuelle politische Forderung nannte der BdV-Präsident die normative Verankerung des „fundamentalen Menschenrechts des Schutzes vor Vertreibung und ethnischen Säuberungen" in der europäischen Rechtsordnung. Außerdem forderte er eine stärkere politische und gesellschaftliche Beachtung der Schicksale und Anliegen der Spätaussiedler. Der BdV bestehe darauf, dass „deutsche Spätaussiedler bei uns, in Deutschland, eine angemessene Willkommenskultur vorfinden". An keiner Stelle sei das Wort „Willkommenskultur" passender und notwendiger als in der Spätaussiedlerpolitik. Zugleich unterstütze der BdV den Bleibewillen der Menschen und dränge auf Hilfen für die deutschen Minderheiten in den ost- und mitteleuropäischen Ländern als auch in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der GUS.



Gemeinsames Gedenken: Der LO-Vorstand mit Kranz am zentralen Mahnmal der Heimatvertriebenen Bild: J.H.

Die Festrede hielt in diesem Jahr der Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière (CDU). Er strich die Bedeutung des Tages der Heimat nicht nur als Erinnerung an millionenfaches Leid, sondern auch als „Mahnung dafür, Vertreibungen als Mittel zur Lösung politischer Probleme auf Dauer zu ächten und das Recht auf Heimat wachzuhalten", heraus. Den BdV ermutigte er, „sein Engagement um den Aufbau einer nachhaltigen Erinnerungskultur, die im Wissen um die eigene deutsche Geschichte dem Frieden dient, fortzusetzen". Die Bundesregierung werde ihn auf diesem Weg auch weiterhin unterstützen.

Nach der Veranstaltung fand am zentralen Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz die traditionelle Kranzniederlegung statt, bei welcher auch der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) einen Kranz niederlegte. Neben dem BdV-Präsidenten sowie Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, Berliner BdV- und LO-Landesvorsitzender, sprach Innensenator Andreas Geisel (SPD) im Namen des Berliner Senats gedenkende Worte. *J.H.*

»Gewonnen hat die AfD«

Keiner mag sie, jeder spricht über sie: Vom langweiligen Wahlkampf profitiert vor allem eine Partei

Gott segne die AfD! – Mit derart blasphemischen Stoßgebeten dürften derzeit viele Mainstream-Journalisten ihren Arbeitstag beginnen. In einem Wahlkampf, dessen Erregungsfaktor bislang ungefähr auf dem Level eines Bingo-Nachmittags im Seniorenheim rangiert, erscheinen die wackeren Streiter um die beiden Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland wie pures TNT.



„Alles Zweistellige“ wäre ein gutes Ergebnis: Alice Weidel und Alexander Gauland Bild: Imago

Skandal, Streit und schillernde Feindbilder bringt die Truppe unter der knallblauen AfD-Fahne in die Debatte ein. Hätten Graf Dracula, Star-Wars-Schurke Darth Vader oder Harry-Potter-Gegenspieler Lord Voldemort ein Parteibuch, es wäre natürlich das der AfD. Ohne mit der Wimper zu zucken und nur halb im Scherz würde wohl ein Großteil der Polit-Redakteure bei „Taz“, „FAZ“, „Bild“ und „Bams“ dieser Aussage zustimmen. Sozusagen auf Teufel komm raus mühen sie sich derzeit, das AfD-Personal zu diabolisieren. Das geht bis an die Grenze des Lächerlichen. Wenn AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland grob, aber durchaus gebräuchlich davon spricht, die SPD-Politikerin Aydan – „Eine deutsche Leitkultur gibt es nicht“ – Özoguz in ihrer Herkunftsregion Anatolien entsorgen zu wollen, lässt sich daraus nun einmal keine Goebbelsche Sportpalastrede fabrizieren.

Nicht eingetreten ist, was Gauland im Frühjahr dieses Jahres in einem Interview mit der *PAZ* befürchtete (Ausgabe 12, Seite 2). Er sah die kleinen Parteien im Wahlkampf weitgehend gleichberechtigt, während sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit allein auf das Duell der beiden Kanzlerkandidaten Merkel und Schulz richten würde. Die Polarisierung ist ausgeblieben. Zu ungleich ist die Auseinandersetzung zwischen den beiden. Mutti ist zur deutschen Übermutter emporgewachsen, der Mann aus Würselen auf Kleinstadt-Maße verzwergt. Die Wahl scheint entschieden. Zahm und zärtlich geht man miteinander um. Aus dem großangekündigten TV-Duell zwischen den beiden am vergangenen Sonntag wurde ein kuscheliges Duett, ein Jahrmarkt der Nichtigkeiten.

„Keine Antworten, keine Ziele. Nicht bürgerlich, nicht freiheitlich, nicht patriotisch. Nichts. Bloß keine Attacke, ja kein nachhaken“, ätzt Nadine Hoffman von der Thüringer AfD über den Auftritt der beiden „sorgsam gepuderten Gestalten“. Ihre Schlussfolgerung: „Auch wenn sicherlich weder von den Nichtssagenden noch von den Wenigfragenden so beabsichtigt, gewonnen hat die AfD.“

Wie stark man am Ende von der lahmen Merkel-Schulz-Show profitiert, bleibt allerdings abzuwarten. Mehr noch als bei anderen Parteien wirken die unterschiedlichsten Kräfte auf die AfD ein. Einige kosten Stimmen, andere verschaffen welche. Im Internet ist die AfD besonders stark. Ihre Facebook-Seite beispielsweise verzeichnet 336 000 „Gefällt mir“-Angaben. Die CDU kommt nur auf 143 000, die SPD auf 157 000, die CSU auf 186 000. Auch den Kurznachrichtendienst Twitter dominiert die AfD. Keine andere Partei wurde in den vergangenen drei Monaten häufiger erwähnt. Nun sollen die Spezialisten einer US-amerikanischen Werbeagentur sogar noch mehr potenzielle AfD-Stimmen aus dem digitalen Netz fischen. Harris Media heißt das kürzlich engagierte Unternehmen. Es hat schon der englischen Ukip-Partei beim Brexit geholfen und war kurzfristig auch für Donald Trump im digitalen Wahlkampf-Einsatz. In der Berliner AfD-Geschäftsstelle würden jetzt zwei Harris-Männer, Anfang 30, sitzen, die „vor Ideen sprühen“, erklärte Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski dem Berliner „Tagesspiegel“.

> Im Internet ist die Partei besonders stark. Die Facebook-Seite gefällt 336 000 Nutzer, bei der CDU sind es nur 143 000

Mut und Durchhaltewillen statt sprühender Ideen braucht es für den Wahlkampf auf der Straße. Hier bewegen sich die AfD-Leute praktisch im Feindesland. Plakate werden flächendeckend zerstört, kaum dass sie aufgehängt sind. In Nürnberg erteilt SPD-Bürgermeister Christian Vogel dem AfD-Spitzenkandidaten mal eben Redeverbot. Die „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ könne durch den Auftritt Gaulands Schaden nehmen, lässt er verlauten. In Bochum wird ein Mitglied der Jungen Alternative von mutmaßlichen Linksextremisten überfallen und lebensgefährlich verletzt. Die Ärzte fürchten um sein Augenlicht. Gut möglich, dass in den letzten Tagen des Wahlkampfes noch Schlimmeres passiert. Gut möglich aber auch, dass sich AfD-Leute aus der zweiten und dritten Reihe daneben benehmen und Skandalisierbares produzieren. Genüsslich wurden im NDR gerade Auszüge der Chat-Protokolle von Holger Arppe vorgetragen. Der Vize-Fraktionschef der AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sprach in einer internen Facebook-Gruppe von „rot-grünem Geschmeiß“, das „aufs Schafott“ gehöre: „Und dann das Fallbeil hoch und runter.“

Arppe hat inzwischen sein Parteibuch abgegeben. Der Skandal blieb vergleichsweise klein. Vielleicht auch, weil der Galerie-Besitzer aus Rostock seine Pöbeleien tourette-syndrom-artig in jede Himmelsrichtung verteilte. Auch die AfD-Spitze selbst blieb nicht verschont.

Wie viele Stimmen die verbalen Entgleisungen dennoch gekostet haben, bleibt offen. Derzeit sehen Umfragen die AfD bei Werten zwischen acht und elf Prozent, vielfach auch als drittstärkste Kraft vor den Grünen, der Linkspartei und der FDP. Gauland und Weidel erklärten in einem Interview, dass sie „alles Zweistellige“ für ein gutes Ergebnis halten würden. Wenn es soweit kommt, müssten eigentlich auch Deutschlands Mainstream-Journalisten die Sektkorken knallen lassen. Sind ihre Lieblings-Schurken doch in beachtlicher Mannschaftsstärke im Bundestag angekommen, um tatkräftig für weitere Schlagzeilen zu sorgen.

Frank Horns

MELDUNGEN

Fraktionen gaben Millionen aus

Berlin – Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat die geprüften Rechnungen der vier Bundestagsfraktionen für das Kalenderjahr 2016 vorgelegt. Aus der Unterrichtung an das Parlament geht hervor, dass die Unions-Fraktion im vergangenen Jahr mehr als 32,71 Millionen Euro und die SPD-Fraktion fast 24,66 Millionen Euro ausgegeben hat. Die Ausgaben der Fraktion der Linkspartei betrugen knapp 12,52 Millionen Euro und die der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fast 13,51 Millionen Euro. Der größte Teil der Fraktionseinnahmen bestand aus Geldleistungen nach dem Abgeordnetengesetz. Den größten Ausgabenposten stellten bei allen Fraktionen die Personalkosten dar. *J.H.*

Bioenergie nicht umweltfreundlich

Berlin – Die Nutzung von Bioenergie ist nicht so umweltfreundlich, wie uns vorgegaukelt wird. Wie nämlich aus dem Bericht der Bundesregierung zur Steuerbegünstigung von Biokraftstoffen hervorgeht, verursacht sie mittelbar den Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen. In dem Bericht heißt es, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Biomasse für energetische Zwecke auf Flächen produziert werde, die vorher zur Produktion von Biomasse für andere Zwecke wie für Lebens- oder Futtermittel genutzt worden seien. Die Produktion dieser Lebens- oder Futtermittel könne infolgedessen zumindest teilweise in Gebiete mit hohem Kohlenstoffbestand wie Wälder oder Moore verdrängt werden. Auf diesem Wege könne die energetische Nutzung von Bioenergie mittelbar Treibhausgasemissionen verursachen und ökologisch wertvolle Gebiete gefährden. Wie 2015 wurden 2016 rund zwei Millionen Tonnen Biodiesel eingesetzt. *J.H.*

Nach Merkels Sieg

Wer nach der Bundestagswahl in der SPD etwas werden wird

Glaubt man den Meinungsumfragen, dann ist die Sache gelaufen. Der Rückstand der SPD auf die Union ist derart groß, dass selbst im Willy-Brandt-Haus nur noch die hartgesottensten Optimisten an einen Wahlerfolg der Sozialdemokraten glauben. Da auch eine linke Mehrheit nicht in Sicht ist, stellt sich für die SPD die spannende Frage, was sie nach der Bundestagswahl vom 24. September zu tun gedenkt.

Die Große Koalition unter Führung der CDU-Kanzlerin Angela Merkel hat die SPD mürbe gemacht. Fast schon beschwörend weist Fraktionschef Thomas Oppermann darauf hin, dass seine Partei viele zentrale Punkte ihres Wahlprogramms durchgesetzt habe. Doch den Wähler interessiert dies offenbar wenig.

„Wir kämpfen bis zum Schluss für eine eigene Mehrheit“, sagte Martin Schulz kürzlich. In den vergangenen Wochen hat der Herausforderer die Kanzlerin widerholt attackiert. „Er bringt sich in Stellung“, sagen sie in der SPD. Klar ist: Schulz kann gut mit Merkel und würde im Falle einer Neuauflage der Großen Koalition gerne Außenminister werden.

Auf diesem Posten sitzt derzeit sein Vorgänger als Bundesvorsitzender der SPD, Sigmar Gabriel. Das Tischtuch zwischen den beiden ist längst zerschnitten. Schafft es Schulz, bis zum Wahltag ein paar Punkte zuzulegen und in den Bereich der 26 Prozent zu kommen, die Peer Steinbrück 2013 erzielte, dann stehen ihm alle Optionen offen. Setzt er sich gegen Gabriel durch, wäre dessen politische Karriere wohl beendet.

> Oppermann und Gabriel könnten verlieren, Heil und Nahles hingegen aufsteigen

Doch was passiert, sollte sich die CDU für ein Bündnis mit der FDP und gegebenenfalls den Grünen entscheiden? Dann müsste die SPD auf der Oppositionsbank Platz nehmen. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann gilt intern als verbrannt. Er hat vielen Abgeordneten auf die Füße getreten, gilt zudem nicht als einer von Schulz' Vertrauten.

In der Fraktion erinnert man sich noch genau an den September des Jahres 2009, als der geschlagene Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier das Chaos des Wahlabends nutzte und sofort erklärte, er wolle dazu beitragen, dass die SPD wieder zu „alter Kraft“ zurückfinde, und sei bereit, das „als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag“ zu tun. „Es war der Putsch eines Verlierers, und er gelang“, kommentierte der Nachrichtensender NTV. Schulz wird zugetraut, genauso vorzugehen. Er könnte argumentieren, solange die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung bestehe, seien Fraktions- und Parteivorsitz besser in einer Hand vereint.

Doch er hat Konkurrenten, die in Berlin prächtig vernetzt sind. Der neue Generalsekretär Hubertus Heil zum Beispiel. Von ihm heißt es, er habe die schwache Kampagne der Partei doch noch in Schwung gebracht. Die schärfste Rivalin von Schulz ist aber Arbeitsministerin Andrea Nahles. Früh hat der Kanzlerkandidat erklärt, er wünsche sich diese auch weiterhin auf dieser Position. Wohl auch, um eine Konkurrentin weniger zu haben. Nahles selbst schweigt sich aus. Doch in der Partei heißt es, sie sei die richtige, um der SPD in der Opposition wieder ein linkes Profil zu geben.

Peter Entinger

Zeitzeugen

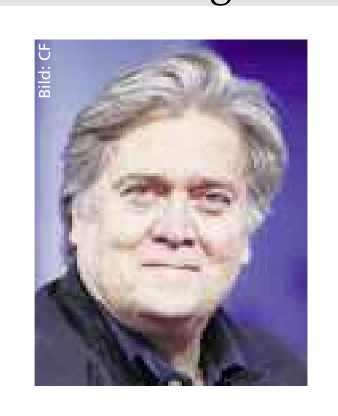


Bild: CF

Stephen Bannon – Der Publizist war ab August 2016 zunächst Berater des damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, nach dem Wahlsieg Chefstratege im Weißen Haus. Am 18. August dieses Jahres trat der 63-Jährige von dieser Funktion zurück und übernahm die Leitung der Webseite Breitbart News Network.

Sebastian Lukács Gorka – Mit dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler hat neben Stephen Bannon ein weiterer Berater die Trump-Administration verlassen. Der gebürtige Brite hatte sich im Weißen Haus vor allem mit Außenpolitik und Terrorabwehr beschäftigt. Laut der „New York Times" ist der 46-Jährige nicht freiwillig zurückgetreten, sondern auf Druck von Stabschef John Kelly. In einem Schreiben kommentierte Gorka seinen Weggang mit den Worten: „Für mich ist klar, dass Kräfte, die nicht das Wahlkampfversprechen ‚Make America Great Again' unterstützen, zurzeit im Weißen Haus Auftrieb haben."

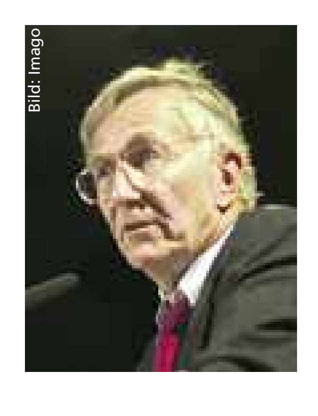


Bild: Imago

Seymour Hersh – Der 80-Jährige gilt in den USA als eine Legende unter den Investigativjournalisten. Er war an der Aufdeckung zahlreicher Skandale beteiligt. Am 1. August sprach der Pulitzer-Preis-Träger in einem Interview über Erkenntnisse, wonach nicht russische Hacker der Enthüllungsplattform Wikileaks belastendes Material über Hillary Clintons Wahlkampf zugespielt haben, sondern ein Mitarbeiter von Clintons eigener Partei.

Benjamin Wittes – Der an der renommierten Brookings Institution in Washington forschende Jurist hat den Kongress aufgefordert, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump einzuleiten. Aus Sicht des 1969 geborenen Wittes ist ein solcher Schritt spätestens seit Trumps Äußerungen zu den Vorfällen in Charlottesville unumgänglich.

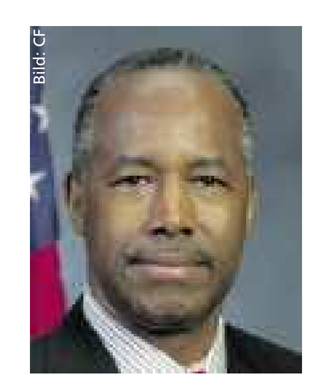


Bild: CF

Ben Carson – Der 65-Jährige ist seit März Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung im Kabinett Trump. Der frühere Neurochirurg sieht einen Vorteil darin, dass Trump in so starkem Maße das öffentliche Interesse auf sich zieht: „Ich bin froh, dass Trump das ganze Feuer auf sich zieht. Währenddessen kriege ich meine Sachen geregelt."

Erfolge im Stillen

Der 45. Präsident der USA ist erfolgreicher, als ihn die Gegner aussehen lassen

Nicht nur aus dem demokratischen, sondern auch auch aus dem republikanischen Establishment ist drastische Kritik an Donald Trumps Amtsführung als 45. Präsident der USA zu hören. Hingegen scheint seine Wählerschaft nach wie vor überwiegend hinter ihm zu stehen. Und sie hat dafür gute Gründe.

Ausgerechnet aus dem eigenen politischen Lager war unlängst eine besonders drastische Kritik an Donald Trump zu hören. Der republikanische Senator Bob Corker sprach in einem Gespräch mit Journalisten dem Präsidenten entscheidende Charaktermerkmale zur Ausübung seines Amtes ab: „Der Präsident war bisher nicht fähig, die Stabilität oder etwas von der Kompetenz an den Tag zu legen, die er braucht, um erfolgreich zu sein." Der Senator steht mit seiner ätzenden Kritik nicht allein. In den Medien wird immer öfter die Frage diskutiert, ob man Trump über ein Amtsenthebungsverfahren wieder von der Macht entfernen kann.

Im Kontrast dazu stehen anhaltend hohe Zustimmungswerte unter denjenigen Amerikanern, die Trump im vergangenen November gewählt haben. Bei einer Umfrage im April gaben zum Beispiel lediglich zwei Prozent der Trump-Wähler an, sie bereuten ihre Wahlentscheidung. Ähnlich lautet das Ergebnis einer Umfrage des nach dem US-amerikanischen Ölindustriellen Joseph Newton Pew benannten Pew-Forschungszentrums (Pew Research Center) unter den Anhängern der Republikaner. Immerhin 44 Prozent der Befragten gaben dabei an, ihr Leben sei heute besser als vor 50 Jahren. Im Vorjahr waren nur 18 Prozent dieser Meinung gewesen.

> Die Wählerschaft ist zufrieden, das Establishment nicht

Tatsächlich hat Trump einiges vorzuweisen. So hat sich seit seiner Amtsübernahme im Januar in den USA ein Jobwunder ereignet. In der Wirtschaft sind über eine halbe Million Stellen neu entstanden. Im April ist die Arbeitslosenquote mit 4,4 Prozent auf einen so niedrigen Wert gefallen, wie es ihn in den letzten zehn Jahren nicht gegeben hat. Eine ganze Reihe großer Konzerne hat zudem für die kommenden Jahre Milliardeninvestitionen in den USA angekündigt, die vermutlich weitere Hundertausende Jobs schaffen werden. Schon jetzt ist der Effekt so groß, dass Volkswirte für die USA vom Zustand einer Vollbeschäftigung ausgehen.

Bislang noch nicht umgesetzt hat Trump allerdings die im Wahlkampf angekündigte Unternehmensteuerreform. Die Aussicht auf eine Vereinfachung des Steuersystems und Entlastungen hat an den Aktienmärkten bereits zu steigenden Kursen vieler Unternehmen geführt. Finanzminister Steven Mnuchin hatte die Umsetzung eigentlich bis zum August angekündigt. Das für die US-Republikaner sehr wichtige Projekt wird in Washington allerdings nach der politischen Sommerpause erneut auf der Tagesordnung stehen.

Gleiches gilt für ein Dauerproblem, das schon die Amtszeit von Trumps Vorgänger Barack Obama begleitete. Der US-Kongress wird sich im Herbst erneut mit der Anhebung der Schuldengrenze befassen müssen.

Wie auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist dem neuen US-Präsidenten – gemessen an seiner erst kurzen Amtszeit von nicht einmal acht Monaten – auch auf dem Felde der Innenpolitik manches gelungen. Im Juli wies Trumps damaliger Chefstratege Stephen Bannon etwa darauf hin, dass unter seinem Chef bereits 391 Regulierungen aufgehoben worden seien. Bannon gilt als ordoliberaler Vordenker beim Kampf für einen schlanken Staat.

Deutlich wird der Politikwechsel unter Trump auch in der Einwanderungspolitik. Laut dem Grenzschutzbericht der U.S. Customs and Border Protection (CBP, Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten) ist die Zahl illegaler Einwanderer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ein Fünftel gesunken.

Viele Beobachter werten auch die Berufung von Neil Gorsuch zum Richter am Obersten Gerichtshof als einen Erfolg Trumps. Als politisch konservativ gilt gleichfalls eine ganze Reihe von Richtern an Bundesgerichten, die unter Trump berufen wurden. Diese Personalentscheidungen werden die Rechtsprechung in den USA vermutlich noch sehr lange prägen.

Norman Hanert



Nur zwei Prozent seiner Wähler vom November bereuen ihre Wahlentscheidung: US-Präsident Donald Trump mit seiner Ehefrau Melania und jubelnden Anhängern am 25. Juli dieses Jahres im Covelli Centre in Youngstown, Ohio

Bild: Imago

Trumps ganze Wahrheit ist unerwünscht

Zwischen Anhängern der Alt-Right-Bewegung, des Ku-Klux-Klans und anderen Demonstranten sowie Gegendemonstranten kam es am 12. August in der Universitätsstadt Charlottesville in Virginia zu schweren Auseinandersetzungen. Nach dem Ende der behördlich genehmigten Demonstration steuerte ein 20-Jähriger sein Fahrzeug in den Protestmarsch von Gegendemonstranten.

In einer öffentlichen Stellungnahme hatte Donald Trump zunächst „diesen ungeheuerlichen Ausbruch von Hass, Fanatismus und Gewalt auf vielen Seiten" verurteilt und sich damit scharfe Kritik eingehandelt. Im In- und Ausland wurde dem US-Präsidenten vorgehalten, er stelle rechte Gruppen und die Gegendemonstranten auf eine Stufe. Trump trug dem Rechnung und verurteilte nach einigen Tagen die Gewalt rechtsextremer Gruppen als „abstoßend".

In der Tat wirken die in Charlottesville zu beobachtende Gewaltbereitschaft, die antisemitischen Parolen und die offene Zurschaustellung von NS-Symbolik abstoßend. Nach allem, was inzwischen über die Vorgänge in der Universitätsstadt bekannt wurde, lässt sich jedoch die erste Reaktion Trumps, die Verurteilung beider Seiten, durchaus rechtfertigen. Videoaufnahmen zeigen, dass tatsächlich Akteure beider Seiten mit Schlagstöcken, Flaschen und Wurfgeschossen aufeinander losgingen. Bekannt wurde zudem, dass sich Rechtsextreme und Antifa-Anhänger trotz massiven Polizeiaufgebots bereits vor der eigentlichen Kundgebung heftige Schlägereien geliefert hatten.

> »Gewalt auf vielen Seiten«

Der Anlass für die Kundgebung unter dem Motto „Vereinigt die Rechte" war der Beschluss des Stadtrates von Charlottesville, nach der bereits im Juni erfolgten Umbenennung des „Lee „Park" in „Emancipation Park" auch das in der Grünanlage stehende Denkmal für den Oberbefehlshaber des konföderierten Heeres im Sezessionskrieg, Robert Edward Lee, zu entfernen.

N.H.

Ausnahme Außenpolitik

Nicht auf allen Gebieten hält Trump seine Wahlversprechen

Im Wahlkampf hatte sich Donald Trump als Vertreter der nicht-imperialistischen, nicht-interventionistischen, isolationistischen Denkschule präsentiert. Er hatte die NATO als obsolet bezeichnet und „sehr, sehr gute Beziehungen" zu Russland angekündigt. Seit dem Amtsantritt als Präsident hat Trump hingegen die NATO als „Bollwerk des internationalen Friedens und der Sicherheit" gelobt, und das Klima in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau ist so eisig wie seit Jahren nicht.

Vor Kurzem vollzog Trump auch eine Kehrtwende in der Afghanistanpolitik. Nachdem er in der Vergangenheit einen Rückzug aus dem Land gefordert hatte, kündigte der US-Präsident nun eine Verstärkung des Engagements an. Laut Trump soll der Kampf gegen Terroristen von al-Kaida und des Islamischen Staates verschärft werden. Als Ziel nennt er, dass die Übernahme Afghanistans durch die Taliban verhindert werden müsse.

Die Revision außenpolitischer Positionen im Laufe der letzten Monate ging einher mit zahlreichen personellen Veränderungen im Umfeld des US-Präsidenten. Nach nur wenigen Wochen im Amt musste im Frühjahr Michael Flynn seinen Posten als Nationaler Sicherheitsberater wieder räumen. Vorgeworfen wurde dem Ex-Militär, er habe möglicherweise strafbare Kontakte zu russischen Offiziellen unterhalten. Zusammen mit den Anschuldigungen, Moskau habe sich in die Präsidentschaftswahlen vergangenes Jahr zugunsten Trumps eingemischt, dürfte der Weggang Flynns einen Anteil an Trumps Wende in der Russlandpolitik haben.

> Zunehmend prägen wieder Falken die US-Außenpolitik

Inzwischen ist auch Trumps bisheriger Chefstratege Stephen Bannon zurückgetreten. Bannon gilt nicht nur als treibende Kraft hinter Trumps innenpolitischem Kurs, sondern auch als ein entschiedener Gegner von militärischen Interventionen durch die USA.

Zunehmend an Einfluss gewonnen haben dagegen im Trump-Team politische Akteure wie Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James Mattis oder der neue nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster, der im Ruf steht, ein außenpolitischer Falke zu sein.

N.H.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Sozialkosten drohen zu explodieren

In Berlin ist jeder Fünfte von Armut bedroht – Syrischer Familiennachzug verschärft das Problem



Einheimische Bedürftige könnten das Nachsehen haben, wenn Armutsimmigranten das Sozialsystem überlasten: Nahrungsmittelausgabe an Arme in Berlin

Bild: Imago

Neues Datenmaterial bestätigt den Ruf Berlins als größte Armutsmetropole Deutschlands. Das Auslaufen einer Sonderregelung könnte die Sozialkosten in der Hauptstadt schon in wenigen Monaten explodieren lassen.

Wie aus unlängst veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamts hervorgeht, war im Jahr 2016 jeder fünfte Bewohner Berlins von Armut bedroht. Die Hauptstadt landete mit einem Bevölkerungsanteil der Armutsgefährdeten von 19,4 Prozent bundesweit auf Rang vier. Deutlich besser sieht die Lage im benachbarten Brandenburg aus. Dort waren 15,6 Prozent der Menschen von Armut bedroht. Im bundesweiten Vergleich lag Brandenburg damit auf Platz sieben.

Innerhalb der Gruppe der neuen Bundesländer einschließlich Berlins ist die Armutsgefahr für die Brandenburger sogar am geringsten. Immer stärker wirkt sich damit der sogenannte „Speckgürtel-Effekt“ aus. Gutverdienende Berliner ziehen ins Umland. Dazu haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr Firmen im Gürtel um Berlin angesiedelt.

Die Entwicklung in der Metropole selbst ist dagegen weit weniger erfreulich. Die Stadt kann zwar wirtschaftliche Erfolge vorweisen. Diese stützen sich aber vor allem auf den Dienstleistungssektor. In Branchen wie dem Tourismus werden jedoch oft nur durchschnittliche oder niedrige Einkommen erzielt. Ins Bild passt, dass trotz aller wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen der vergangenen Jahre laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands das Armutsrisiko in Berlin seit 2006 sogar gestiegen ist. Mehr noch: Inzwischen droht die Gefahr, dass die Zahl der Empfänger staatlicher Transferleistungen nochmals rapide wächst.

Anlass für solche Befürchtungen ist eine öffentlich gewordene Prognose zum Familiennachzug von Syrern. Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung geht die Bundesregierung vor allem bei Syrern von einem starken Anstieg der Anträge auf Familiennachzug aus. Unter Berufung auf ein internes Papier berichtet „Bild“, allein aus den Asylentscheidungen der Jahre 2015 und 2016 ergebe sich „ein Potenzial von Syrern, die berechtigt wären, Familienangehörige nachzuholen von rund 267 500 Personen“. Im kommenden Frühjahr könnte sich der Kreis der Berechtigten nochmals schlagartig um 120 000 Personen, auf dann 390 000 erhöhen (die *PAZ* berichtete).

> 80 000 zusätzliche Personen könnten nachziehen

Hintergrund ist das Auslaufen einer Regelung, die den Familiennachzug für Immigranten mit subsidiärem Schutzstatus für zwei Jahre ausgesetzt hatte. Die Berliner AfD hat auf Grundlage der öffentlich gewordenen Zahlen die Konsequenzen für die deutsche Hauptstadt kalkuliert. „Nach unserer Rechnung bedeuten die bekanntgewordenen Zahlen, dass Berlin allein aus dem Familiennachzug im kommenden Jahr mit weiteren 80 000 Personen rechnen muss, die in das Sozialsystem der Stadt einwandern werden. Ausgehend von den rund 1,1 Milliarden Euro, die die Stadt 2016 für rund 70 000 Asylbewerber aufbringen musste, entstehen dadurch Gesamtausgaben von rund 2,5 Milliarden Euro für Migranten“, so Gottfried Curio, Migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Laut dem Königsteiner Verteilungsschlüssel entfallen von den 390 000 Syrern auf Berlin rund fünf Prozent, das sind etwa 20 000 Anspruchsberechtigte. Holt jeder davon im Schnitt einen Ehepartner und drei Kinder nach, summiert sich der Nachzug auf 80 000 Personen.

Wie realistisch die Warnungen vor einer Explosion der Sozialkosten sind, wird sich in den kommenden Jahren erweisen. So plädiert Bundeinnenminister Thomas de Maizière (CDU) derzeit dafür, den Familiennachzug für syrische Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus auch nach dem März 2018 weiter auszusetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) signalisierte dagegen, sie wolle in diesem Jahr keine neuen Entscheidungen über den Familiennachzug treffen.

Bleibt Merkel bei ihrer Linie, zeigt das Beispiel der deutschen Hauptstadt, welche weitreichenden Folgen diese Entscheidung haben könnte: Gemessen am Berliner Haushalt, der für 2017 Ausgaben von rund 26,4 Milliarden vorsieht, scheint eine Verdoppelung der Kosten durch den Familiennachzug von rund 1,1 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden zwar als eine harte Zusatzbelastung, wäre aber trotzdem noch zu stemmen.

Tatsächlich droht der Stadt aber, dadurch schon bald jeglichen finanziellen Gestaltungsspielraum zu verlieren. Denn der Anteil des Haushaltes, über den die Politik einigermaßen frei verfügen kann, ist gering. Im Haushalt des Landes Berlin beträgt dieser Anteil deutlich weniger als zehn Prozent. Der Großteil der Ausgaben besteht aus einem festen Korsett aus Personalkosten, Pensionsverpflichtungen, gesetzlich garantierten Sozialausgaben, Zinszahlungen und Ähnlichem.

Als weiterer Faktor kommt die Schuldenbremse hinzu. So plant Berlin, in einigen Jahren einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die deutsche Hauptstadt und andere Bundesländer könnten durch die finanziellen Belastungen der Massenmigration sehr schnell ihre Spielräume für Investitionen verlieren.

Norman Hanert

Vereinigung wäre ehrlicher

Von Vera Lengsfeld

Sonntagabend, glaubt man den Qualitätsmedien, waren die Straßen der Hauptstadt kurz vor acht Uhr wie leergefegt. Selbst beim so beliebten Berliner Oktoberfest sollen die Besucher für das TV-Duell die Biertische geräumt haben, um keine Silbe des Wortwechsels zwischen Amtsinhaberin und Herausforderer zu versäumen.

Ein Teil der Biertrinker könnte sich im Lichthof der ZDF-Studios Unter den Linden wiedergefunden haben, wo ein „Publik Viewing“ für geladene Gäste veranstaltet wurde. Auch im Konrad-Adenauer-Haus war gemeinsames Duell-Schauen angesagt. Jeder, der in der CDU etwas bleiben oder etwas werden will, musste dabei sein.

Während sich das Publikum beim ZDF sehr bald recht gelangweilt zeigte ob der Plattitüden, die von den Duellanten von sich gegeben wurden, waren die Zuschauer in der CDU-Parteizentrale von hektischer Aktivität ergriffen. Man twitterte sich die Finger wund, um, kaum hatte das Duell angefangen, Kanzlerin Merkel als dem Möchtegern-Kanzler Schulz weit überlegen darzustellen. Selbst wenn Schulz ausnahmsweise mal mit einer klaren Aussage punktete, wie etwa bei der überraschenden Ankündigung, als Kanzler für den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu sorgen, wurde Merkels wachsweiche Erwiderung, man dürfe, da Deutsche in der Türkei in Haft seien, den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, und müsse außerdem die Regierungsgegner unterstützen, als Punktsieg gewertet.

Sehr irritiert zeigte sich das CDU-Publikum über die Fragen der Moderatoren. Das seien ja reine „AfD-Fragen“, und bei der Twitterei kam es zu seltsamen Überschneidungen. Als auch der Grüne Jürgen Trittin etwas von der AfD-Lastigkeit der Moderatoren twitterte, stimmte ihm Kanzleramtsminister Altmaier sofort zu. Als Merkel verkündete, sie habe 2015 alles richtig gemacht, würde es wieder so tun und Schulz ihr widersprach, wurde es einen Augenblick stiller. Als dann nur das butterweiche Argument kam, sie hätte die europäischen Partner vorher einbinden sollen, war die Erleichterung förmlich zu spüren.

Was wäre gewesen, wenn Schulz ihr vorgehalten hätte, dass sie einen Gesetzesbruch verstetigen will? An dieser Stelle wurde die ganze Farce offenkundig. Schulz und seine SPD vertreten, von Nuancen abgesehen, dieselben Positionen wie Merkel. Später wurde das nochmal deutlich, als Merkel behauptete, Deutschland habe die „Verpflichtung“ laut Genfer Konvention, Familienangehörige von Kriegsflüchtlingen aufzunehmen, und Schulz ihr zustimmte. Widerspruch dazu gab es in der Parteizentrale nicht. Dagegen brachte ein Zuschauer, der das ZDF-Viewing vorzeitig verließ, es auf den Punkt: CDU und SPD sollten sich endlich vereinigen, das wäre ehrlicher.

Invasoren erkrabbeln die Hauptstadt

Amerikanische Sumpfkrebse erobern den Tiergarten – und gefährden heimische Arten

Berlin hat ein tierisches Sommerproblem. Nein, es sind weder Mücken noch Waschbären, Wildschweine oder Füchse. Es sind Krebse, die der Hauptstadt zu schaffen machen. Knallrot schauen sie aus, ähneln einem Hummer und erobern in Scharen die Stadt.

Die Rede ist von Roten Amerikanischen Sumpfkrebsen (Procambarus clarkii), die in unseren Gefilden überhaupt nichts zu suchen haben. Ihre Heimat ist der Südosten der USA und der Norden Mexikos. Der Naturschutzbund (Nabu) sieht in den Krustentieren aber nicht nur unerwünschte Einwanderer, sondern sogar eine Bedrohung für die heimische Flora und Fauna. Denn die Immigranten fressen alles, was sie vor die Scheren bekommen.

Auf ihrem Speiseplan stehen Pflanzenreste, Fisch-, Froschlaich, Larven, Insekten, Würmer, Mücken. Doch die roten Ungetüme sind nicht nur Nahrungskonkurrenten für heimische Arten. Sie sind auch Überträger einer tödlichen Krankheit. Während der Sumpfkrebs gegen die sogenannte Krebspest, eine durch einen pilzähnlichen Erreger ausgelöste Infektionskrankheit, resistent ist, bedeutet sie für unsere Krebse den sicheren Tod. Deshalb, so die Nabu-Experten, müsse die Ausbreitung der Eindringlinge dringend verhindert werden.

> Vermutlich aus falscher Tierliebe freigelassen

Doch wie haben es die Tiere mit den Scherenhänden nach Berlin geschafft? Die Spekulationen sind vielfältig. Möglich sei, dass Angler von einer Amerikareise Krebseier mitgebracht haben könnten. Wahrscheinlicher dürfte aber sein, dass sie ausgesetzt worden sind. Aufgrund ihrer roten Farbe werden sie von Aquarianern gern in Zoohandlungen gekauft.

Katrin Koch vom Nabu Berlin vermutet, dass Tierhalter möglicherweise kein Interesse mehr an ihren Schützlingen gehabt haben und sie aus falsch verstandener Tierliebe in die Freiheit entlassen hätten. Die Einwanderer paaren sich mehrmals im Jahr und sorgen dadurch für enormen Nachwuchs, der einem Halter zuviel geworden sein könnte, weshalb er sich der Tiere dann einfach in offenen Gewässern entledigt habe.

Bisher wurden die roten Invasoren vor allem mitten in Berlin im Tiergarten gesichtet, wo sie selbstbewusst tagsüber überall rumkrabbeln. Aber auch im Britzer Garten im Süden der Stadt sind sie anzutreffen. Nach Aussage von Wildtierexperten haben der viele Regen und die Überschwemmungen der vergangenen Wochen die Tiere, die ansonsten nachtaktiv und in Erdlöchern in Gewässerböschungen leben, an Land gespült. Andererseits sei ihre Population durch den milden Winter so groß geworden, dass sie neue Besiedlungsgebiete suchen.

Eine Ausbreitung in Havel und Spree, da sind sich die Fachleute einig, müsse dringend verhindert werden. Das Fischereiamt forscht inzwischen intensiv, in welchen Gewässern sich die Sumpfkrebse noch befinden. Um der Plage zu begegnen, wurden Aale ausgesetzt. Vielleicht macht sich auch ein Fuchs oder Waschbär über die Tiere her. Andere Experten wiederum setzen auf ein Austrocknen der Gewässer, um die ungeliebten Eindringlinge loszuwerden. Ein Einsammeln allerdings obliegt nur den entsprechenden Behörden und Fachleuten. Wer die Tiere wegen ihres delikaten Fleisches gern auf dem Grill hätte und einsammelt, macht sich wegen Wilderei strafbar.

Barbara Eising

Ströbeles Erben

Wahl: Der Altgrüne tritt nicht mehr an

Hans-Christian Ströbele, Ober-Fundamentalist der Grünen, kandidiert nicht wieder für ein Bundestagsmandat, „der linkeste der Linken“ hört auf. Ströbele gewann viermal in Folge das Direktmandat im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg, zuletzt mit 36,7 Prozent der Erststimmen – zehn Prozentpunkte weniger als vier Jahre zuvor.

Ströbele verzichtet nach eigener Aussage allein aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur. Sein Wahlkreis ist der wohl multikulturellste der Republik. CDU-Kandidat Timur Husein wurde vor 30 Jahren zwar in Berlin geboren. Sein Vater aber ist mazedonischer Türke, seine Mutter eine kroatische Katholikin. Die CDU kommt im Wahlkreis in aller Regel nicht einmal auf 15 Prozent. Huseins Kandidatur ist ein Angebot an die vielen türkischstämmigen Wähler, die in vielen Vierteln bereits die Bevölkerungsmehrheit stellen.

> Kandidaten haben türkische Wurzeln

Die besten Chancen auf Ströbeles Nachfolge haben aber zwei Damen, die ebenfalls über Immigrationshintergrund verfügen. Cansel Kiziltepe kandidiert für die SPD und glaubt an eine realistische Chance, „weil sich die Erst- und Zweitstimmenresultate ohne den Ströbele-Faktor angleichen werden. Die 41-jährige Bundestagsabgeordnete kämpft für ein rot-rot-grünes Bündnis.

Für die Grünen geht Canan Bayram ins Rennen, die kürzlich für Schlagzeilen sorgte, als sie auf einer Demonstration gegen das Verbot der linksextremen Internetseite „Linksunten“ protestierte. Egal, wer das Rennen macht. Ströbeles Nachfolger wird auf jeden Fall im sehr linken Spektrum beheimatet sein.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Bei »Allahu Akbar« knallt's

Venedig – Luigi Brugnaro, konservativer Bürgermeister der italienischen Lagunenstadt, tritt für null Toleranz im Umgang mit radikalen Moslems ein. Sollte beispielsweise jemand an einem belebten Ort wie dem Markusplatz „Allahu Akbar" rufen, muss er damit rechnen, dass Polizisten sofort von der Schusswaffe Gebrauch machen. Solche oder ähnliche Parolen würden im Zusammenhang mit blutigen Anschlägen durch fanatische Muslime als Kampfruf ausgestoßen, begründet er seinen Schritt zur vorbeugenden Gefahrenabwehr. Mit dieser drastischen Maßnahme und weiteren Sicherheitsvorkehrungen reagiert Brugnaro auf die Anschlagsgefahr in den europäischen Touristenhochburgen. *J.H.*

Russische Bahn umfährt Ukraine

Moskau – Die staatliche Russische Eisenbahn hat eine neue Bahnstrecke eröffnet, die Zügen aus dem russischen Kernland die Fahrt ans Schwarze Meer ermöglicht, ohne über ukrainisches Gebiet zu fahren. Die Linie zwischen Moskau und der südrussischen Metropole Rostow am Don führte bisher im Streckenabschnitt zwischen Schurawka und Millerowo über das traditionell zur Ukraine gehörende, aber weitgehend autonome Lugansker Gebiet. Die neue Linie umgeht nicht nur diesen neuralgischen Punkt, sondern sie ist auch deutlich besser ausgebaut als die alte Trasse aus Sowjettagen und ermöglicht so eine deutlich höhere Fahrgeschwindigkeit. Aufschlussreich ist, dass an ihr schon seit Beginn des aktuellen Ukraine-Konflikts gebaut wurde. Moskau hatte demnach schon damals nicht die Absicht, das umkämpfte Gebiet zu „annektieren", wie dies bis heute in westlichen Medien behauptet wird. *T.W.W.*

Kontinuität trotz Präsidentenwechsels

Korruption, Diebstahl im Milliardenbereich und Vetternwirtschaft werden Angola auch weiterhin prägen

Angola bekommt einen neuen Präsidenten und behält seine politische Mehrheit, die sogenannte Volksbewegung MPLA mitsamt ihren Begleiterscheinungen: Korruption, Diebstahl im Milliardenbereich und Vetternwirtschaft. Daran wird der neue Präsident nichts ändern, zumal er nur im Spitzenamt neu ist, ansonsten Teil und Nutznießer des Systems seit vielen Jahren.

José Eduardo dos Santos ist seit 1979 Präsident der Republik Angola, damit zugleich auch Regierungschef und Oberkommandierender der Streitkräfte. Er ist gleichzeitig Vorsitzender der herrschenden Partei MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola, Volksbewegung zur Befreiung Angolas). Bei den diesjährigen Wahlen trat er nun aber nicht mehr an. Als Sieger ging aus diesen sein bisheriger Verteidigungsminister Joao Lourenco hervor, der schon vorher als sein designierter Nachfolger gegolten hatte und seit Jahrzehnten Mitglied der MPLA ist.

Da die MPLA im Kalten Krieg von der Sowjetunion unterstützt wurde, fand Lourenco Gelegenheit, in den Jahren 1978 bis 1982 an der Militärpolitischen Akademie „Wladimir Lenin" in Moskau zu studieren und einen Abschluss zu erwerben. Im von 1975 bis 2002 tobenden Bürgerkrieg zwischen der regierenden MPLA und der opponierenden UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola, Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas) hatte er den Rang eines Generals der MPLA inne. Teilweise diente er als politischer Kommissar und Sekretär des Politbüros, was ihm nach dem Friedensschluss den Weg in die Politik erleichterte.

> Der Wahlsieger Joao Lourenco galt schon vorher als designierter Nachfolger seines Parteifreundes José Eduardo dos Santos

Nun wird Lourenco als Nachfolger dos Santos' mit der Macht sowohl deren Quellen als auch einige damit zusammenhängende Probleme erben. Zu den Quellen der Macht gehört in erster Linie der große Reichtum des Landes. Angola ist nach Nigeria der größte Erdölproduzent Afrikas. Förderung und Handel liegen fast zur Gänze in der Hand einer Gesellschaft namens Sonangol, und hier kommen unversehens bereits die Probleme ins Spiel. Denn Sonangol wird geführt von der Tochter des bisherigen Präsidenten, Isabel dos Santos, der reichsten Frau Afrikas, wie man sagt, und wenn diese von ihrem Vater etwas gelernt hat, dann, wie man Geld beiseiteschafft.



Zäsuren sehen anders aus: Der alte und der neue Staats- und Regierungschef der Republik Angola (von links) Bild: Getty

Der frühere deutsche Botschafter und Buchautor Volker Seitz schreibt auf der Web-Seite „Achgut": „Isabel wird von Forbes mit 3,8 Milliarden US-Dollar Vermögen gelistet. Aber statt in Angola zu investieren, bringt sie das Geld nach Portugal und in die Schweiz. ‚Human Rights Watch' berichtet von Dutzenden Milliarden Petro-Dollar, die an der Zentralbank vorbeigeschleust werden." Der Ölexport macht zwischen 90 und 95 Prozent aller Ausfuhren Angolas aus, so die offiziellen Zahlen.

Mit der Bestallung seiner Tochter an der Spitze von Sonangol hat sich dos Santos unabhängig gemacht vom Wohlwollen seines Nachfolgers. Mehr noch. Er genießt Straffreiheit für alles, was er während seiner Präsidentschaft getan hat, offenbar kommt ihm selber nicht alles ganz koscher vor. Er hat sich eine monatliche Pension in Höhe von 5600 Euro ausbedungen und darüber hinaus eine Leibgarde, einen Dienstwagen mit Chauffeur und unbegrenzt Flugreisen 1. Klasse.

Dem Land, das dos Santos mit seinen Kumpanen ruiniert hat, geht es trotz seines Reichtums elend schlecht. Es gibt so gut wie keine Produktion, nicht im industriellen und viel zu wenig im landwirtschaftlichen Sektor. Seitz schildert die Zustände: „Produziert wird in Angola fast nichts, beinahe alles muss aus dem Ausland eingeführt werden – das macht das Leben extrem teuer. Die angolanische Volkswirtschaft ist in allen Bereichen auf Importe angewiesen, darunter Grundnahrungsmittel wie Reis, Eier, Gemüse (Knoblauch, Zwiebeln, Kartoffeln, Süßkartoffeln, Tomaten, Kohl, Mais und Maniok) und sogar Früchte (Mango, Banane und Ananas). Diversifizierung der Wirtschaft und Ersatz der Importe durch nationale Produktion gehen nur schleppend voran. Während die Präsidenten-Tochter Isabel für ihre Hochzeitsfeier rund drei Millionen Dollar ausgegeben hat, lebt die Mehrheit der 21 Millionen Angolaner in großer Armut."

Immerhin hat auch Isabel dos Santos Grund zur Klage: Eigentlich hatte ihr Vater geplant, sie als seine Nachfolgerin zu installieren, ist damit aber bei seiner eigenen Gefolgschaft nicht durchgedrungen. Dass dann die Wahl auf Lourenco fiel, ist dennoch ein Zeichen der Kontinuität. Der neue Mann ist ein bewährter Mitstreiter, der Familie dos Santos freundschaftlich verbunden und sieht keinen Grund, an seinem Erbe zu mäkeln. Zumindest zu Lebzeiten des Alten und so lange, wie es Isabel nicht übertreibt. *Florian Stumfall*

Opfer des Separatismus

IS-Terroristen profitierten von spanisch-katalanischen Rivalitäten

Kurz vor der Abstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens am 1. Oktober ist Spaniens nordöstlichste Region ins Visier des Islamischen Staates (IS) geraten. Eine von einem Imam geführte Terrorzelle von zwölf Personen mit Wurzeln im Marokko wollte die Kirche Sagrada Familia, ein Symbol der katalanischen Kultur und Selbstbestimmung, in die Luft sprengen. Als beim Bombenbau die Wohnung der Bombenbauer in die Luft ging, verübten die überlebenden neun Terroristen die überhasteten Straßenattacken in Barcelona und Cambrils mit 16 Todesopfern und vielen Verletzten.

Während der beiden Wochen der Ermittlungen nach den Attentaten lieferten sich spanische und katalonische Polizei- und Sicherheitsorgane nationalistische Hintergrundkämpfe. Die Rivalitäten zwischen den Organen des Königreichs Spaniens und dessen autonomen Gemeinschaft (Comunidades Autónomas, CCAA) Katalonien sind möglicherweise der Grund dafür, dass sich die islamischen Terroristen gerade die Hauptstadt Kataloniens als Hauptangriffsziel auserwählten, nachdem sie vor zwölf Jahren in Madrid mit Attentaten, die fast 200 Menschen das Leben kosteten, zuletzt zugeschlagen hatten.

Die im Kampf gegen die marxistisch-leninistische, separatistische baskisch-nationalistische Untergrundorganisation ETA geschulten und erfahrenen spanischen Sicherheitsbehörden hatten nach 2005 einige beachtliche Erfolge im Kampf gegen den islamischen Terror erzielen können. Im Vorfeld des Referendums über die Unabhängigkeit Kataloniens am 1. Oktober sind allerdings einige damit zusammenhängende Sicherheitslücken offenbar geworden, die den Terroristen in die Karten spielten. So konnte der während einer vierjährigen Gefängnisstrafe wegen Drogenhandels radikalisierte Imam Abdelbaki Es Satty nach seiner Haftentlassung 2014 damit beginnen, jugendliche Terrorhelfer um sich zu sammeln und sich auch im Ausland, vor allem in Marokko und Belgien, terroristisches Spezialwissen zu verschaffen. Obwohl die belgischen Behörden den Sicherheitskräften Kataloniens 2015 sehr belastendes Material über eine Predigtreise des Imams in Belgien übermittelt hatten, wurde der selbsternannte Terrorimam in Katalonien unbehelligt gelassen und konnte sein tödliches Handwerk weiter fortführen.

> Trotz Warnungen blieb Abdelbaki Es Satty unbehelligt

Nichtsdestoweniger wurden nach den Anschlägen von Barcelona gerade die katalanischen Polizisten wegen ihres beherzten Zugreifens in Cambrils, wo es ihnen gelang, durch die Tötung der vier Attentäter ein Massaker zu verhindern, von den katalonischen Behörden hochgelobt und mit Ehrentiteln ausgezeichnet. Man wollte gegenüber den spanischen Behörden die volle Schlagkraft seines Sicherheitsapparates demonstrieren.

Im Grunde waren die Opfer auf der Ramblas allerdings allesamt auch Opfer des innerspanischen Unabhängigkeitskampfes, der die Sicherheitsbehörden erfasst hat zu Lasten der Sicherheit von Millionen Touristen. Auch der Justizapparat könnte unter den Unabhängigkeitsquerelen gelitten haben, denn dass bereits zwei Tage nach dem Massaker auf der Ramblas zwei der verhafteten Brüder der Attentäter, die Fahrzeuge und Tickets für die Attentäter beschafft hatten, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, verstand fast niemand in Spanien. *Bodo Bost*

Gleich doppelter Ärger

Es kriselt zwischen Paris und Warschau

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte mehrere europäische und afrikanische Staats- und Regierungschefs zu einem Afrika-Gipfel nach Paris eingeladen. Neben der Bundeskanzlerin, Italiens Ministerpräsidenten und Spaniens Regierungschef waren auch der libysche Premier sowie die Staatspräsidenten des Niger und des Tschad Teilnehmer des Mini-Treffens. Ein zentrales Thema der Gespräche waren die Pläne Macrons zur Einrichtung sogenannter Hotspots von Auffanglagern für Migranten auf dem afrikanischen Kontinent. Die Einbeziehung der ehemals französischen Kolonien Niger und Tschad kann als Indiz gewertet werden, dass Macrons Pläne zur Einrichtung von Migrationszentren im Bürgerkriegsland Libyen nicht ohne Weiteres wie geplant umgesetzt werden können.

Nach dem Mini-Gipfel kündigte Macron nun an, dass bereits im Niger oder Tschad Asylanträge überprüft und Asylbewerber identifiziert werden sollen. Gegebenenfalls soll auch die Rückführung in die Heimatländer bereits vom Boden der beiden afrikanischen Länder erfolgen. Nach den Vorstellungen Macrons soll die Zuständigkeit für dieses Verfahren an das UNO-Flüchtlingskommissariat UNHCR übertragen werden.

Eigentlich war das Pariser Treffen als rein europäische Veranstaltung geplant gewesen. Allerdings lud der französische Präsident als Gastgeber dann doch lieber die Vertreter einiger afrikanischer Länder ein, während die Ostmitteleuropäer der Visegrád-Gruppe keine Einladung nach Paris erhielten. Dieses Vorgehen Macrons fällt in eine Zeit zurück, da die Beziehungen zwischen der französischen Führung und einigen ostmitteleuropäischen Ländern ohnehin angespannt sind. Insbesondere Polen und Ungarn haben bei der Zuwanderungspolitik völlig andere Ansichten als die deutsche Kanzlerin, die EU-Kommission und auch der französische Präsident.

> Macron lud statt der Ostmitteleuropäer Afrikaner ein

Inzwischen nehmen daneben auch auf einem weiteren Politikfeld die Spannungen zu. Bereits im französischen Präsidentschaftswahlkampf hatte das Thema Sozialdumping durch Billigarbeiter aus Ost- und Ostmitteleuropa eine große Rolle gespielt. Mittlerweile Präsident der Republik drängt Macron aus gutem Grund auf eine Änderung der diesbezüglichen Rechtslage. Bisher sieht diese vor, dass Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern an ihrem Einsatzort lediglich den lokalen Mindestlohn bekommen müssen. Bleibt es hierbei, dann droht Macron ein Scheitern seiner geplanten Reform des französischen Arbeitsmarkts, denn diese könnten von Arbeitgeberseite durch eine stärkere Nutzung von ausländischen Entsendekräften umgangen werden.

Starke Rückendeckung erhält Macron durch Österreichs Regierung, die ebenfalls gegen Lohndumping in der EU vorgehen will. Auf einem Vierer-Gipfel in Salzburg erzielten Präsident Macron und Österreichs Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) inzwischen einen ersten Erfolg. Tschechien und die Slowakei erklärten sich im Grundsatz zu einer Reform der EU-Entsenderichtlinie bereit.

Im Kontrast dazu wird der Ton zwischen Paris und Warschau immer schärfer. Tatsächlich profitiert Polen bislang am meisten von der Entsenderichtlinie. EU-weit stammt gut ein Viertel aller Entsendekräfte aus Polen. Ohne das Ventil der Entsendemöglichkeit müssten mehrere Hunderttausend Menschen zusätzlich auf dem polnischen Arbeitsmarkt untergebracht werden; Polens Arbeitslosenquote wäre vermutlich deutlich höher als bislang. *Peter Entinger*

Drohen Verhältnisse wie in den USA?

Immer mehr Deutsche gehen zusätzlich zu ihrem Hauptberuf einer Nebenbeschäftigung nach

Laut der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gingen Ende vergangenen Jahres insgesamt fast 2,7 Millionen Menschen im Nebenberuf einer geringfügigen Beschäftigung nach. Darin enthalten sind auch Selbstständige.

„Seit den Hartz-Reformen hat sich die Zahl mehr als verdoppelt“, sagte Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) gegenüber Spiegel Online. 2003 gingen lediglich 1,2 Millionen Menschen im Nebenberuf einem Minijob nach; im Dezember 2015 waren es 2,57 Millionen. Vor allem Menschen mit einem unterdurchschnittlichen Verdienst im Hauptberuf hätten einen zusätzlichen Minijob, erklärte der Forscher. „Doch nicht immer ist die finanzielle Not der Grund. Viele empfinden die geringen Abgaben auch als praktisch, denn ‚brutto ist wie netto‘.“ Geringfügige Nebenbeschäftigungen auf 450-Euro-Basis wurden durch die Hartz-Reformen begünstigt. Minijobber zahlen mit Ausnahme der Rentenversicherung keine Sozialabgaben – von der Rentenversicherung kann man sich allerdings befreien lassen, „und das tun auch die meisten“, sagt Weber, der allerdings auf die Risiken dieses Modells hinwies: „Was heute aus finanzieller Sicht hilfreich ist, kann für die Zukunft allerdings kritisch sein. Bei der Rente kann es dann ein böses Erwachen geben.“

Die meisten Nebenjobs gibt es demnach im Einzelhandel und Gastgewerbe, in anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Gesundheits- und Sozialwesen. Im Sinne einer nachhaltigen beruflichen Entwicklung müsste man Geringverdiener bei ihren Hauptberufen entweder steuerlich oder bei den Sozialabgaben stärker entlasten, erklärte Weber.

Würden Minijobs wegfallen, dann entstünden voraussichtlich auch mehr sozialversicherungspflichtige Jobs, schätzt der Arbeitsmarktforscher. Bei den Hartz-Reformen wurden gegen die Massenarbeitslosigkeit alle Register gezogen, um Bewegung in den Arbeitsmarkt zu kriegen. „Mittlerweile ist das nicht mehr nachvollziehbar. Es wäre angesagt, das abzuschaffen“, sagt Weber.

> Vor allem Menschen mit einem unterdurchschnittlichen Verdienst im Hauptjob haben einen zusätzlichen Minijob



Eine typische Nebenbeschäftigung gerade für junge Leute: Kellnern Bild: Imago

Wer neben seiner regulären Arbeit einen Minijob ausüben will, sollte vorher immer mit dem Hauptarbeitgeber sprechen. In der Regel steht im Arbeitsvertrag, ob und wie Arbeitnehmer den Chef über Nebentätigkeiten informieren müssen und ob sie dafür eine Genehmigung brauchen.

In Deutschland ist in diesen Tagen häufig von einem neuen Jobwunder die Rede. 44,2 Millionen Menschen haben derzeit Arbeit. Das ist ein Rekordwert seit der Vereinigung. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) freue man sich besonders über eine positive Form der Entkopplung, sagte BA-Chef Detlef Scheele. Obwohl die Wirtschaft nur relativ schwach wachse, lege die Beschäftigung kräftig zu: „Davon konnte man jahrzehntelang nur träumen.“

Doch die Sozialverbände sehen das anders. Das angebliche Beschäftigungswunder sei kein Wunder und schon gar kein Grund zur Freude. Obwohl der Arbeitsmarkt boomt, habe gut jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland keinen regulären Job. 7,7 Millionen Menschen arbeiten nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamts als Minijobber, als Leiharbeiter, befristet oder in Teilzeit mit weniger als 20 Stunden. Seit drei Jahren ist der Anteil mit gut 20 Prozent der Erwerbstätigen nahezu unverändert. Der Sozialverband VdK Deutschland warnt deshalb vor Altersarmut. „Wer wenig verdient, zahlt wenig in die Rentenkasse“, sagte VdK-Präsidentin Ulrike Mascher gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Die Folge davon sei das Phänomen, dass immer mehr Rentner auf einen Minijob angewiesen seien.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Abgeordneten Matthias W. Birkwald (Linke) hervorgeht, ist die Zahl der Rentner mit Minijobs bis zum Ende des vergangenen Jahres stark angestiegen. Fast eine Million Menschen, die älter als 65 Jahre sind, hatten damals einen Minijob. Zehn Jahre zuvor waren es rund ein Drittel weniger gewesen. Die Zahl der Frauen und Männer, die bereits das 75. Lebensjahr vollendet haben und immer noch jobben, hat sich binnen zehn Jahren sogar mehr als verdoppelt – auf rund 176 000.

Der Arbeitsmarktexperte des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Holger Schäfer, sieht darin nicht grundsätzlich ein Problem. „Sicherlich sind manche Rentner auf ihren Minijob angewiesen. Doch aus Studien wissen wir: Vielen Senioren macht ihr Minijob Spaß.“ Manche gingen auch ein paar Stunden pro Woche arbeiten, um mehr Kontakt zu anderen Menschen zu haben, erklärte er gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Insgesamt ist die Zahl der arbeitenden Rentner trotz des zu verzeichnenden Anstiegs weiterhin sehr gering. Bei den 65- bis 74-Jährigen verdienen sich derzeit 8,9 Prozent etwas dazu, 2010 waren es 7,1 Prozent.

IAB-Experte Enzo Weber sieht die Entwicklung dennoch kritisch. Es sei zwar fraglich, ob die Rechnung „drei Minijobs ergeben eine Vollzeitstelle“ so aufgehe, aber grundsätzlich sei es nicht sinnvoll, wenn Menschen eine zusätzliche Arbeit brauchten. „Warum auch immer.“ Das Thema dürfte die Politik künftig stark beschäftigen.

CDU-Generalsekretär Peter Tauber hatte jüngst mit einer Bemerkung über Minijobber Empörung ausgelöst. Auf die Nachfrage eines Twitter-Nutzers hatte er geantwortet „Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Millionen in die Ukraine

Berlin – Deutschland hat der Ukraine von 2014 bis 2016 für bilaterale Programme und Projekte insgesamt rund 440 Millionen Euro in Form von direkten Hilfen und Krediten zur Verfügung gestellt. Zudem schießt die Bundesrepublik über ihren Anteil am EU-Haushalt und am Eigenkapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Jahr für Jahr weitere Millionen in das Land. Deutschland ist zweitwichtigstes Herkunftsland für ukrainische Importe und gehört zu den wichtigsten Exportmärkten der Ukraine. Deutsche Unternehmen haben zudem einen maßgeblichen Anteil an Direktinvestitionen im Land. *J.H.*

1,9 Millionen Pkw-Rückrufe

Berlin – Kein gutes Zeugnis für die Automobilindustrie: Bisher mussten im laufenden Kalenderjahr 1,9 Millionen Pkw verschiedener Hersteller aus unterschiedlichen Gründen bei 211 Rückrufaktionen zurückgerufen werden. Aus Gründen der Verkehrssicherheit waren davon 1,35 Millionen Pkw im Rahmen von 182 Rückrufaktionen betroffen. Rückrufe im Rahmen der sogenannten Dieselaffäre sind noch nicht in diesen Zahlen enthalten. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.166.759.658 €

Vorwoche: 1.987.131.436.798 €

Verschuldung pro Kopf:
24.181 €

Vorwoche: 24.180 €

(Dienstag, 5. September 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Stühlerücken bei Audi

Warum der Vorstandsvorsitzende vorerst noch bleiben darf

Die Umstrukturierung war bereits seit einigen Monaten erwartet worden. Der Ingolstädter Autobauer versucht so, vor der wichtigen Internationalen Automobil-Ausstellung in diesem Monat, Ruhe in das Unternehmen zu bekommen. Doch es bestehen Zweifel, ob dies gelingt, steht der Vorstandsvorsitzende Rupert Stadler doch wegen seiner Rolle in der Abgasaffäre massiv unter Druck. Dennoch genießt er immer noch das Vertrauen der Eigentümerfamilien Porsche und Piëch. Der 54-Jährige habe sich „an der Spitze von Audi bewährt“, sagte Aufsichtsratsmitglied Wolfgang Porsche als Vertreter der Eigentümerfamilien laut der Nachrichtenagentur Reuters. Stadler ist Büroleiter von Ferdinand Piëch gewesen, bis vor Kurzem verwaltete er einen Teil des Privatvermögens der Familie.

In München sitzt derweil ein früherer Audi-Motorentwickler in Untersuchungshaft. Er soll über viele Jahre an der Manipulation von Audi-Dieselmotoren beteiligt gewesen sein. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, er sei überaus kooperativ. Doch ob er Stadler belastet hat, ist nicht bekannt. Noch wird gegen den Vorstandsvorsitzende jedenfalls nicht ermittelt und solange das so bleibt, wird er sein Amt behalten können.

Mit Finanzvorstand Axel Strotbek, Vertriebsvorstand Dietmar Voggenreiter, Personalvorstand Thomas Sigi und Produktionsvorstand Hubert Waltl mussten dagegen gleich vier von sieben Vorständen ihre Posten räumen. Ihre Nachfolger kommen allesamt aus dem eigenen Konzern. Sie mussten aber nicht wegen des mutmaßlichen Abgasbetrugs gehen, sondern weil es bei Audi auch abseits des Skandals Probleme gab. Im Wettbewerb mit den anderen Premiummarken Mercedes und BMW sind die Ingolstädter in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefallen.

> Der halbe Vorstand der Premiummarke wurde ausgetauscht

Dabei galt Stadler bis vor zwei Jahren als Liebling der Branche. Er verdoppelte Verkäufe, Umsatz und Betriebsgewinn, wurde zum Unternehmer des Jahres gekürt und galt als potenzieller Nachfolger von VW-Chef Martin Winterkorn.

Im VW-Konzern machen ihm viele ein schlechtes Management in der Abgasaffäre zum Vorwurf. Erst bestritt er die Abgastricksereien im eigenen Haus, musste dann doch alles einräumen und verlegte sich auf den Standpunkt, nichts gewusst zu haben. Als Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt im Juni den Rückruf manipulierter Audis anordnete, widersprach Stadler öffentlich, wurde aber vom Wolfsburger Mutterkonzern zur Räson gerufen.

Audi gilt als Keimzelle des Dieselskandals, wurde hier doch jene Betrugssoftware für die Drei-Liter-Dieselmotoren entwickelt, mit denen später auch die Marken Volkswagen und Porsche bei den Abgastests auffällig geworden sind. Möglicherweise darf Stadler auch deshalb noch im Amt bleiben, weil ein potenzieller Nachfolger nicht mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen belastet werden soll.

Zudem ist der Kreis der Nachfolge-Kandidaten nicht gerade prominent besetzt. Der frühere Opel-Chef Karl Thomas Neumann, der sich selbst ins Gespräch gebracht hat, hat bei seinem früheren Arbeitgeber kein bestelltes Feld hinterlassen. Und der einstige Skoda-Chef Winfried Vahland verließ den Konzern, als VW-Chef Matthias Müller ihn in die USA schicken wollte. Er sei schlicht zu nervenschwach, zitieren Medien aus der Konzernzentrale. So darf Stadler vorerst bleiben, weil keine bessere Alternative in Sicht ist. *P.E.*

Mit dem Rücken zur Wand

Euro-Stärke verschärft Italiens Probleme beträchtlich

Wer allein den Wechselkurs als Maßstab für die Stabilität einer Währung nimmt, der kann im Hinblick auf den Euro derzeit gut schlafen. Nach einer Schwächephase im vergangenen Jahr hat die europäische Einheitswährung gegenüber anderen bedeutenden Zahlungsmitteln wie US-Dollar, Yen oder Pfund deutlich Boden gutgemacht.

Doch bei Mario Draghi, dem Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), will keine Freude aufkommen, ebenso wenig bei führenden Wirtschaftsexperten. Sie sehen den hohen Wechselkurs als zusätzliche Quelle von Problemen, die den Euro in seiner Substanz treffen können.

Die Augen richten sich dabei vor allem auf Draghis Heimat Italien. Das Land leidet ohnehin unter dem Euro, der für die italienische Wirtschaft zu hart ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den vergangenen acht Jahren um 600 Milliarden auf 1800 Milliarden US-Dollar abgestürzt, schätzt der Internationale Währungsfonds (IWF).

Laut dem früheren Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, liegt die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Italiens noch immer 19 Prozent unter dem Vorkrisenniveau von 2007. Ein wesentlicher Grund dafür: Seit 1995 ist Italien als Produktionsstandort gegenüber Deutschland um satte 42 Prozent teurer geworden.

Hier liegt die besondere Schwierigkeit, welche die Lage der drittgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone sogar noch problematischer macht als jene Griechenlands. Die Griechen verfügen über keine nennenswerte, in den Weltmarkt exportierende Industrie, Italien tut dies sehr wohl. Bis zum Einfrieren der Wechselkurse 1999 konnte Italien etwaige Kostennachteile per Abwertung der Lira ausgleichen. Seitdem ist dieser Weg versperrt. Und das derzeitige Euro-Hoch verstärkt den Druck auf den Stiefel-Staat zusätzlich.

> Experte: Anfang 2018 steigt Rom aus der Währung aus

Spanien hat auf eine ähnliche Entwicklung mit härtesten Reformen geantwortet. Die aber sind im politisch chronisch instabilen Rom kaum durchsetzbar. Hier versucht man, die sozialen Folgen der abrutschenden Wettbewerbsfähigkeit und der daraus folgenden hohen Arbeitslosigkeit per Kreditaufnahme zu vertuschen. Dadurch hat die Staatsverschuldung gigantische 133 Prozent des BIP erreicht. Diejenige Deutschlands liegt etwa halb so hoch.

Trotz massiver Unterstützung durch die EZB, die italienische Staatschuldpapiere kauft und deren Zinsen damit drückt, kann diese Entwicklung nicht ewig so weitergehen. Daher hat Sinn bereits den baldigen Ausstieg Italiens aus dem Euro prophezeit (die *PAZ* berichtete), entweder noch diesen Herbst oder – wahrscheinlicher – im kommenden Frühjahr.

Dabei läuft ein Wettlauf gegen die Zeit: Ältere Italien-Anleihen unterliegen einer Regel, wonach das Schuldnerland entscheiden kann, in welcher Währung es fällige Anleihen auszahlt. Rom könnte sie also in (deutlich abgewerteter) neuer Lira bedienen. Jüngere Papiere unterliegen dagegen dem Grundsatz, dass die Mehrheit der Gläubiger so einem Umtausch zustimmen muss, was wenig wahrscheinlich klingt. 2016 lag das Verhältnis neuer und alter Papiere bei etwa eins zu eins. Ab 2022 sind kaum noch alte Italo-Anleihen im Umlauf. *Hans Heckel*

Gar nicht harmlos

Von Volker Kleinophorst

Wenn Außerirdische unsere Film- und TV-Landschaft beobachten würden, ob die bayrische Krimikomödie „Dampfnudelblues“ oder Serien wie „Two and a half man“, sie müssten annehmen, dass es nichts Normaleres gibt, als dass mal hier und da ein Joint durchgezogen wird. Dazu Koks, gefälschte Rezepte, Happy Pills neben dem unendlichen Strom von Alkohol. Sie wären sicher überrascht, wenn sie dann feststellen würden, dass der Konsum von Drogen in jedem Land auf diesem Planeten verboten ist.

Jedes Jahr landen wegen des Konsums von Marihuana etliche Menschen im Knast – weil es so unglaublich gefährlich ist. Aber nicht im TV, da ist es harmlos. Alle Stimulanzien kriegen durch die Medien ein cooles Image verpasst. Selbst wenn es bergab geht, hat man doch sein „Trainspotting“ gelebt. So auf der Überholspur wie der koksende Privatdetektiv in „Bad Lieutenant“ möchte man eben auch mal Gummi geben.

Was passt da nicht zusammen, oder wo passt da was zusammen? Böse sein ist cool und ohne Drogen geht das eigentlich gar nicht. Das macht dich lenkbar. Weil du zu jeder Zeit einkassiert werden kannst. Und du bezahlst: Die TV-Gebühren, die Drogen, mit Pech auch mit dem Leben.

Nichts gelernt

Von Hermann Paul Winter

Als der algerische Staatspräsident Houari Boumedienne im Jahr 1974 vor der UNO-Generalversammlung prophezeite, dass eines Tages Millionen von Menschen die südliche Hemisphäre verlassen und in die nördliche eindringen würden, vermutete niemand, dass diese Bewegung just zu dem Zeitpunkt in vollem Gange sein würde, zu dem in Deutschland der Wahlkampf toben und die öffentliche Aufmerksamkeit in erster Linie auf kontaminierte Eier und Fahrzeuge mit nicht korrekt deklarierten Schadstoffen gelenkt sein würde.

Abermillionen Afrikaner sitzen heute auf gepackten Koffern. Dagegen ist die knappe Million von Immigranten der ersten Asylwelle aus dem Jahre 2015 verschwindend gering. Dennoch sind die mit ihr importierten Probleme heute alles andere als gelöst. Vor diesem Hintergrund ist es unerhört und an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten, dass die Regierung Merkel so gut wie nicht auf den Zustrom aus Afrika vorbereitet ist. Sie hat aus dem Flüchtlingschaos von 2015 nichts gelernt und lässt selbst den geringsten Ansatz für eine vorausschauende Politik, für ein tatkräftiges Handeln und eine ehrliche Diskussion über die Masseneinmigration vermissen.

Dem Massenzustrom wirkungsvoll zu begegnen, kann nur bedeuten, einen zumindest vorläufigen Stopp des Zustroms zu verhängen. 2015 dürfe sich nicht wiederholen, lamentieren unterdessen die Hofsänger der Kanzlerin. Die aber möchte den Zuzug auf keinen Fall begrenzen. Wir müssen also mit einem noch größeren Chaos rechnen, solange in Berlin die Verantwortung für das eigene Land im politischen Handeln keine Rolle spielt.

Versuch einer Abschreckung

Von Manuel Ruoff

Als selbsternannter Weltpolizist nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika für sich das Recht in Anspruch, in fremde Staaten einzumarschieren und deren ihnen nicht genehme Regierungen auszutauschen. Dieses vermeintliche Recht zum „Regime Change“ beanspruchen die USA nicht nur für sich, sie nutzen es auch eifrig. Die Liste der Opfer ist lang. Sie reicht von Afghanistan über den Irak und Libyen bis Panama.

„Vor dieser konsequent fortgeführten Politik“ der USA gibt es für Regierungen, die sich weder den USA beugen wollen noch unter dem Schutz einer anderen Atommacht stehen, nur eine „Rettung“. Konrad Adenauer hat sie bereits in der Bundestagssitzung vom 7. Februar 1952 formuliert. Man muss nur in dem vielleicht bekanntesten Zitat des ersten deutschen Bundeskanzlers „Sowjetrussland“ durch die USA ersetzen, so dass es lautet: „Uns so stark zu machen, dass die USA erkennen, ein Angriff darauf ist ein großes Risiko für die USA selbst.“

> Kim Jong-un will einem »Regime Change« vorbeugen

Das ist leichter gesagt als getan. So standen dem US-Militär vergangenes Jahr mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als den acht nächstkleineren Armeen von China, Russland, Saudi-Arabien, Indien, Frankreich, Großbritannien, Japan und Deutschland zusammen. Angesichts dieser ungeheuren militärischen Überlegenheit der USA auf militärischem Gebiet ist es kaum erreichbar, sie mit konventionellen Waffen abzuschrecken.

Da helfen nur Kernwaffen. Mit ihnen ist es möglich, einen Angriff der USA wenigstens für deren Verbündete in der eigenen Region zu einem großen Risiko zu machen. Insofern ist es mehr als verständlich, wenn Staaten, die nicht unter dem Schutz einer Atommacht stehen, selber nach der Atomwaffe trachten. Da tickt Pjöngjang nicht anders als Teheran.

Um einen Angriff der USA zu einem großen Risiko für sie selbst zu machen, reicht der Besitz der Atombombe jedoch noch nicht aus. Man braucht auch Trägersysteme, mit denen die eigenen Kernwaffen in den USA zur Wirkung gebracht werden können. Daran arbeitet Pjöngjang derzeit fieberhaft, wie nicht zu übersehen ist. Je mehr Druck Washington aufbaut, je mehr es mit einer militärischen Lösung droht, desto größer wird der Zeitdruck für Pjöngjang, seine Trägersysteme praxistauglich zu machen.

Kim Jong-uns Interesse, kein Opfer eines US-amerikanischen „Regime Changes“ zu werden, mag man für illegitim halten, aber es ist nicht weniger verständlich als das der USA, die Zahl der Staaten, die ihnen gegenüber faktisch wehrlos sind, in denen sie also ohne großes Risiko „Regime Changes“ durchführen können, möglichst gering zu halten. Insofern geht es im Konflikt zwischen Pjöngjang und Washington durchaus auch rational zu.



Auch er pochte bereits auf Stärke als Antwort auf Bedrohung: Konrad Adenauer im Bundestag, vor dem er am 7. Februar 1952 sein berühmtes Plädoyer für die Abschreckung hielt

Bild: pa

Gegenwind



Reparationsforderungen desavouieren die EU

Von Florian Stumfall

Ende Juli dieses Jahres sorgte Polen für eine völlig neue Variante von Solidarität zwischen EU-Mitgliedsländern. Der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, erklärte in einem Radiointerview, Deutschland entziehe sich seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg, und daher müsse über Reparationen gesprochen werden. Ein entsprechendes Gesetz sei, da sich der diplomatische Apparat Polens derzeit als nicht schlagkräftig genug erweise, in Vorbereitung.

Kaczynski kündigte eine „historische Gegenoffensive“ seines Landes an. „Wir reden über gewaltige Summen und auch über die Tatsache, dass Deutschland sich viele Jahre lang geweigert hat, die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu übernehmen“, so der starke Mann in Warschau. Er ist indes innerhalb der Völkerfamilie EU nicht allein mit solchen Plänen. Auch Griechenland versucht Wertschöpfung durch Reparationsforderungen an Deutschland, und zwar schon seit dem Jahr 2013. Damals wurde eine Gruppe von Beamten des Finanzministeriums mit der Aufgabe betraut, den Schaden zu berechnen, den Griechenland durch die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg genommen hat.

Während Kaczynski dem Umfang der Forderungen offenlässt, um nicht etwa zu tief zu greifen, bezifferten die Griechen die Höhe ihrer Nota auf 108 Milliarden Euro. Was Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt an Zahlungen geleistet hatte, ging in die Kalkulation nicht ein. Das war zwei Jahre später ein wenig anders, als der damalige griechische Justizminister Nikos Paraskevopoulos erklärte, er mache sich ein Urteil des Athener Verfassungsgerichts zu eigen, wonach Deutschland an Nachkommen von Opfern des NS-Regimes Kompensationszahlungen zu leisten habe. Was bisher schon erbracht worden sei, sehe man als „Vorabzahlung“ an.

Nun ist es durchaus üblich und auch völkerrechtlich gedeckt, dass ein Land, das einen Krieg begonnen und verloren hat, dem Sieger einen finanziellen Ausgleich geben muss. Anders, wenn der Angreifer seinen Krieg gewinnt. Im Falle Deutschland nun wurden nach dem Zweiten Weltkrieg das gesamte Auslandsvermögen, die Handelsflotte und alle deutschen Patente beschlagnahmt. Zudem wurden im großen Umfang Ansprüche durch die Demontage von Industriebetrieben abgedeckt. Und, was vor allem Polen betrifft: Deutschland musste seine Ostgebiete abtreten, ein Verlust, der sich jeder Berechnung entzieht.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Darüber hinaus vereinnahmten die USA nach eigenen Angaben deutsche Reparationen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar, die Sowjetunion nach westlichen Schätzungen 15 Milliarden. Doch während die Kommunisten im Moskauer Kreml mit Datum vom 1. Januar 1954 auf alle weiteren Leistungen verzichteten, ließen sich die Westmächte die Möglichkeit offen, neue Forderungen zu erheben. Um dieser Hängepartie einen rechtlichen Rahmen zu geben, wurde zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 vereinbart. Der entscheidende Beschluss war: Die Frage der deutschen Kriegsschulden solle erst bei einem Friedensschluss entschieden werden.

Freilich hat Deutschland, auch das vereinigte Deutschland, bis heute keinen Friedensvertrag, die Frage nach den Reparationen stellt sich also bislang nicht. Allerdings erfüllt der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der am 15. März 1991 in Kraft getreten ist, funktional bis auf Weiteres die Erfordernisse eines Friedensvertrags. Bei diesem Zwei-plus-Vier-Abkommen ist indes von Reparationszahlungen keine Rede. Die Sache wäre damit also obsolet geworden. Zudem wird das Abkommen als sogenannter Statusvertrag betrachtet, das heißt, seine Wirksamkeit geht über die Unterzeichnerstaaten – in diesem Falle die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Sowjetunion – hinaus. Dieser Anspruch erklärt sich dadurch, dass der Vertrag eine in Teilen neue politische Ordnung in ganz Europa grundlegt.

Damit werden auch Polen und Griechenland in die Wirksamkeit der Vereinbarung einbezogen, und Forderungen aus diesen Ländern an Deutschland stehen rechtlich auf sehr unsicherem Boden, vor allem, was Polen betrifft. Das Land hat nämlich bereits im Jahre 1953 in einer Erklärung auf weitere Zahlungen aus Deutschland verzichtet. Man wolle, so hieß es damals, „einen weiteren Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Geiste der Demokratie und des Friedens“ leisten. Darauf wurde denn auch von der Bundesregierung angesichts des jüngsten polnischen Vorstoßes verwiesen. Deutschland stehe politisch, moralisch und finanziell zu seiner historischen Verantwortung, aber die Frage der Reparationen sei rechtlich und politisch bereits abschließend geregelt, so eine Erklärung der Bundesregierung.

Ebenso sind eigentlich die Verhältnisse gegenüber Athen längst geklärt. Im Rahmen ihrer umfassenden Wiedergutmachungspolitik schloss die deutsche Regierung in den Jahren zwischen 1959 und 1964 mit zwölf westeuropäischen Regierungen sogenannte „Globalabkommen“. Zu diesen Ländern gehört auch Griechenland. Athen bekam aus Bonn damals 115 Millionen Mark, das ist nach heutiger Kaufkraft fast eine halbe Milliarde Euro. Im Briefverkehr zu diesem Abkommen erklärte die griechische Seite, damit seien „alle den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Fragen ... abschließend geregelt“, wodurch Athen auf alle weiteren Forderungen verzichtete. Nachdem der Ostblock im Jahre 1990 zusammengebrochen war, wandte Deutschland dieses Globalabkommen sinngemäß auch auf osteuropäische Länder an. In diesem Rahmen erhielt Polen die Summe von mehr als 250 Millionen Euro.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Somit steht eines fest: Die neuerlichen Ansprüche, die von Griechenland und Polen und möglicherweise bald von einem weiteren Land gegen Deutschland erhoben werden, entbehren der rechtlichen Grundlage. Doch lässt sich die politische Wirklichkeit nicht allein in rechtliche Parameter fassen. Was das Gesetz nicht hergibt, ist oftmals durch die Psychologie zu erreichen. Eine Schuld wie die, an der Deutschland trägt, und die von den Nachfolgern der Täter selbst als nie dagewesen, nicht zu überbieten und nie zu verzeihen bezeichnet wird, ist natürlich sehr dazu geeignet, sie als Druckmittel zu benutzen. Das wird verstärkt durch alle Warnungen vor Aufrechnen und Relativieren sowie die Mahnungen, angesichts des politischen Extremismus Wiederholungen zu meiden. Mehr im Irrationalen liegen die Hinweise von manchen Nachfolgern der Opfer, mit Geld sei nichts mehr gutzumachen, die aber doch finanzielle Forderungen erheben.

Tatsächlich aber übersehen die Antreiber in Warschau und Athen den Schaden, den sie selbst anrichten. Angesichts des maroden Zustands der EU muss deren angeblich friedensstiftende Macht als hauptsächliche Sinngebung des gesamten Einigungswerkes immer wieder beschworen und beteuert werden. Dem stehen gehässige Anwürfe und ungerechtfertigte Forderungen diametral entgegen. Wenn innerhalb der EU nicht einmal Einigkeit darüber herrscht, was man unterschrieben hat und was vereinbart ist, dann erschöpft sich die Bindekraft der Gemeinschaft tatsächlich in der Allgegenwart der Brüsseler Bürokratie.

Florian Stumfall

Ein Meister, der bleibt

Nur der Autor des »Schimmelreiters«? Vor 200 Jahren wurde Theodor Storm geboren

Als „Du graue Stadt am Meer" bezeichnete Theodor Storm die Nordsee-Stadt Husum. Am 14. September 1817 wurde der Autor des „Schimmelreiters" hier geboren.

Am Husumer Hafen befindet sich ein Holzpfahl mit den Pegelständen vergangener Sturmfluten. Die „Große Manndränke", bei der im Jahr 1362 das Meer die vor Husum gelegene Insel Rungholt verschluckt hatte, war nichts im Vergleich zu der Sturmflut von 1825, die knapp einen halben Meter höher lag. Theodor Storm wird sie als Siebenjähriger bewusst erlebt haben. Er wusste also, wovon er schrieb, als er kurz vor seinem Tod 1888 seine letzte Novelle, den „Schimmelreiter", beendete.

Es gibt zwei Werke von Storm, die sich dauerhaft halten werden. Da ist zum einen sein Gedicht „Knecht Ruprecht" („Von drauß' vom Walde komm ich her / Ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr") und eben der „Schimmelreiter". Ganze Schülergenerationen kennen aus dem Deutschunterricht das vergilbte „Hamburger Leseheft" mit der Geschichte des Deichgrafen Hauke Haien, die auf einer in der Zeitschrift „Danziger Dampfboot" abgedruckten Erzählung beruht und die ursprünglich im Weichselgebiet spielte.

Von den gegenwärtigen Denkmalstürzen, die den schulischen Kanon literarischer Texte in Frage stellt, bleibt Storm unberührt. Lessing – altbacken, Goethe – ein Frauenfeind, Kleist – hochnäsiger preußischer Junker, Büchner – biederer Revoluzzer, Brecht – maßlos überschätzt. Storm dagegen bietet kaum Angriffsfläche. Er vertrat eine tadellose republikanische Gesinnung und holte sich Meriten ab, indem er sich in seinen Gedichten für die schleswig-holsteinische Erhebung gegen die Dänen-Herrschaft einsetzte und deshalb seine Anwaltskanzlei in Husum aufgeben musste.

Dass sich Storm so sehr dem heutigen Zeitgeist widersetzt, der so ziemlich alles zerstören will, was auch nur annähernd der Heimatliteratur verdächtigt wird, erstaunt immer wieder. Denn fast alle seine Novellen wie auch die zu seinen Lebzeiten in mehreren Auflagen erschienene „Immensee", die fast schon sozialkritische „Pole Poppenspäler" über einen ehrbaren Mann, über den so etwas wie ein „Shit-Storm" (sic!) einbricht, oder der Vater/Sohn-Konflikt in „Carsten Curator" spielen in Storms norddeutscher Heimat. Wegen seiner bodenständigen Art bezichtigte Theodor Fontane seinen Kollegen einst der heimattümelnden „Husumerei".

Dabei lernte Storm auch Fontanes preußische Heimat kennen. In seinen „Exiljahren" erhielt er eine Anstellung am Kreisgericht in dem von ihm ungeliebten „großen Militär-Kasino" Potsdam, ehe er eine besser bezahlte Stelle als Kreisrichter im thüringischen Heiligenstadt erhielt. Hier, auf der Strecke von Göttingen nach Erfurt gelegen, wirkte er auch an Todesurteilen mit. Das Amtshaus, in dem er tätig war, beherbergt heute ein Storm-Museum.

Das gibt es auch in Husum unweit vom Hafen. Nachdem Preußen und Österreicher 1864 den Deutsch-Dänischen Krieg gewonnen hatten und die Preußen sich laut Storm wie Eroberer aufführten („Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht"), kehrte er nach Husum zurück, wo er als Landvogt, Amtsrichter und Hobbyautor in einem großzügigen Bürgerhaus arbeitete und das heute eine umfangreiche Storm-Sammlung beherbergt.

Seine neutrale Rolle als Richter schlug sich auch in seinen literarischen Werken nieder, in denen immer Maß gehalten und Anstand bewahrt wird. Das machte ihn zum Vorbild vieler Autoren, besonders aber von Thomas Mann, der über Storm sagte: „Er ist ein Meister, er bleibt." Wenn viele seiner Novellen in Vergessenheit geraten sein werden, so wird Storm allein wegen des „Schimmelreiters" noch lange bleiben.

Eine hohe Wertschätzung erfährt Storm posthum am 14. September, wenn im Husumer Rathaus ein Festakt zu seinem 200. Geburtstag stattfinden wird, zu dem auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther eingeladen ist. *Harald Tews*



Theodor-Storm-Haus in Husum: Der Dichter lebte hier von 1866 bis 1880 Bilder (2): tws



Lektüretipps zu Storm:

Im Jubiläumsjahr ist eine Reihe von Sachbüchern und Romanen über Theodor Storm erschienen. Gerd Eversberg hat mit **Theodor Storm: Künstler – Jurist – Bürger** (Weimarer Verlagsgesellschaft, Weimar 2017, 160 Seiten, 16,90 Euro) ebenso eine neue Biografie vorgelegt wie Maren Ermisch mit **Theodor Storm. Dichter – Bürger** (Wachholtz Verlag, Kiel 2017, 96 Seiten, 8,95 Euro). Der langjährige Doyen des Theodor-Storm-Hauses, Karl Ernst Laage, hat kurz vor seinem Tod mit 97 Jahren im Juli dieses Jahres noch das Buch **Theodor Storm zum 200. Geburtstag: Aufsätze, Untersuchungen, Dokumente** (Boyens Buchverlag, Heide 2017, 152 Seiten, 16,95 Euro) herausgebracht. Alles über Leben und Werk von Storm erfährt man im **Storm-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung** von Christian Demandt und Philipp Theisohn (J.B. Metzler, Stuttgart 2017, 420 Seiten, 89,95 Euro). Fiktive Werke über Storm gibt es von Bente Seebrandt mit **Im Licht der Nebensonnen, Roman nach Motiven von Theodor Storm** (Boyens Buchverlag, Heide 2017, 320 Seiten, 10,95 Euro), Tilman Spreckelsen mit **Der Nordseeschwur – Ein Theodor-Storm-Krimi** (Fischer TB, Frankfurt/M. 2017, 240 Seiten, 9,99 Euro) und Jochen Missfeldt mit **Sturm und Stille**, (Rowohlt, Reinbek 2017, 352 Seiten, 22 Euro). *H. Tews*

MELDUNGEN

Ein Hamburger »Kapital«

Hamburg – Vor 150 Jahren erschien „Das Kapital" von Karl Marx in einem Hamburger Verlag (siehe Seite 10). Aus diesem Anlass ist im Hamburger Museum der Arbeit, Wiesendamm 3, 22305 Hamburg, bis zum 4. März 2018 eine Ausstellung über diesen Klassiker der politischen Ideengeschichte zu sehen. Neben einer Erstausgabe des „Kapital" sind original Marx'sche Exzerpthefte sowie Lektüreexemplare von Helmut Schmidt, Theodor Adorno oder Bertold Brecht zu sehen. *tws*

Böll hinter und vor der Kamera

Köln – Die Feiern zum 100. Geburtstag des Autors Heinrich Böll am 12. Dezember werfen ihre Schatten voraus. Im Kölner Museum Ludwig ist jetzt mit „Die humane Kamera – Heinrich Böll und die Fotografie" bis zum 7. Januar 2018 der Literaturnobelpreisträger als Fotografierter und als Fotograf zu sehen. Internet: www.museum-ludwig.de *tws*

Bronzekunst aus Spanien

Brühl – Neben Dalí und Picasso zählt Joan Miró als bedeutendster spanischer Maler der Moderne. Im Max-Ernst-Museum von Brühl steht sein weniger bekanntes plastisches Schaffen noch bis zum 28. Januar 2018 im Mittelpunkt der Ausstellung „Miró – Welt der Monster". Herzstücke der 67 Werke umfassenden Schau sind 40 bis zu drei Meter hohe Bronzeplastiken aus den 60er und 70er Jahren. Internet: www.maxernst-museum.lvr.de *tws*

Zensurmaßnahmen

In Kassel ist der umstrittene »Parthenon der Bücher« fast vollendet

Eine Besucherin der Kasseler documenta ruft aus, was viele denken: „Gut gell, einfach gut!" Sie ist vom „Parthenon der Bücher" begeistert, den die argentinische Künstlerin Marta Minujin auf dem Friedrichsplatz errichten ließ. Die vom Parthenon-Tempel auf der Athener Akropolis inspirierte Installation besteht aus einem Stahlskelett, an dem in Klarsichtfolie verpackte Buchspenden hängen. Als die documenta im Juni eröffnet wurde, litt der Tempel unter akutem Schriftenmangel. Doch nun steht er vor der Vollendung.

Verlage, Buchhändler und Privatpersonen stifteten die für den Bau verwendeten Schriften. Dem Aufruf der documenta-Leitung zufolge muss es sich um Bücher handeln, die irgendwann einmal verboten waren oder es noch heute irgendwo in der Welt sind. Den mit ihnen errichteten Parthenon der Bücher erklärt die documenta zum Monument der Meinungsfreiheit und Demokratie. Es sollte aus 100 000 Büchern erbaut werden. Die Realität sieht anders aus: Die Organisatoren haben den Abstand zwischen den Büchern so weit vergrößert, dass 55 000 verbotene Schriften ausreichen. Wenn noch 1500 Bücher gespendet werden, ist das Werk vollbracht.

Was ist denn bislang so gespendet worden? Spitzenreiter sind Goethes „Leiden des jungen Werthers". Wir entdecken Karl Mays „Durch die Wüste" und Tolstois „Krieg und Frieden", Micky-Maus-Hefte, die Bibel und Schriften von Karl Marx. Viele Spender haben sich vom „Kleinen Prinz" oder Werken Bert Brechts, Franz Kafkas, Friedrich Schillers und etlicher weiteren Autoren mit Weltgeltung getrennt. Waren und sind also die staatlichen und kirchlichen Zensoren nichts anderes als Literaturbanausen? Ist das aus politischen, religiösen oder sittlichen Gründen ausgesprochene Verbot von Schriften stets blanker Unsinn?

Die documenta bewirbt das Werk als „Zeichen gegen das Verbot von Texten und die Verfolgung ihrer Verfasserinnen und Verfasser". Aber nicht jedes verbotene Buch findet Gnade. Die Künstlerin Marta Minujin hat gut nachvollziehbare, aber eigenmächtige „Zensurregeln" aufgestellt. Sie verbietet gewaltverherrlichende, rassistische, rechtsradikale und pornografische Schriften.

Die Begutachtung der Spenden obliegt der von Studenten unterstützten Kasseler Germanistikprofessorin Nikola Roßbach. Genau achtet sie auch darauf, Schriften auszusondern, die der deutsche Index der verbotenen Medien auflistet. Er dient etwa dem Jugendschutz und dem Schutz vor Angriffen auf die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Die Praxis der Zulassung zum Parthenon erweist also, dass die documenta zwischen „berechtigten" und „unberechtigten" Bücherverboten unterscheidet. Roßbach kommentiert: „Jede Gesellschaft gibt sich eine gesetzliche Ordnung, wenn Handlungen, zum Beispiel Beleidigungen, Volksverhetzung, dieser widersprechen, sanktioniert die Gesellschaft den Akteur oder die Akteurin. Das gilt auch in den ‚freiesten' Gesellschaften, zu denen wir uns zählen dürfen." *Veit-Mario Thiede*

Bild: Thiede

Büchertempel: Bibliothek verbotener Schriften

Umgebogener Reformator

Avantgarde-Künstler haben eine ganz spezielle Sicht auf Luther

Überdimensional und signalrot steht im Hof des Alten Gefängnisses der Lutherstadt Wittenberg ein aufrechter Boxhandschuh, über den sich Reifenspuren ziehen. Er ist Erwin Wurms Beitrag zur städteübergreifenden Ausstellung „Luther und die Avantgarde". Wurm erklärt: „Ich werde meine Teilnahme nutzen, um gegen die Verlogenheit anzukämpfen." So gesehen steht sein aus Bronze gegossener „Boxhandschuh" – auch wenn er sich überfahren ließ – für Durchsetzungskraft und den Mut, für seine Überzeugungen einzustehen.

In Wittenberg, Berlin und Kassel wartet die Schau mit Beiträgen von 70 internationalen Künstlern auf. Mal ist der Bezug zu Luther offensichtlich, mal bleibt er schleierhaft. Die meisten Werke sind im Wittenberger Alten Gefängnis zu sehen, andere in Kassels Karlskirche und Berlins St. Matthäus-Kirche.

In den Zellen und Gemeinschaftsräumen des längst außer Dienst gestellten Gefängnisses entdeckt man spannende oder auch irritierende Beiträge. Andere sind vor allem virtuos ausgeführt. Etwa Zhang Huans auf den ersten Blick pessimistisch wirkende Arbeit „Ash Banquet no. 3" (2012): das „Letzte Abendmahl" in verkohlt. Sein von Leonardo da Vincis Mailänder Wandgemälde angeregtes Leinwandbild stellt Jesus und seine Jünger mit Hilfe der Asche von Räucherwerk aus buddhistischen Tempeln dar. Eine Art Dialog der Religionen? Breitbeinig steht der von Markus Lüpertz aus bemaltem Gips geschaffene einarmige „Eiferer" (2017) da. Lüpertz äußert: „Luther ist davongekommen. Das ist eines der großen Phänomene, die er vermittelt hat: dass man die Welt verändern kann, ohne dabei draufzugehen."



Bild: Thiede

Erwin Wurms Boxerhandschuh

Olaf Metzel hat den nun schon zehn Jahre anhaltenden Rummel um Luther satt. Seine im Treppenhaus des Gefängnisses baumelnde Installation „Luther rauf und runter" (2017) besteht aus vergrößert auf Bleche gedruckten und anschließend zusammengeknüllten Medienberichten über den Reformator und seine 500 Jahre alten Thesen.

In Berlins St. Matthäus-Kirche präsentieren Gilbert & George ihre sogenannten „Sündenbock-Bilder". Die Notlage heutiger „Flüchtlinge" ist Thema von Thomas Kilppers Beitrag „Ein Leuchtturm für Lampedusa". Zu dem hat er den Glockenturm von Kassels Karlskirche umfunktioniert. Strahler leuchten auf. Darunter sind zu Streifen geschnittene Schlauchboote von Immigranten befestigt. Sie dienen nun als Schriftbänder, auf denen etwa „Lesbos" und „Lampedusa" steht.

Dem linken Zeitgeist verpflichtet, erklärt Kilpper die Kirche plakativ zur „Flüchtlingsinsel". Er biegt Luthers christliche Botschaft so um: Aus Nächstenliebe, wie sie Luther für eine Grundeinstellung eines jeden „Christenmenschen" erachtete, müsse den heutigen Zuwanderern geholfen werden. *Veit-Mario Thiede*

Bis 17. September in Wittenberg, Altes Gefängnis, Berliner Straße/ Ecke Lucas-Cranach-Straße, geöffnet Montag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr, Eintritt: 7 Euro. Berlin, St. Matthäus-Kirche, Matthäikirchplatz. geöffnet Dienstag bis Sonnabend 11 bis 18 Uhr, Sonntag Gottesdienst um 18 Uhr, anschließend bis 20 Uhr, Eintritt frei. Kassel, Karlskirche, Karlsplatz, geöffnet Montag bis Sonnabend 10 bis 20 Uhr, Sonntag Gottesdienst um 10 Uhr, anschließend bis 20 Uhr, Eintritt frei. www.luther-avantgarde.de

»Das Kapital« startete als Ladenhüter

Karl Marx nannte »Kampf« sein Lebensmotto – Ein notorischer Agitator

Ein großer Erfolg war das Buch anfangs nicht, der kam erst später. Band 1 des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx erwies sich 1867 als Ladenhüter. Die ersten 1000 Exemplare fanden nur wenige Leser. Wer heute ein Exemplar der Erstausgabe ergattern will, der zahlt einige Tausend bis 50 000 Euro, eine Edelausgabe mit Widmung von Karl Marx wird mit 1,5 Millionen Euro in Rechnung gestellt. Das Buch wider das Kapital ist zum Spekulationsobjekt geworden.

15 Jahre hat Karl Marx am ersten Band seiner Schrift gearbeitet. Stets war er überzeugt, noch nicht fertig zu sein. Nur erheblicher Druck seines Verlegers und seiner Freunde, allen voran Friedrich Engels, brachte ihn dazu, zu liefern. Am 11. September 1867 erschien „Das Kapital“. Aber nur der erste Band einer auf sieben Bände angelegten Schriftenreihe zur Wirtschaftslehre. Allein dieser erste Band erschien zu Lebzeiten von Karl Marx. Die beiden folgenden Bände editierte Friedrich Engels. Weil der erwartete Erfolg ausblieb, schrieb Engels unter Pseudonym Verrisse, um das Buch ins Gespräch zu bringen. Ziemlich erfolglos. Die Lektüre erwies sich als sehr schwere Kost.

In seiner Studierstube beschrieb Marx, ständig von einer Tabakwolke umhüllt, den nach seiner Auslegung zwangsläufigen Niedergang des Kapitalismus. Den durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft erworbenen Mehrwert stecke der Kapitalist in die eigene Tasche. Dadurch erwirtschafte der Unternehmer (gleichbedeutend mit Kapitalist) immer größere Profite. Was Marx umständlich entwickelte, wird heute auf die gängige Formal gebracht: „Die Reichen werden immer reicher ...“

Um Reichtum zu vermehren, wird die Produktion gesteigert. Wer den größten Profit einstreicht, gewinnt. Die Folge ist eine Konzentration in der Wirtschaft, kleinere und mittlere Unternehmen bleiben auf der Strecke. Als Folge werden aus Bürgern Proletarier und die Arbeiterklasse verelendet. Schließlich kann der Kapitalist seine Ware nicht mehr absetzen, weil es unter den Verarmten an Kunden fehlt. Damit schließt sich der Kreis des Elends: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten“, folgerte Marx,



Bild: CF

Titelblatt der Erstausgabe

„wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der Arbeiterklasse. ... Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt.“

Zwar entwickelte Marx die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nicht mehr privat und die sozialen Unterschiede aufgehoben sind, aber von der Pervertierung nach sowjetischem Muster findet sich kein Wort. Dabei war der am 5. Mai 1818 in Trier geborene Marx zeitlebens ein radikaler Oppositioneller. In Paris, wo sich Marx seit Oktober 1843 aufhielt, verfasste er mit Friedrich Engels politische Streitschriften. Er arbeitete in der Redaktion des in Paris erscheinenden Wochenblatts „Vorwärts“. In ihm attackierte er den Absolutismus in Preußen. Die empörte Regierung Preußens setzte seine Ausweisung aus Frankreich durch. Marx wich 1845 nach Brüssel aus, Engels folgte. Gemeinsam gründeten sie das „Kommunistische Korrespondenz-Komitee“ mit der Absicht, die revolutionären Kommunisten zu einer internationalen proletarischen Partei zu einigen. 1847 bildeten Marx und Engels den „Bund der Kommunisten“, ein Jahr später veröffentlichte Marx das „Manifest der Kommunistischen Partei“.



An der Stelle des Gebäudes Roßplatz 3b in Leipzig: Gedenktafel zum Druck der Erstausgabe von Karl Marx’ „Das Kapital“ Bild: Sir James

Wenig später erschütterte die französische Februarrevolution Europa. Überall war die Lage angespannt. Im Jahr zuvor hatte es Missernten gegeben, in fast allen deutschen Ländern hungerten die Menschen, sie revoltierten wie bei der „Kartoffelrevolution“ 1847 in Berlin. Die industrielle Fertigung förderte Massenarbeitslosigkeit. Mit diesem Zündpulver sprang der Funke der Revolution über auf Preußen, Baden, Bayern, Sachsen, Österreich, Italien und Ungarn. Belgien war wenig betroffen. Dennoch hatten die Unruhen Folgen für Marx. Er wurde verhaftet und als Agitator aus Belgien ausgewiesen. In Paris gab es nach dem Umsturz eine neue Regierung – und die lud Marx ein zur Rückkehr. Dort hielt er sich nur kurz auf. Die Märzrevolution in Deutschland brachte ihn nach Köln. In der preußischen Rheinprovinz gab er nach Aufhebung der Pressezensur die „Neue Rheinische Zeitung“ heraus. Die Auflage war mit fast 6000 Exemplaren beachtlich. Finanziert wurde das Unternehmen von liberalen Bürgern. Die Hälfte von ihnen zog sich jedoch zurück, nachdem sie die erste Ausgabe gelesen hatten. Immerhin erschienen 301 Ausgaben. Hier kündigte sich mit dem Text „Lohnarbeit und Kapital“ auch das große Thema von Karl Marx an. Nachdem die letzten Aufstände der Märzrevolution niedergeschlagen waren, musste die Zeitung 1849 ihr Erscheinen einstellen. Marx wurde des Landes verwiesen.

Da er in Frankreich nicht mehr willkommen war, wählte er für seine Familie London als Exil. Engels, der ihm gefolgt war, finanzierte den Aufenthalt wesentlich. Die finanzielle Lage besserte sich etwas, als Marx Europa-Korrespondent der „New York Daily Tribune“ wurde. Journalistische Arbeiten für andere Zeitungen folgten. Das ermöglichte es Marx, weiter für den Kommunismus zu agitieren und seine Kritik am Kapitalismus zu entwickeln. Es entstand sein Hauptwerk „Das Kapital“.

Der Aufenthalt in London und die Arbeit für die New Yorker Zeitung beeinflussten Marx. In England und den USA sah er die bürgerlichen Freiheitsrechte am weitesten entwickelt. 1874 beantragte er die britische Staatsbürgerschaft. Der Antrag wurde abgelehnt. Begründung: Marx sei ein notorischer Agitator, von dem keine Loyalität für Krone und Vaterland zu erwarten sei.

Zu den führenden Köpfen der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen hat Karl Marx stets engen Kontakt gehalten. Nach seinem Lebensmotto gefragt, hatte er einmal gesagt: „Kampf“. Als er nach seinem Tod am 14. März 1883 auf dem Londoner Hinhatte-Friedhof beigesetzt wurde, gaben ihm elf Trauergäste das letzte Geleit. *Klaus J. Groth*

»Hart sein«

Wie es zu Karl Dönitz’ Laconia-Befehl kam

Im September 1942 wurde das deutsche U-Boot U 156 trotz Verwendung des Rot-Kreuz-Zeichens während der Rettung von Schiffbrüchigen bombardiert. Hieraus resultierte der sogenannte Laconia-Befehl, der später im Nürnberger Prozess gegen Großadmiral Karl Dönitz eine maßgebliche Rolle spielte.

Um den alliierten Schiffsverkehr vor Kapstadt zu attackieren und somit auch die Nachschubtransporte für die 8. britische Armee an der El-Alamein-Front in Nordafrika zu stören, entsandte der Befehlshaber der Unterseeboote (BdU), Admiral Karl Dönitz, ab Mitte August 1942 vier große U-Boote vom Typ IXc, U 68, U 504, U 172 und U 156, sowie den U-Tanker U 459 in den Südatlantik. Deren Kommandanten durften während des Anmarsches ins Operationsgebiet nur besonders wertvolle Ziele angreifen, damit das Überraschungsmoment im Bereich des Kaps der Guten Hoffnung gewahrt blieb.

Ein solch lohnendes Objekt war der frühere Passagierdampfer „Laconia“ mit seinen 19 695 Bruttoregistertonnen, der seit Anfang 1942 im Dienste der Admiralität in London stand und Truppen transportierte. Deshalb hatten die Briten das Schiff auch mit acht Geschützen, Fliegerabwehrkanonen, Wasserbomben und U-Boot-Ortungsgeräten ausgerüstet. Am 12. September 1942 torpedierte U 156 unter dem Kommando von Korvettenkapitän Werner Hartenstein die „Laconia“ nordöstlich der Insel Ascension im Mittelatlantik. Zu diesem Zeitpunkt wusste man deutscherseits noch nicht, dass der Dampfer neben seinen 463 Mann Stammbesatzung unter Kapitän Rudolph Sharp und 286 Soldaten auch 87 britische Zivilisten sowie 1793 italienische Kriegsgefangene mitsamt 103 polnischen Wärtern an Bord hatte. Das erkannte Hartenstein erst, als er auftauchen ließ, um den Kapitän oder Chefingenieur des Truppentransporters gefangen zu nehmen. Dabei schwammen die meisten Schiffbrüchigen bereits im Wasser, weil die Schräglage der sinkenden „Laconia“ das Ausbringen von Rettungsbooten erschwerte. Und einige der Italiener waren sogar schon tot, von den überaus brutal agierenden Wachmannschaften erschossen oder mit dem Bajonett erstochen. Wieder andere starben bei Haiangriffen.

Ein Pendant zum Laconia-Befehl galt für die gegen Japan operierenden U-Boote der USA bereits vom ersten Kriegstag an

Angesichts der dramatischen Situation an der Untergangsstelle tat der Kommandant von U 156 vier Dinge. Zum Ersten gab er Order, die in Lebensgefahr Befindlichen zu retten – ungeachtet aller damit verbundenen Risiken für die Sicherheit seines Bootes. Denn mit den letztlich aufgenommenen 260 Engländern und Italienern auf beziehungsweise unter Deck konnte U 156 naheliegenderweise nicht mehr tauchen. Zum Zweiten sandte Hartenstein in der Nacht zum 13. September einen Funkspruch an den BdU mit der Bitte um Instruktionen, woraufhin der Admiral die Fortsetzung der Rettungsaktion anheimstellte – vorausgesetzt, das Boot bliebe dabei tauchklar. Zum Dritten ließ Hartenstein, der genau wusste, dass die letztgenannte Bedingung keinesfalls erfüllbar war, eine vier Quadratmeter große Rot-Kreuz-Flagge auf der Brücke von U 156 ausspannen, die auch aus der Luft wahrgenommen werden konnte. Und zum Vierten setzte er morgens um 6.10 Uhr noch folgenden unverschlüsselten Funkspruch auf der internationalen 600-Meter-Welle ab: „Wenn ein Schiff der havarierten ‚Laconia‘-Besatzung helfen will, werde ich nicht angreifen, solange ich nicht ... angegriffen werde.“ Dem folgte die Angabe der genauen Position, wodurch der Feind jetzt wusste, wo er U 156 finden konnte.

Parallel hierzu schickte Dönitz U 506 unter Kapitänleutnant Erich Würdemann und U 507 unter Korvettenkapitän Harro Schacht sowie das von Korvettenkapitän Marco Revedin befehligte italienische U-Boot „Cappellini“ an die Untergangsstelle. Außerdem liefen auf ein diplomatisches Hilfeersuchen Deutschlands hin auch noch drei Kriegsschiffe des von Marschall Philipe Pétain geführten Französischen Staates aus den westafrikanischen Häfen Dakar, Conakry und Cotonou aus.

Die Zeugenaussage von Fleet Admiral Chester W. Nimitz rettete Karl Dönitz in den Nürnberger Prozessen den Kopf

Am 16. September mittags sichtete ein Bomber der United States Army Air Forces (USAAF) vom Typ B-24 „Liberator“ die nunmehr vier U-Boote unter der Rot-Kreuz-Flagge, die zahlreiche Menschen aus den Wasser gefischt und zudem auch einige vollbesetzte Rettungsboote im Schlepp hatten. Auf seine Anfrage, wie er sich verhalten solle, erhielt der Kommandant der Maschine, Lieutenant James D. Harden, vom Stützpunkt Wideawake Airfield auf Ascension den Befehl zum Angriff. Daraufhin warf das Flugzeug tatsächlich fünf Bomben ab, die zwei Rettungsboote trafen, dutzende Schiffbrüchige töteten und U 156 beschädigten. Die Weisung hierzu kam vom Chef der 1st Composite Squadron der US-Luftwaffe, Captain Robert Richardson, der dafür nie zur Verantwortung gezogen wurde, sondern später noch zum Brigadegeneral avancierte und im NATO-Hauptquartier Karriere machte.

Die Attacke hinderte U 506 und U 507 sowie die „Cappellini“ aber nicht daran, weitere Menschen zu bergen, woraufhin Harden am 17. September auch Würdemanns Boot bombardierte. Unmittelbar danach riefen die Verantwortlichen auf Ascension jedoch alle US-Flugzeuge nach Wideawake zurück, weil das Herannahen der drei Schiffe des Französischen Staates auf eine bevorstehende Invasion hinzudeuten schien. Dadurch konnten die „Gloire“, die „Dumont d’Urville“ und die „Annamite“ insgesamt 1083 gerettete Personen übernehmen und an Land bringen. Außerdem erreichten einige weitere Überlebende die afrikanische Küste rudernd im Beiboot oder wurden von Fischern auf hoher See geborgen – der britische Seemann Tony Large nach einem Martyrium von 40 Tagen. 1619 Menschen, darunter 1420 Italiener, starben hingegen beim Untergang des Truppentransporters und durch die Luftangriffe.

Als Konsequenz aus dem Vorfall erließ der BdU am 17. September 1942 den „Laconia-Befehl“, dessen Kernsatz lautete: „Jegliche Rettungsversuche von Angehörigen versenkter Schiffe, also auch Auffischen von Schwimmenden und Anbordgabe auf Rettungsboote, Aufrichten gekenterter Rettungsboote, Abgabe von Nahrungsmitteln und Wasser haben zu unterbleiben. Rettung widerspricht den primitivsten Forderungen der Kriegführung nach Vernichtung feindlicher Schiffe und Besatzungen. Befehle über Mitbringen von Kapitänen und Chefingenieuren bleiben bestehen. Schiffbrüchige nur retten, falls Aussagen für Boot von Wichtigkeit. Hart sein. Daran denken, dass der Feind bei seinen Bombenangriffen auf deutsche Städte, auf Frauen und Kinder keine Rücksicht nimmt.“

Daraus konstruierte die britische Anklagebehörde während der Nürnberger Prozesse eine Weisung zur Ermordung von Schiffbrüchigen – um dann die Todesstrafe für dieses angebliche Kriegsverbrechen zu fordern. Allerdings erklärte der als Zeuge fungierende Chef der US-Pazifikstreitkräfte, Fleet Admiral Chester W. Nimitz, dass die gegen Japan operierenden US-amerikanischen U-Boote praktisch die gleiche Order gehabt hätten wie die deutschen – und zwar vom ersten Kriegstage an. Das rettete den BdU und späteren Oberbefehlshaber der Kriegsmarine sowie Nachfolger Adolf Hitlers als Reichspräsident vor dem Strang. *Wolfgang Kaufmann*

Honeckers Triumph

Vor 30 Jahren wurde in der Bundesrepublik der rote Teppich für den DDR-Diktator ausgerollt

Vom 7. bis zum 11. September 1987 war der damalige DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker zu einem „Arbeitsbesuch" in der Bundesrepublik. In Bonn mit Ehreneskorten und militärischem Zeremoniell empfangen zu werden, war für ihn der Höhepunkt seiner Laufbahn.

Dass Erich Honecker 1987 in der Bundesrepublik mit allen Ehren empfangen wurde, bedeutete für ihn einen beispiellosen Erfolg. In Bonn wurde der rote Teppich für ihn ausgerollt, das Stabsmusikkorps der Bundeswehr spielte die DDR-Hymne und die DDR-Flagge mit Hammer und Zirkel wurde hochgezogen. Die Ehreneskorte bestand in Bonn nur aus sieben und nicht aus 15 Motorrädern, da die Visite formell nur als Arbeits- und nicht als Staatsbesuch eingestuft wurde. Ausgerechnet der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ließ die Zahl der Polizeimotorräder in München jedoch auf 15 wie bei einem Staatsbesuch erhöhen.

Die Einladung zu dem Besuch Honeckers hatte bereits Helmut Schmidt im Dezember 1981 am Werbellinsee in der DDR ausgesprochen. Längere Zeit wurde die Visite von Moskau blockiert. Für Helmut Kohl war es besonders wichtig, durch den Honecker-Besuch Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr zu erreichen. Das gelang zwar, aber der Empfang Honeckers mit allen Ehren hatte auch etwas sehr Zwiespältiges. Denn auch wenn Kohl und Strauß in Tischreden bei den Banketten die Einheit der Nation beschworen sowie die mörderische Grenze verurteilten, wirkte der Besuch doch allgemein wie eine Zementierung der Zweistaatlichkeit. Der kommunistische Potentat wurde allerorten von westdeutscher Politprominenz und zahllosen Medienvertretern umworben. Jemand wie der Zeithistoriker Karl-Dietrich Bracher, der die Einladung zum Gala-Diner mit Honecker aus ethischen Erwägungen ablehnte, war eine Ausnahme.

> Der Besuch wirkte wie eine Zementierung der Zweistaatlichkeit

In einem schwarzen Mercedes 600 wurde Honecker durch die Bundesrepublik kutschiert, unter anderem durch Nordrhein-Westfalen und in seinen Heimatort Wiebelskirchen im Saarland.

Kohl-Biograph Hans-Peter Schwarz vermerkt, auch Kohl habe „keine Ahnung" gehabt, dass der „zurückgebliebene Obrigkeitsstaat" DDR „mitsamt dem weithin überschätzten Honecker kurz vor dem Aus" stand. Und auch Strauß rechnete keineswegs mit einem baldigen Zusammenbruch der DDR. Im Dezember 1987 erklärte er vielmehr gegenüber Michail Gorbatschow im Kreml: „Wir forcieren die Wiedervereinigung nicht. Es können zehn, 50 oder 100 Jahre vergehen." *Michael Leh*

Wie der Autor den Besuch erlebte

Während des Honecker-Besuches in München am 11. September 1987 leitete ich das Büro der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) für Bayern und deshalb auch deren Kundgebung am Marienplatz. Wir protestierten gegen die Verhältnisse im Unrechtsstaat DDR und informierten unter anderem über die Schicksale politischer Gefangener. Auch bauten wir ein großes Mauer-Modell aus fester Pappe mit Stacheldraht mitten am Karlsplatz/Stachus auf. Das Modell hatte jemand von der CDU-Jugendorganisation Junge Union (JU) in Olching in seinem Keller, es wurde immer wieder herausgeholt bei Anlässen wie dem Jahrestag des Mauerbaus. Auch am Stachus hielten wir einen Infostand ab. Eine Demonstration oder Kundgebung in Sichtweite Honeckers beziehungsweise seiner mutmaßlichen Wegstrecke zur Staatskanzlei – die alte war in der Prinzregentenstraße – anzumelden, war nicht möglich.

Mit drei anderen Menschenrechtlern versuchte ich deshalb wenigstens, noch mit kleinen Protestplakaten zum Prinz-Carl-Palais durchzukommen, wo wie an der Staatskanzlei die DDR-Flagge am Fahnenmast wehte und wir die Autokolonne mit Honecker vermuteten. Die bayerische Polizei unterband auch dies rigide. Mein Argument, dies sei eine zu erlaubende Spontandemonstration, wies ein Polizist zurück: „Dass Sie Plakate dabei haben, deutet darauf hin, dass es keine Spontandemonstration ist." Er drohte mit sofortiger Festnahme, wenn wir nicht mit den Plakaten unverzüglich wieder verschwänden. Es war somit nicht möglich, legal irgendwo auch nur ein Protestplakat in Sichtweite Honeckers hochzuhalten.

> Bayerische Polizei beschlagnahmte Protestplakate

Auch in Dachau, wo Honecker in Begleitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Karl Hillermeier einen Kranz niederlegte, wurde es nur weitab vom Eingang der KZ-Gedenkstätte erlaubt, eine Kundgebung abzuhalten, ebenfalls nicht in Sichtweite des DDR-Staatsratsvorsitzenden. Wir Menschenrechtler, darunter frühere DDR-Häftlinge, waren am zugewiesenen Standort auf einer Straßenseite aufgezogen, auf der anderen Seite hatte sich die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) postiert, um Honecker willkommen zu heißen. Zwischen uns stand Polizei. Als jemand von uns ein Plakat hochhielt, auf dem etwas wie „Honecker – Mauermörder" stand, forderte ein DKPler von der Polizei, das Plakat zu beschlagnahmen, weil es „ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt". Vergeblich versuchte ich, die Polizei von der Beschlagnahme abzuhalten, unter anderem mit dem Argument, dass die DDR für uns rechtlich kein Ausland sei.

Unter unserem Protest und triumphierenden Gesten der DKP zog die Polizei das Plakat ein. Es war sehr bitter, dies im freien Westen erleben zu müssen. Gerade auch frühere politische DDR-Häftlinge, die bei uns standen, waren fassungslos. „Das ist ja wie in der DDR", sagte einer. *M.L.*

Nach der Begrüßung des Gastes vor dem Bundeskanzleramt in Bonn: Erich Honecker (l.) und Helmut Kohl lauschen der DDR-Hymne und dem Deutschlandlied

Seine Erfindung brachte ihm wohl den Tod

Vor 150 Jahren starb der Konstrukteur des ersten funktionsfähigen U-Bootes der Welt, Julius Kröhl

San Telmo gehört zum Archipel der Perleninseln, einer Inselkette im Golf von Panama südlich von Panama-Stadt. In einer Bucht der kleinen, unbewohnten Insel liegt vor der Sandküste ein stark korrodiertes Wrack auf dem Meeresgrund. Bei Ebbe zieht sich das Meer zweimal täglich meterweit zurück und gibt das zwölf Meter lange zigarrenförmige Vehikel frei. Einheimische Fischer hielten es für ein japanisches Spionage-U-Boot aus dem Zweiten Weltkrieg.

Aufgrund eines Hinweises inspizierte der Direktor des Vancouver Maritime Museum, James Delgado, 2001 erstmals den Gegenstand. Er identifizierte ihn als das verschollen geglaubte U-Boot „Sub Marine Explorer". Da das bereits 1865 gebaute Boot das erste war, das aus eigener Kraft wieder auftauchte, gilt es als das erste funktionsfähige Unterseeboot der Welt. Sein Konstrukteur war der deutsche Ingenieur Julius Kröhl aus Memel.

Über den U-Boot-Pionier ist nicht allzu viel bekannt, auch gibt es kein Foto von ihm. Er wurde 1820 als Sohn eines Kaufmanns in Memel geboren, zog später mit seiner Familie nach Berlin und studierte Ingenieurswesen. 1844 wanderte er mit seinem älteren Bruder in die USA aus und ließ sich im New Yorker Viertel „Klein Deutschland" in Manhatten nieder. Um 1855 war er als Unterwasser-Ingenieur im Hafenviertel Lower Manhattan beschäftigt. Damals kamen beim Brückenbau Taucherglocken zum Einsatz.

Während des Sezessionskrieges diente Kröhl in der Marine der Nordstaaten als Spezialist für die Sprengung von Über- und Unterwasserminen. Währenddessen entwarf er den Plan für ein handgetriebenes U-Boot aus genieteten Eisenplatten, das ähnlich einer Taucherglocke funktionieren und dem Zweck dienen sollte, unter Wasser Sprengladungen an feindlichen Schiffen anzubringen. Aber die Admiralität lehnte es 1863 ab, den kostspieligen Bau zu realisieren.

Kröhl hatte nun die Idee, mit Hilfe seines Tauchbootes große Mengen Perlmuscheln in den reichen Fanggründen vor den pazifischen Perleninseln zu ernten und damit ein Vermögen zu machen. Für seinen Plan gewann er William Henry Tiffany, einen Bruder und Teilhaber des bekannten New Yorker Diamantenhändlers und Juweliers Charles Lewis Tiffany. Mit vier anderen solventen Geschäftsleuten gründeten sie zu diesem Zweck die Firma Pacific Pearl Company. Vom 18. November 1863 datiert der Eintrag in das New Yorker Handelsregister. Kurz darauf begann der Bau der „Sub Marine Explorer" auf der Werft von Ariel Patterson.

Eine Weltneuheit war das ausgeklügelte System aus Ballastkammern und einem Presslufttank im Inneren der „Sub Marine Explorer". Pressluft wurde in die Arbeitskammer geleitet, bis ein Druckausgleich erreicht war, so dass es der Besatzung möglich wurde, die Luken im Boden der Maschine zu öffnen und mit dem Sammeln der Muscheln zu beginnen. Zuletzt wurde durch Druckluft das Wasser aus den Ballasttanks gepresst, wodurch das U-Boot auftauchen konnte. Der Ein- und Ausstieg erfolgte durch den Turm.

Mit dem Versprechen einer märchenhaften Ausbeute an Perlen und Perlmutt durch diese neuartige Muschelernte während 250 Tagen im Jahr gab die Firma im August 1866 weitere Aktien aus. Anschließend wurde das in Einzelteile zerlegte Tauchboot per Schiff Richtung Süden und mit der Eisenbahn weiter über die Landenge nach Panama-Stadt transportiert. Im Juli 1867 fanden Probetauchgänge vor einer der Perleninseln statt. Dabei rutschte die „Explorer" einmal an einer Kliffkante bis in 24 Meter Tiefe ab, wie das Tiefenmessgerät anzeigte. Die Mannschaft schaffte es aufzutauchen und blieb unversehrt. Unmittelbar nachdem die Patentrechte am 29. August 1867 erteilt worden waren, begann die Perlentauchaktion vor San Telmo unter der Leitung von Chefingenieur Kröhl. Das Drama nahm seinen Lauf.

Bereits im darauffolgenden Monat, im September 1867, erkrankte Kröhl. Er fieberte stark und starb eine Woche später, am 9. September 1867, in Panama-Stadt. Als Todesursache wurde Malaria attestiert.

Kröhls Begleiter überlebten und kehrten nach New York zurück. 1869 nahmen sie an einer weiteren Perlentauchexpedition mit der „Sub Marine Explorer" vor San Telmo teil, die laut der „New York Times" mit mehreren Todesfällen endete. Trotzdem plante die Pacific Pearl Company eine Fortsetzung der Unternehmungen, fand jedoch kein Personal mehr dafür. Die „Explorer" wurde aufgegeben und blieb vor der Küste San Telmos liegen – bis zum heutigen Tag. Sämtliche Versuche, die nach fast 150 Jahren brüchige, zerlöcherte Hülle zu bergen, schlugen fehl. Bis zu seinem vollständigen Zerfall wird das Relikt wohl weiter an dem weltabgeschiedenen Ort verbleiben.

Offen bleibt, ob Kröhl tatsächlich an einem Malariaanfall starb, oder, was bei den Todesfällen der zweiten Tauchexpedition außer Frage steht, an den Folgen der damals noch unbekannten Dekompressionskrankheit, auch Taucherkrankheit genannt. Durch einen zu raschen Druckausgleich nach einem Tauchgang in tieferem Wasser kommt es zu körperlichen Ausfallserscheinungen, was bei schweren Verlaufsformen zum Tod führen kann. Kröhls Grab liegt auf dem Fremdenfriedhof von Panama-Stadt. *D. Jestrzemski*

Der Moment der Woche

Bild: pa

Vorsicht Feinstaub: Die Bauarbeiterin schützt ihre Atemwege mit einer Körbchenmaske der Schutzklasse FFP1 vor den krankmachenden Minipartikeln. Bevor das Tragen aus Gesundheitsgründen vorgeschrieben ist, muss allerdings vergleichsweise dicke Luft am Arbeitsplatz herrschen. Die Grenzwerte liegen zum Teil bis zu 200-fach höher als solche, die für die Außenluft etwa an Straßen gelten. Damit wird deutlich, wie aberwitzig die Diskussion um die Gesundheitsgefahr durch Dieselmotoren verläuft. Wie ernsthaft lässt sich deren Ausstoßmenge an Feinstaub kritisieren, wenn Millionen Menschen am Arbeitsplatz viel höheren Belastungen ausgesetzt sein dürfen? *FH*

»Alte Menschen sind etwas Positives«

Überalterung? Wo ist das Probem? – Wie Japan den demographischen Wandeln meistert

Was für ein aufregendes Land: Japan besitzt Affen, die gelernt haben, sich in den kalten, schneereichen japanischen Wintern in heissen Vulkanquellen zu aalen. Es hat sechs Klimazonen, die von nordisch–schneekalt am 45. Breitengrad bis in den subtropischen Süden am 20. Breitengrad reichen. Es ist stolz auf seine oft erbarmungslos kriegerische Geschichte von 12 000 Jahren und auf seine reichhaltigen Traditionen. Die Grausamkeiten des Kaiserreichs, des imperialen Japans, des völkermörderischen Japans im Südpazifik haben nicht dazu geführt, dass sich ein Schuldkult wie in Deutschland entwickelte. Und mit 377 930 Quadratkilometern ist dieses erstaunliche Land nur eine Winzigkeit grösser (genau 1.06 mal) als Deutschland, das 357 114 bietet. Also ist es auch tauglich für spannende Vergleiche.

Das interessanteste ist, dass Japan eine Bevölkerung von 127 Millionen Einwohnern hat. Japanern. „Bio-Japanern“, wie mancher augenzwinkernd sagt und auf die ultrastrenge Einwanderungspolitik des Landes hinweist. Deutschland hat aktuell irgendetwas mit 82 Millionen Einwohnern, von denen zunehmend unklar ist, wie viele davon noch Deutsche sind.

Klar ist, dass 21 Prozent der Bürger unseres Landes über 65 Jahre alt sind. In Japan sind es bereits 27 Prozent der Bevölkerung. Angeblich droht Japan genau wie Deutschland daher die „Überalterung“. Was, nur am Rande bemerkt, Unsinn per se ist, denn intelligente Industriegesellschaften können auch einen großen Anteil an Alten versorgen und tragen, ohne bankrott zu gehen. Dazu kommt ein weiterer Aspekt: Eine alte Gesellschaft ist eine friedliche Gesellschaft.

Das wird durch Daten untermauert. Der deutsche Bevölkerungs- und Konfliktforscher Gunnar Heinsohn (73) verdeutlicht das Phänomen in seinem Bruderkriegsindex. Gemeint ist der Anteil der 15- bis 19-jährigen Jünglinge im zahlenmäßigen Verhältnis zu 55- bis 59-jährigen Männern. Je höher der Anteil der ersten, desto grösser die Wahrscheinlichkeit von internen Kriegen und Verteilungskämpfen. Heinsohn hat für Japan einen der weltweit niedrigsten Bruderkriegsindexe von 0,72 errechnet (Deutschland: 0,82). Heinsohn: „Damit es heiß wird, braucht es mindestens 2,5 – also dreimal so viel. So steht Libyen bei 3, während das seit 1978 an allen Fronten kämpfende Afghanistan die stolze 6 streift.“

> Es geht darum, genug Wohlstand für alle zu erwirtschaften

Japan beobachtet daher auch genau, welche Probleme sich Deutschland mit der millionenfachen Einwanderung aus Afrika und dem Orient ins Land holt – eine Menschenmasse, die, da sie fast ausschließlich in die deutschen Sozialsysteme einwandert, diese in absehbarer Zeit gründlicher kollabieren lässt als jegliche „Überalterung“ der eigenen Bevölkerung. 2016 nahm Japan genau 28 Asylbewerber auf; 2015 waren es 27 (siehe *PAZ* 34, Seite 12).

Zurück zu Heinsohn. Er hat die asiatische Industrienation genau im Blick und sieht die angebliche Überalterung nicht als Bedrohung. Das liegt vor allem am Faktor Intelligenz und Innovation. Der Wissenschaftler, der unter anderem Kriegsdemographie an der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik lehrt: „Obwohl Japan demografisch wackelt wie Deutschland, führt es 2012 bei Patenten auf eine Million Einwohner im Verhältnis 2250 zu 902.

So sehen es auch die Japaner, die ganz und gar nicht in die Hysterie und Jugendkult einfallen. „Eine überalterte Gesellschaft kann auch positiv sein“, sagt beispielsweise Otani Hidenobu, Vize-Direktor des japanischen Gesundheitsministeriums. Man müsse sich nur dementsprechend anpassen, neue Modelle entwikkeln. „Oft reichen schon kleine Veränderungen“, sagte Otani. Und nennt, auch wenn es kurios klingt, das „Projekt 8020“. Hinter der Zahl steckt das Ziel, mit 80 Jahren noch 20 Zähne zu haben. Durch Zahnpflege, Mundhygiene, gegenseitiges Unterstützen. Durch eine gebildete Bevölkerung, die sich auch im Alter nicht vernachlässigt.

Es sind diese kleinen Details, die klar machen, dass eine hochindustrielle Leistungsgesellschaft durch Innovation und Erkenntnis genug Wohlstand erwirtschaften kann, um sich seine Alten problemlos zu leisten. Heinsohn nennt das „Kompetenzfestung“. Die ist wirtschaftlich stark, weil sie von dem lebt, was die Welt und ihre Technologien zunehmend bestimmt: Grips. Klasse statt Masse. So stellt sich Japan einer intelligenten, friedlichen Zukunft, in der auch für viele Alte Platz, Geld und Sicherheit vorhanden ist. Deutschland tut es nicht.

Ulrike Dobberthien

Vertane Chancen, problematische Urteile

Hoch ist das Ansehen des Verfassungsgerichtes – zumindest in den Sonntagsreden der Politiker. Ein kritischer Blick nach Karlsruhe

Ist der hohe Numerus Clausus für Medizinstudenten gerechtfertigt? Darf ein Nachrichtenmagazin auf Straftaten eines Menschen hinweisen, die Jahrzehnte zurückliegen? Dürfen Beamte streiken? Dies sind nur einige Fragen, die für Deutschlands höchstes Gericht derzeit auf der Tagesordnung stehen. In der Theorie heißt es, „das Bundesverfassungsgericht wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes“. In der Praxis gebärden sich dessen Mitglieder aber oft als eine Art Überpolitiker. Viele Chancen, Deutschland positiv zu gestalten, bleiben gleichzeitig ungenutzt.

Der jüngst verstorbene ehemalige Kanzleramtsminister Horst Ehmke nannte sie einmal „die acht Arschlöcher von Karlsruhe“. Sein Parteifreund und SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner kam zu einem gleichlautenden Urteil. Diese bemerkenswert offene Einschätzung zu den obersten Hütern des Grundgesetzes stellt sich jedoch zumindest in Bezug auf ihre Anzahl als fehlerhaft heraus. Tatsächlich besteht das Bundesverfassungsgericht nämlich aus sechzehn Richtern, die sich jeweils zur Hälfte auf zwei Senate mit unterschiedlicher Zuständigkeit aufteilen. Aber auch der recht drastischen Charakterisierung durch die beiden sozialdemokratischen Urgesteine mochten sich in der fast 66-jährigen Geschichte des Gerichtes nur wenige politische und juristische Beobachter anschließen. Allgemein gilt dieses im Karlsruher Schlossbezirk residierende oberste Staatsorgan den meisten Bürgern nach wie vor als Garant des Grundrechtsschutzes.

Obwohl die Verfassungsrichter mit ihren Beschlüssen durchaus das ein oder andere Vorhaben bundesdeutscher Politiker zunichte gemacht haben, werden auch diese nicht müde, die hohe Bedeutung des Gerichtes in ihren Sonntagsreden zu beschwören. Verwundern kann das nicht, denn immerhin werden die Richterämter schließlich durch eben jene politischen Verantwortungsträger besetzt. Nicht selten greift man dabei auf bewährtes parteipolitisches Personal zurück. So ist derzeit etwa der ehemalige saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) Mitglied des Zweiten Senats des Verfassungsgerichtes. Ähnlich wie Müller führen rund die Hälfte der Richter den Mitgliedsausweis einer etablierten Partei unter ihrer Robe mit sich.

> Oft werden bewährte Parteipolitiker nach Karlsruhe geschickt

Aber auch zeitgeistige Merkmale kommen zunehmend bei der Auswahl der Aspiranten zum Tragen. Besonderen Belang haben etwa das Geschlecht und die sexuelle Orientierung. Mit der Berufung von Susanne Baer ist es 2011 gelungen, nicht nur den Anteil weiblicher Richter zu steigern, erstmals ist mit der langjährigen Direktorin eines Gender-Kompetenz-Zentrums auch eine bekennende Homosexuelle nach Karlsruhe berufen worden.

Ausgewählt werden Deutschlands oberste Richter je zur Hälfte durch den Bundesrat und durch den Bundestag. Da das politische System der Bundesrepublik Deutschland, anders als in vielen anderen westlich geprägten Staaten, nur wenig strukturelle Gewaltenteilung kennt, kommen zumeist nur solche Kandidaten zum Zuge, die von der jeweiligen Bundesregierung oder der Mehrheit der Landesregierungen favorisiert werden. Wegen des hohen Quorums von einer Zweidrittel-Mehrheit, die bei der Wahl erforderlich ist, werden zwischen den Parteien regelmäßig entsprechende Absprachen getroffen. Eine gewisse Unabhängigkeit der Richter vom politischen Betrieb wird überhaupt nur dadurch gewährleistet, dass diese über die Dauer von zwölf Jahren berufen werden und eine weitere Verlängerung der Amtsdauer gesetzlich ausgeschlossen ist.

Einstellungsvoraussetzung für das hochangesehene Amt im 1966 errichteten Baumgarten-Bau im Karlsruher Schlossbezirk ist die Befähigung zum Richteramt. Man erhält sie üblicherweise mit dem Bestehen des Zweiten Juristischen Staatsexamens. Eine Ausnahme gilt für Hochschullehrer der rechtswissenschaftlichen Fakultät einer Universität. Diese können in das Verfassungsgericht berufen werden, wenn sie nur die Erste Juristische Staatsprüfung abgelegt haben.

Soweit spätere Verfassungsrichter sich vor ihrem Amtsantritt nennenswert an rechtswissenschaftlichen Diskursen beteiligt haben, fällt auf, dass sie zumeist Positionen vertreten, die sich im Widerspruch zur ansonsten vorherrschenden Rechtslehre befinden. So plädierte etwa die damalige Berliner Justizsenatorin und spätere Verfassungsgerichtspräsidentin Jutta Limbach (SPD) dafür, einzelne im Deutschen Reich und in der DDR geltende Rechtsvorschriften im Nachhinein als für von Anfang an nichtig zu erklären. Damit sollte es möglich werden, Angehörige der DDR-Grenztruppen sowie Beamte und Soldaten des Dritten Reiches der Strafverfolgung zuzuführen. Zurückgreifen konnte Limbach auf die von ihrem Parteifreund Gustav Radbruch 1946 entwickelte sogenannte Radbruch'sche Formel. Nach dieser darf ein Gesetz immer nur dann Geltung für sich beanspruchen, wenn es auch in einem höheren Sinne moralisch gerecht ist und vor allem, wenn es den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen berücksichtigt. Ob dies der Fall ist, entscheidet sich naturgemäß nicht sofort, sondern ein solches Urteil fällt dann ein Richter Jahrzehnte später und möglicherweise in einem ganz anderen politischen System. Damit sind der Willkür natürlich Tür und Tor geöffnet.

> Entscheidungen in Richtung europäischer Superstaat

Problematisch sind nicht wenige Entscheidungen der Verfassungsrichter. Schon früh vollzog man eine erste Abkehr vom klassischen liberalen Grundrechtsverständnis. Grundrechte sollten nicht mehr nur Bürger gegenüber dem Staat geltend machen können, sondern sie sollten auch zwischen Privaten Rechtswirkung entfalten. Begründet wurde dies damit, dass das Grundgesetz nicht nur bestimmte Rechte garantiere, sondern auch eine objektive Werteordnung statuiere, die in alle Bereiche des Rechtslebens hineinwirke. In der Praxis hat dies beispielsweise dazu geführt, dass ein Eigentümer einem ausländischen Mieter nicht ohne Weiteres untersagen darf, eigenmächtig eine Satellitenschüssel an der Fassade seines Hauses zu montieren. Der Mieter kann nämlich auch gegenüber seinem Vermieter ein Recht auf Informationsfreiheit geltend machen, wenn er sich via Satellitenfernsehen über die Geschehnisse in seiner alten Heimat auf dem Laufenden halten möchte. Was zuvor zwischen beiden Parteien im Mietvertrag vereinbart worden war, zählt dann plötzlich nicht mehr.

Auch an anderer Stelle hat sich das Postulat einer Werteordnung nachteilig ausgewirkt. Im Jahr 2009 stellten die Richter im Rahmen eines Verfassungsbeschwerdeverfahrens fest, dass Teile des Straftatbestandes der Volksverhetzung zwar klassisches Sonderrecht darstelle, welches lediglich dazu diene, die Meinungsäußerungsfreiheit bestimmter politischer Kreise zu beschneiden, gleichwohl erachteten sie dies ausnahmsweise als zulässig. Das Grundgesetz, so das Diktum aus Karlsruhe, sei ein ausdrücklicher Gegenentwurf zum Regime des Nationalsozialismus. Personen, die im Verdacht stehen, den historischen Nationalsozialismus gutzuheißen oder auch nur einzelne Maßnahmen dieses Regimes zu billigen, können sich demzufolge nicht mehr auf das Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Theoretisch kann damit heute schon die Forderung nach einer Wiederauflage des staatlichen Autobahnbauprogrammes der 30er Jahre für eine Verurteilung vor einem deutschen Strafgericht ausreichend sein.

Wie die übrigen politischen Funktionseliten dieses Landes, so haben auch die Richter des Bundesverfassungsgerichtes wesentliche Chancen vertan, die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem normalen demokratischen Rechtsstaat weiterzuentwickeln. Anstatt an der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Deutschlands mitzuwirken, haben die Verfassungsrichter jeden weiteren Schritt der politischen Klasse in Richtung eines europäischen Superstaates mit nur kleineren Korrekturen gebilligt. Anstatt die Verfassungsordnung klar in die rechtsstaatlichen Traditionslinien der europäischen Aufklärung zu stellen, blieb es in Berlin und Karlsruhe bei dem politischen Selbstverständnis, dass die Bundesrepublik nicht mehr sein darf als die bloße Verneinung des Dritten Reiches.

Dirk Pelster



Scharlachrote Autoritäten: 16 Richter in zwei Senaten bilden das Verfassungsgericht. Die Roben wurden der Richtertracht der Stadt Florenz im 15. Jahrhundert nachempfunden Bild: Imago

Das Ostpreußenblatt

Nr. 36 – 8. September 2017

MELDUNGEN

Bahn erneuert Verbindung

Lyck/Ortelsburg – Zwischen Ortelsburg und Lyck wird zurzeit eine neue Bahnverbindung eingerichtet. Durch sie wird die Fahrt zwischen den Städten um etwa eineinhalb Stunden kürzer. Die Züge fahren schneller – Personenzüge bis zu 120 und Güterzüge bis zu 80 Kilometer pro Stunde. Vier Bahnhöfe in Ortelsburg, Drigelsdorf, Puppen und Johannisburg werden von Grund auf renoviert. 14 Haltestellen werden ebenfalls umgebaut. Ausgewechselt werden auch die Gleise. Die Investitionskosten der 112 Kilometer langen Eisenbahnlinie betragen 290 Millionen Zloty (68,5 Millionen Euro), und die Investition soll im Laufe von zwei Jahren realisiert werden. *PAZ*

Ölvorkommen zu gering

Königsberg – Die russische Ökonomin Natalja Owsjannikowa hat in einem Artikel an, angesichts der US-amerikanischen Blockade der neuen Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2 angeregt, zum Gegenangriff überzugehen und mit Öllieferungen aus dem russischen Teil Ostpreußens die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom westlich kontrollierten Ölmarkt zu verringern. Leider übersah die geopolitisch denkende Forscherin dabei, dass die dortigen Ölmengen dafür schlichtweg zu gering sind: Die gesamten förderbaren Anteile des größten ostpreußischen Vorkommens Krawzowskoje auf dem Schelf vor der Kurischen Nehrung machen nur rund ein Zehntel des bundesdeutschen Jahresölverbrauchs aus, wozu nach den jüngsten Neufunden noch einmal die doppelte Menge an Land kommen dürfte. Dies würde also kaum ausreichen, um – wie die Autorin hofft – die amerikanische Dominanz auf dem europäischen Ölmarkt zu brechen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7j: Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Bau-stelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein, Baustelle. Straße Nr. 59: Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *E.G.*

Festakt in Mohrungen

Verein der Deutschen Bevölkerung »Herder« beging feierlich sein 25-jähriges Bestehen

Am 26. August feierte der Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen sein 25-jähriges Bestehen. Der Festakt fand in der Johann-Gottfried-Herder-Aula im Leon-Kruczkowski-Lyzeum in Mohrungen statt.

Die Gäste der Veranstaltung wurden von der Vorsitzenden Urszula Manka begrüßt, die den deutschen Verein seit 25 Jahren leitet. Sie wurde während der Veranstaltung von Stephan Grigat, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), mit der Goldenen Ehrennadel des BdV geehrt für ihre jahrelange Tätigkeit und ihre Verdienste um die Deutsche Minderheit in Mohrungen.

„Herder" ist am 19. August 1992 gegründet worden. Der Vorstand wählte für die Organisation den Namen „Verein der Deutschen Bevölkerung ‚Herder' in Mohrungen". Im Herbst entstand die zweisprachige Satzung des Vereins. Im Oktober 1992 wurde dann bei der Versammlung der deutschen Gesellschaften der Verband der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen (heute Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren) ins Leben gerufen. In dieser Versammlung bekam der Mohrunger Verein finanzielle Förderung für Deutschkurse zugesprochen, und bereits im November begann Urszula Manka mit dem Deutschunterricht.

Am 6. Juni 1993 wurde der Verein beim Gericht in Allenstein eingetragen. Die Gesellschaft ist in vielen Bereichen tätig, unter anderem in der Kultur- und Sozialarbeit. Seit einigen Jahren arbeitet der Verein mit verschiedenen Organisationen zusammen, sowohl vor Ort als auch im Land-





kreis und außerhalb der Republik Polen, zum Beispiel mit dem BdV Thüringen.

Teil der Mohrunger Festveranstaltung war auch der Vortrag von Fred Manthey zu Johann Gottfried Herder und Martin Luther. Herder ist eine hoch verehrte Persönlichkeit in Mohrungen und der deutsche Verein wurde auch nach ihm benannt.

Der Philosoph wurde als Sohn des Kantors und Schullehrers Gottfried Herder und dessen zweiter Ehefrau Anna Elisabeth geborene Peltz in Mohrungen am 25. August 1744 geboren. Er war ein deutscher Dichter, Übersetzer, Theologe sowie Geschichts- und Kultur-Philosoph der Weimarer Klassik sowie einer der einflussreichsten Schriftsteller und Denker deutscher Sprache im Zeitalter der Aufklärung und zählt mit Christoph Martin Wieland, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller zum Viergestirn der Weimarer Klassik. Herder besuchte in seiner Heimatstadt die Stadtschule. Im Sommer 1762 verließ er Mohrungen und ging nach Königsberg, um Chirurg zu werden. Weder seine Geburtsstadt noch Eltern und Freunde sah er jemals wieder.



Während der Festveranstaltung und danach: LO-Sprecher Stephan Grigat zeichnet Urszula Manka mit der Goldenen Ehrennadel des BdV aus (o.l.), der Männerchor aus Königsberg trug zur Unterhaltung bei (u.l.), und im Anschluss konnten in der Mohrunger Heimatstube be Exponate wie hier eine typische Abiturientenbekleidung (o.r.) besichtigt werden.

Bilder (3): E.G.

In Königsberg erkannte Herder bald, dass er für den Beruf des Chirurgen ungeeignet war, und schrieb sich als Student der Theologie an der Universität Königsberg ein. Besonders beeinflussten ihn Immanuel Kant, Georg Hamann sowie die Schriften Jean-Jacques Rousseaus. Herders Hauptwerk sind die „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit (1784–1791)". Das Werk ist eine Zusammenfassung seiner Erkenntnisse über die Erde und den Menschen, „dessen einziger Daseinszweck auf Bildung der Humanität gerichtet ist, der alle niedrigen Bedürfnisse der Erde nur dienen und selbst zu ihr führen sollen".

Der Professor erläuterte in seinem Vortrag, warum er sich dafür entschieden hatte, Johann Gottfried Herder gerade mit Martin Luther und der Reformation zu verbinden. Er unterstrich, dass Herder sich selbst als Luthers Nachfolger, als Erbe seines Gedankengutes sah. Bei Herder ist Luthers Einfluss auf sein Denken und Handeln größer als bei anderen Philosophen und Dichtern der Weimarer Klassik. Gerade die deutsche Sprache war ein wichtiger Aspekt, denn nach Herders Auffassung hat Luther die deutsche Sprache überhaupt erst kulturfähig gemacht. Und so fasst Herder zusammen: „Er (Luther) ist's, der die deutsche Sprache, einen schlafenden Riesen, aufgeweckt und losgebunden hat. Er hat durch seine Reformation eine ganze Nation zum Denken und Gefühl erhoben." Luthers Begeisterung für die Sprache hat sich wohl direkt auf Herder übertragen; denn sein Werk „Abhandlung über den Ursprung der Sprache" gilt noch heute als ein frühes Standardwerk für die deutsche Sprachwissenschaft.

Dem wissenschaftlichen Vortrag folgte das Kulturprogramm. Auf der Bühne präsentierte sich Mateusz Matlas, der den Sommerfestbesuchern sehr gut bekannt ist, mit deutschen Schlagern sowie die Künstler aus dem Deutsch-Russischen Haus in Königsberg, das gerade seine Tätigkeit aus politischen Gründen einstellen musste.

Nach der Festveranstaltung gab es Gelegenheit, die Heimatstube, die sich im Mohrunger Rathaus befindet, zu besuchen. Sie entstand dank der Kreisgemeinschaft Mohrungen.

Edyta Gladkowska

Am wichtigsten waren stets die Menschen

Urszula Manka, Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens des BdV, im Interview über ihre Tätigkeit im Verein Herder

Über die Anfänge und die 25-jährige Geschichte des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen, sowie über die heutige Situation sprach die Vorsitzende Urszula Manka für die *PAZ* mit Edyta Gladkowska.

PAZ: *Wie kam es zur Gründung des deutschen Vereins in Mohrungen?*

Urszula Manka: Die Anregung kam von der deutschen Seite. 1992 sind zwei Vertreter der Kreisgemeinschaft nach Mohrungen gekommen Herr Sankowski und Herr Binding. Es fand eine Versammlung der Deutschen aus dem Kreis Mohrungen statt. Unser Verein wurde gegründet und ich wurde zur Vorsitzenden gewählt.

PAZ: *Wie sahen die ersten Tage und Monaten ihrer Tätigkeit aus?*

Manka: Es war schwer, weil wir nicht wussten, wie es eigentlich funktionieren soll. Andere deutsche Vereine in der Region wurden früher gegründet, deswegen konnte uns die damalige Vorsitzende aus Osterode, Frau Mroczynska, helfen. Für ihre Unterstützung bin ich ihr sehr dankbar. Später fand auch ein Treffen in Bansen statt, wo auch der Dachverband gegründet wurde. Dort erfuhr ich, wie ein Verein geführt werden soll. Nachher stieß Frau Winnicka zum Verein, die mir sehr behilflich war und zu meirn Stellvertreterin wurde.

PAZ: *Hatte der deutsche Verein damals viele Mitglieder?*

Manka: Ja, sehr viele. Die Leute haben sich gern angemeldet und 1992 hatten wir schon ein großes Adventstreffen veranstaltet.

PAZ: *Und wie viele Mitglieder gibt es jetzt im deutschen Verein in Mohrungen?*

Manka: Ungefähr 100 Personen.

PAZ: *Wie oft treffen sich die Vereinsmitglieder?*

Manka: Das Mitgliedertreffen findet von Beginn an jeden zweiten Donnerstag im Monat statt. Heutzutage nehmen an solchem Treffen zirka 20 Personen teil.

PAZ: *Welches ist das wichtigste Ereignis in der 25-jährigen Geschichte des Vereins, das Sie in Erinnerung behalten haben?*

Manka: Sehr viele, aber für mich waren immer die Menschen am wichtigsten, sonst hätte ich schon längst den Posten aufgegeben. Ich mache es für unsere Mitglieder, die sich mittlerweile im Verein wie zu Hause fühlen und sich regelmäßig bei uns treffen. Es lohnt sich, für diese Menschen weiterzumachen.

PAZ: *Welche Projekte und Veranstaltungen führt der Verein aktuell durch?*

Manka: Die kommenden Veranstaltungen, die wir regelmäßig machen, sind Adventstreffen und „Heiligabend mit Herder". Außerdem veranstalten wir gemeinsam



Engagierte Vorsitzende: Urszula Manka Bild: E.G.

mit dem Museum und der Stadtverwaltung ein Fest aus Anlass des Geburtstages von Herder. Mein Sohn Waldemar organisiert mit Hilfe von Professor Fred Manthey und Norbert Schütz auch einen Wettbewerb der deutschen Sprache für Kinder aus dem Kreis Mohrungen. Die sechs Gewinner erhalten als Belohnung einen Ausflug nach Thüringen.

PAZ: *Welche Pläne und Prioritäten hat der Verein heute? Wie sehen Sie die Zukunft des deutschen Vereins in Mohrungen?*

Manka: Wir sind nicht besonders optimistisch, weil es immer weniger Mitglieder gibt und die meisten alt und krank sind. Die junge Generation arbeitet oft im Ausland und ist nicht vor Ort, deswegen kann sie nicht helfen. Wir veranstalten jetzt Kleinprojekte und versuchen, den Leuten etwas Attraktives anzubieten, damit sie Lust haben, zum Verein zu kommen und gemeinsam auf interessante Art und Weise die Freizeit verbringen zu können. Demnächst planen wir ein Integrationsprojekt in Entenbruch in der Nähe von Neumark. Dort werden wir das Töpferhandwerk kennenlernen und gemeinsam Brot backen.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

selten ist mir die enge Verknüpfung unserer Leserinnen und Leser so deutlich geworden wie in diesen Tagen. Nahtlos reihten sich die Zuschriften aneinander, sodass es eine Freude ist, diese Kolumne gestalten zu können. Masche an Masche fügt sich zusammen, das Netz ist dichter als je zuvor. Begonnen hat alles mit einer Filmkassette, die ich von Herrn Dr. **Hans-Dietrich Nicolaisen** aus Büsum erhielt. Sie enthält Aufnahmen, die bereits dokumentarischen Wert haben, denn Dr. Nicolaisen drehte den Film auf seiner ersten Ostpreußenreise im Frühjahr 1991, also vor 26 Jahren – das ist schon eine lange Spanne in unserer schnelllebigen Zeit, und inzwischen hat sich viel verändert. So auch bei dem von dem Bildhauer **Georg Fuhg** geschaffenen „Walther von der Vogelweide“-Denkmal, das damals auf der Dominsel vor dem Kant-Grabmal stand. Als wir diese Skulptur in unserer Kolumne erwähnten, weil sie inzwischen dort nicht mehr stand und man befürchten musste, dass es sie nicht mehr gab, übersandte uns Herr Dr. Nicolaisen ein Foto von dem beschädigten Denkmal, das wir auch veröffentlichten. Nun will er sich von der Kassette trennen und meint, sie sei bei uns gut aufgehoben, und das ist sie auch. So bedanken wir uns bei dem Spender und werden sicher einmal auf diesen Film zurückkommen.

Nur ein paar Tage später taucht wieder der Name des Minnesängers in unserer Leserpost auf, diesmal in einem langen und dankbaren Brief von Frau **Dorelise Putzar** aus Malchow. Sie ist die Tochter des Bildhauers Georg Fuhg und steht mit uns schon lange in Verbindung. Ihr Dank gilt aber diesmal nicht unserer Familie, sondern dem Königsberger Wanderer **Jörg Pekrul**, denn er hat mit bewirkt, was die alte Dame sich nie erträumt hätte: Sie konnte dabei sein, als im heutigen Königsberger Tiergarten eine Feierstunde am Denkmal des Minnesängers stattfand, wo es nun wieder in seiner ursprünglichen Umgebung steht. Der Bildhauer hatte die Skulptur 1930 im Auftrag des Sängerbundes Ostpreußen geschaffen und sie war im Königsberger Tiergarten feierlich eingeweiht worden. Weiteres hierzu und wie sie nun das Wiedersehen empfand, schildert Frau Putzar in einem Beitrag für unsere Ostpreußische Familie, den wir leider nicht in voller Länge bringen können. Aber die Zeilen aus ihrem Brief, in denen sie ihren Empfindungen Raum gibt, lassen erahnen, was die Tochter des Bildhauers in dieser Stunde empfand:

„Gibt es noch Wunder? Ja, es gibt sie. Es ist die Heimkehr des Denkmals von Walther von der Vogelweide in den Königsberger Tiergarten. Raum und Zeit schienen in dem Augenblick, als ich neben ihm stand, ineinander zu fließen – ein Flügelschlag der Ewigkeit! Die Erinnerung lässt alte Bilder wieder aufleuchten, erhellen den Werdegang dieser Figur. Die Sangesfreude meines Vaters bewog damals den Sängerbund, ihm den Auftrag für diese Skulptur zu geben. Glückliche Jahre im Königsberger Tiergarten, dann Krieg, alles verschüttet, und dann ein unverhofftes Wiederfinden des demolierten Denkmals im Hof der heutigen Kant-Universität.“



Diesen Stein hat ihr Vater behauen: Dorelise Putzar an dem von Georg Fuhg geschaffenen Minnesänger-Denkmal im Königsberger Tiergarten Bild: Geede

Und dann beginnt für Dorelise Putzar das Wunder: Die neue dynamische Zoodirektorin **Svetlana Sokolova** fasste den Plan, den Tiergarten in altem Glanze entstehen zu lassen. Dazu gehörte auch die Aufstellung des wiederhergestellten Minnesängerdenkmals. Im März dieses Jahres erhielt Frau Putzar ein Schreiben der Direktorin, die auf das Wirken von Georg Fuhg einging: „Ich bin froh, Ihnen mitzuteilen, dass die von ihrem Vater repräsentierte Figur des Walther von der Vogelweide sich nun im Zoo von Kaliningrad befindet. Vielleicht gibt es einige Fotos aus ihrem Familienarchiv von dieser und anderen Skulpturen, die ihr Vater gemacht hat, vielleicht etwas mit der Geschichte des Königsberger Tiergartens verbunden? Wir würden uns sehr freuen, eine Antwort zu bekommen, und wir laden Sie auch ein, den Zoo zu besuchen und die Skulptur selbst zu sehen.“ Frau Putzar schickte eine begeisterte und bewegte Rückantwort mit Fotos von Tierplastiken, die Georg Fugh bis 1976 in seinem Wohnort Neumünster (Schleswig-Holstein) schuf. Und nun kommt unser Freund Jörn Pekrul ins Spiel, das er selber angestoßen hat. Darüber soll er aber selber berichten, denn fast zeitgleich mit dem Brief von Frau Putzbar erhielt ich eine Mail von unserem Königsberger Wanderer:

„Als ich im April dieses Jahres in Königsberg war, suchte ich die Direktorin des Zoos, Frau Swetlana Sokolova, auf und informierte sie, dass die Tochter des Künstlers zu Besuch kommen wolle. Und ob es nicht eine schöne Idee wäre, der Dame einen netten Empfang zu bereiten – vielleicht mit Blumen, mit einer kleinen Ansprache. Frau Sokolova war sofort von dieser Idee begeistert. Es war auch eine persönliche Anteilnahme dabei, der ehemaligen Königsberger Bürgerin eine besonders berührende Freude zu bereiten. So arbeiteten der Zoo und ich in den nächsten Monaten an den Details. Der Zoo hat sich unglaublich viel Mühe gegeben, um nicht nur Frau Putzar, sondern der gesamten deutschen Reisegruppe ein besonderes Erlebnis zu bereiten.“

Diese Reisegruppe kam aus Anklam, für sie war es eine Jubiläumsfahrt, denn es fand zum 25. Mal eine Ostpreußenreise statt.

Es wurde ein glanzvolles Ereignis, wie Jörg Petrul schreibt, und für Frau Putzar war es noch mehr als das, eben ein Wunder! Und sie versucht in Worte zu fassen, was sie empfand, als alle Teilnehmer an dem Denkmal „Am Brunnen vor dem Tore“ anstimmten: „Ja, da waren wieder Zeit und Raum eins, und auch der rote Granit fing an zu klingen. Denn die vielen Hammerschläge, die mein Vater gebraucht hatte, um den Minnesänger Gestalt werden zu lassen, fügten sich in der Erinnerung zu einem besonderen Klang, der die Gegenwart durchdrang. Da das Lied auch in russischer Sprache gesungen wurde, verwebte sich alles zu einem besonderen Tongespinst, das alle Teilnehmer berührte.“

So empfand es auch Jörg Pekrul: „Wir waren alle bewegt und glücklich, ich besonders in dem Moment, als ich Frau Putzar sah und wir gemeinsam mit den deutschen und russischen Besuchern das alte deutsche Volkslied sangen. Es lag etwas Andächtiges darin!“ Hier sei auch dem Reiseleiter der Anklamer Gruppe, Herrn **Friedhelm Schülke**, Dank gesagt, unter dessen einfühlsamer Leitung diese musikalische Feierstunde stand und der auch den russischen Text mitsingen konnte. Dass Frau Putzar diese Ehrung ihres Vaters und seines Werkes über alle Zeiten und Grenzen hinweg als Wunder bezeichnet, können wir nachempfinden, und sie wird noch oft die Fotos anschauen, die Herr Pekrul von diesem Ereignis gemacht hat. Wir wählen für diese Kolumne ein Bild aus, das Frau Putzar zeigt, wie sie den Arm der von ihrem Vater geschaffenen Skulptur des Walther von der Vogelweide aus rotem Meißener Granit berührt. Neben ihr steht Jörn Pekrul mit einer russischen Mitarbeiterin des Zoos, auf der anderen Seite Friedhelm Schülke mit einer Dolmetscherin.

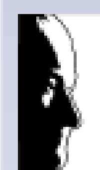
Und damit wären wir wieder bei unserem „Königsberger Wanderer“, der – außerhalb dieser Feierstunde im Zoo – erneut mit prall gefülltem Auftragsbuch mit Foto- und Nachforschungswünschen aus dem Kreis der Ostpreußischen Familie durch die Pregelstadt ging. Er macht diese Wanderungen gerne, denn „die Angaben aus der Ostpreußischen Familie bringen die Gebäude zum Sprechen“ – es ist also eine fruchtbare wechselseitige Beziehung, die da im Laufe der Jahre entstanden ist. Interessant und informativ ist sie vor allem für die älteren Leserinnen und Leser, die nicht mehr reisen können, aber auch für junge Menschen, die es in unsere alte ostpreußische Metropole zieht.

Durch das Aufsuchen der Elternhäuser von Nachkommen aus dem Kreis unserer Ostpreußischen Familie entstehen natürlich viele Kontakte zwischen Jörn Pekrul und den russischen Menschen, die heute dort leben. „Ich habe bei ihnen bisher immer eine ehrlichen Anteilnahme für die Menschen erlebt, die hier eigentlich zu Hause sind und gehen mussten“, schreibt unser Wanderer in seinem neuen Bericht, den wir in einer der nächsten Folgen in voller Länge bringen werden, weil er mit wachem Blick viel Verändertes und Neues entdecken konnte.

Heute setzt aber eine Suchfrage den Schlusspunkt unserer Kolumne. Und damit kommen wir auch auf den Anfang zurück, denn sie zeigt die enge Verknüpfung unserer Familienfreunde untereinander. Da schreibt Herr **Rüdiger Schaub** aus Herscheid: „Ich habe Ihre Adresse von Herrn Jörn Pekrul, einem Nachfahren von Königsberg-Vertriebenen. Dieser ist wiederum über das Patenschaftsbüro und die Stadtgemeinschaft Königsberg an mich herangetreten. Er hat sich auf meine Suchfrage bei mir gemeldet und versucht seit geraumer Zeit mir weiterzuhelfen. Vielleicht gibt es aber noch über Sie eine weitere Möglichkeit.“ Und die wollen wir nun ausloten. Rüdiger Schaub versucht, das Schicksal seiner Tante **Ursula Kowski**, auch „**Ulla**“ genannt, zu klären. Die am 15. Oktober 1927 in Königsberg Geborene wohnte mit ihrer Familie in der Selkestraße 13 in der ersten Etage, rechts. Die Wohnung war auf den Namen **Henriette Eisenblätter** gemietet, das Haus gehörte einer verwitweten Frau **Prang**. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit als Apothekenhelferin, und ihres Einsatzes im Krieg beim Roten Kreuz durfte sie die Stadt nicht verlassen, konnte aber auch nach der Russeninvasion in ihrer Wohnung bleiben. 1946 wurde sie von einer anderen Königsbergerin noch in der Selkestraße 13 gesehen. Sie sah sehr krank aus, hatte kaum noch Haare. Die Großeltern von Herrn Schaub sollen später einen Brief bekommen haben, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass Ursula Kowski Anfang 1947 verstorben sei. Zwischenzeitlich soll sie in einem Heim gelebt haben, das von einem Deutschen geleitet wurde. „Vielleicht gibt es in der Ostpreußischen Familie noch irgendjemanden, der Angaben zum Verbleib meiner Tante machen kann, der sie beruflich oder privat gekannt hat, vielleicht sogar mit ihr in einem Krankenhaus war?“, fragt nun Herr Schaub. Angesprochen sind damit vor allem die Königsberger, die noch bis 1947 in der zerstörten Stadt oder in ihrer Umgebung lebten. Vielleicht geschieht ja auch hier ein kleines Wunder? (Rüdiger Schaub, Niederholte 7 in 58849 Herscheid, E-Mail: niederholte@web.de)

Eure

Ruth Geede





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Nur 108 Jahre waren in der neuen Heimat vergönnt

Buchwald im Hirschberger Tal begeht am 16. und 17. September das 180. Jubiläum der Aufnahme der Tiroler Exulanten

Einst hatten sächsische Bergknappen die Saat der Reformation nach Tirol getragen. Strenge Unterdrückung seitens des Salzburger Erzbischofes im Inn- und im Arntal sowie im Pinzgau drängten die Lehre Martin Luthers zurück, während das damals noch isolierte Zillertal vorerst sich selbst überlassen blieb. Doch am 21. Januar 1837 befahl der Landesherr Kaiser Ferdinand I., für alle am Augsburger Bekenntnis festhaltenden Zillertaler die Emigration. Am 20. Juli 1837 erhielten die Tiroler die verbriefte Zusicherung, sich in Preußen niederlassen zu dürfen. Das Gros nahm dieses Angebot an. Am 20. September 1837 betraten die sogenannten Tiroler Exulanten bei Michelsdorf im Kreis Landeshut preußischen Boden. Im preußischen Schlesien fanden sie eine neue Heimat. Dort gründeten sie den Ort Zillerthal-Erdmannsdorf. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden ihre Nachfahren wie die anderen Deutschen in Schlesien Opfer von Flucht und Vertreibung. Geblieben ist von ihnen jedoch das materielle Erbe – die bekannten Tiroler Gehöfte, die noch heute das Bild des Ortes am Fuße des Riesengebirges prägen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind Traditionstreffen nun nicht mehr nur im österreichischen Zillerthal, sondern auch im Riesengebirge möglich. Aus ihnen ist eine Tradition geworden, die den Polen in Niederschlesien heute immerhin die Herkunft ihrer regionalen Bausubstanz erklärt und sich zudem hervorragend im Tourismus nutzen lässt.

Und so werden am Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. September Musikdarbietungen, Vorträge zur preußischen Religionspolitik, Literatur, eine vom Museum für Sport und Tourismus in Krummhübel [Karpacz] erstellte Ausstellung zur Geschichte der Exulanten und Parkführungen Eindrücke vom Leben der Tiroler vermitteln. Letztere vervollständigen das historische Bild, da Gräfin Friederike von Reden als Hausherrin auf Schloss Buchwald gegenüber König Friedrich Wilhelm III. die Aufnahme der Protestanten im heutigen Zillerthal-Erdmannsdorf und dem nahen Seidorf [Sosnówka] überhaupt erst durchgesetzt hat.



In Zillerthal-Erdmannsdorf: Tirolerhaus Bild: Ainka

Seit dem vergangenen Jahr wird engagierten Freunden Schlesiens der Ehrentitel „Botschafter des Riesengebirges“ verliehen. Die Übergabe nimmt Berggeist Rübezahl vor, der ohne Tradition in der polnischen Literatur erst langsam wieder zu einem Markenzeichen der Region wird. Die diesjährige Vergabe wird nun im Rahmen der Feierlichkeiten zu Zillerthal-Erdmannsdorf stattfinden.

Einfacher als Rübezahl in Sachen Einbindung in das regionale polnische Gedächtnis hat es die 1841 von König Friedrich Wilhelm IV. in Norwegen erworbene Holzkirche Wang, da diese zu Füßen der Schneekoppe keinem Bergwanderer entgehen konnte. Der Chor der evangelisch-augsburgischen Kirche Wang wird den ökumenischen Gottesdienst in der Erdmannsdorfer Kirche musikalische umrahmen.

Besonders schmerzlich wird die weitgehende Ausblendung der Tradition zwischen 1945 und 1990 beim Gedenken am 1890 errichteten Denkmal des Anführers der Zillertaler Protestanten Johann Fleidl. Nach 1945 war dieses erheblich beschädigt worden, ehe 1994 eine Restaurierung und die Verlegung an das Schloss von Erdmannsdorf erfolgte. Das Grab Fleidls befindet sich auf dem örtlichen Friedhof, während seine Schwester Elisabeth auf dem Tirolerfriedhof von Los Bajos in Chile ihre letzte Ruhe fand. Denn 54 Exulanten zog es zwischen 1856 und 1860 weiter nach Südamerika. Von dieser Geschichte berichtet der Dokumentarfilm des Südwestrundfunks „Chilenen aus dem Zillerthal“ von Götz Göbe, mit dessen Präsentation die diesjährigen Feierlichkeiten enden. Im Gegensatz zu Niederschlesien leben am chilenischen Llanquihuesee noch etwa 600 Nachfahren der Tiroler Exulanten, die ihre Traditionen weiter pflegen können und dieses auch tun. 26 von ihnen reisten 2009 in Begleitung einer Kamera zur Spurensuche nach Tirol und Schlesien.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Kruska, Erika, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 14. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hempff, Maria, geb. **Buddrus**, aus Grischken, Kreis Goldap, am 6. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 11. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bogomil, Erna, geb. **Grzanna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. September
Schulz, Edelgard, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, am 8. September
van Heel, Hildegard, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 11. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aktun, Gertrud, geb. **Roßmannek**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 14. September
Boguschewski, Ruth, geb. **Bogun**, aus Treuburg, am 10. September
Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September
Gosziniak, Paul, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 87, am 14. September
Krause, Hans, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September
Meyhöfer, Prof. Wolfgang, aus Wehlau, am 13. September
Schliwinski, Gerhard, aus Neidenburg, am 14. September
Vierling, Hildegard, geb. **Piaßeck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kraft, Elsa, geb. **Prengel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. September
Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September
Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Wischnewski, Waltraud, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 9. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Clemens, Gerda, geb. **Bodwasch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Feigenbutz, Margarete, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September
Habel, Elly, geb. **Wiechmann**, aus Ebenrode, am 13. September
Hinz, Margarete, geb. **Grabeck**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 14. September
Igneé, Sigrid, aus Neidenburg, am 13. September
Janz, Ruth, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 12. September
Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September
Lemcke, Irene, geb. **Heß**, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 9. September
Münter, Ruth, geb. **Naujokat**, aus Lyck, am 11. September
Nabholz, Gerda, geb. **Kaminiski**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 12. September
Rabis, Frieda, geb. **Pirdschun**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 13. September
Scherhans, Frieda, geb. **Kornatzki**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September
Spiralke, Ruth, geb. **Müller**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. September
Strewinski, Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 11. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Anschütz, Ilse, geb. **Zöllner**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 10. September
Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September
Giercke, Ruth, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September
Maksalern, Hanna, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 12. September
Marschefski, Christel, aus Neukirch, Westpreußen, am 9. September
Neubert, Maria, geb. **Block**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. September
Pyko, Paul, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 14. September
Schultern, Herta, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Weißpflog, Erna, geb. **Bresinski**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 14. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gollub, Kurt, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. September
Kobielski, Kurt, aus Sarken, Kreis Lyck, am 8. September
Willutzki, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 98, am 8. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bandlow, Meta, geb. **Hansel**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 11. September
Brunkel, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 12. September
Freifrau von Campenhausen, Edelgard, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 8. September
Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September
Jegull, Horst, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. September
Linck, Horst, aus Königsberg, Palvestraße 37, am 9. September
Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Müller, Gertrud, geb. **Wellert**, aus Kampen, Kreis Lötzen, am 11. September
Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 11. September
Poley, Lisa, geb. **Lubjuhn**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. September
Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 9. September
Tschampel, Herta, geb. **Krause**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. September
Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beling, Traute, geb. **Crispin**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 9. September
Bluschke, Hubert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September
Brüggemann, Ursula, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. September
Flügel, Anneliese, geb. **Loeffler**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Fränk, Ingetraut, geb. **Lenski**, aus Ortelsburg, am 9. September
Grüber, Erna, geb. **Pfeiffer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. September
Hanau, Manfred, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 14. September
Hartmann, Inge, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrungen, am 8. September
Herrmann, Rudi Heinz, aus Königsberg, Ponath, Wiesenstraße, am 7. September
Kanak, Gisela, geb. **Zirkel**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September
Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September
Lenz, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 9. September
Pfeiffer, Anna-Maria, geb. **Blaudzun**, aus Ebenrode, am 13. September
Plotz, Waltraut, geb. **Bogdan**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Rogowski, Erwin, aus Milussen, Kreis Lyck, am 14. September
Rother, Helga, geb. **Schulz**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Saunus, Werner, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 13. September
Sbresny, Marianne, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. September
Schwarz, Eva, geb. **Salomon**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. September
Sebode, Irmgard, geb. **Przetak**, aus Mohrungen, am 9. September
Spiller, Irmgard, geb. **Seidenberg**, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, am 12. September
Wendt, Hildegard, geb. **Pirwas**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Willamowski, Klaus, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behn, Helga, geb. **Struschka**, aus Wengoyen, Kreis Rößel, am 13. September
Gesekus, Hans-Günter, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Giesa, Grete, geb. **Bogdanski**, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 10. September
Graemer, Siegfried, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 14. September
Hellmick, Walter, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 12. September
Herrmann, Irmgard, geb. **Datzko**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. September
Lamp, Hanna, geb. **Herrmann**, aus Reuß, am 10. September
Lehmann, Margot, geb. **Staffaldt**, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 11. September
Nowotsch, Waldemar, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 14. September
Pendzich, Günter, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Schon, Jörg, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 12. September
Schwalbe, Edith, geb. **Kuknat**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 11. September
Schwarz, Werner, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. September
Senger, Eckhard-Hubert, aus Feilschmidt, Taabern, Kreis Mohrungen, am 12. September
Somke, Eva, geb. **Geldschus**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Wicht, Kurt, aus Sangnitten, Kreis Preußische Eylau, am 8. September
Woweries, Uwe, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 13. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fieberg, Rudi, aus Königsberg, am 9. September
Fricke, Barbara, geb. **Zipprich**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. September
Holtz, Doris, geb. **Preis**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. September
Makowka, Kurt, aus Rastenburg, am 13. September
Neumann, Reintraut, geb. **Taudien**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 14. September
Ruttkowski, Lothar, aus Ortelsburg, am 11. September



Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, und Ehemann Hanspeter, am 6. September

TERMINE DER LO

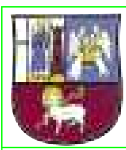
2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

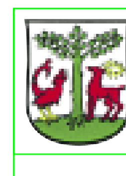
Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Vorstandssitzung

Am Freitag, 8. September, kommt der Gesamtvorstand der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land um 10 Uhr im Hotel Ibis, Bahnhofsvorplatz 12, 45875 Gelsenkirchen zu Beratungen zusammen. Es gilt, ein umfangreiches Programm abzuarbeiten. Am Nachmittag wird der Vorstand an der Stadtversammlung Allenstein teilnehmen.

Heimatkreistreffen

Zusammen mit der Stadtgemeinschaft Allenstein veranstalten wir unser Heimattreffen am Sonnabend, 9. September, in Gelsenkirchen. Das Treffen nimmt seinen Anfang um 10.45 Uhr in der Propsteikirche (Stadtmitte) mit einer ökumenischen Andacht und der anschließenden Kranzniederlegung an der Gedenktafel. Danach kann das in der Nähe an der Vattmannstraße liegende Heimatmuseum „Treudank" der Stadtgemeinschaft besichtigt werden. Die Hauptversammlung Allenstein-Stadt und -Land beginnt um 13 Uhr im Schloss Horst in Gelsenkirchen–Erle, Turfstraße 21 mit einer Bücherausstellung und einer Postkartenschau heimatbezogener Motive. Der Feierstunde ab 15 Uhr mit Begrüßungsreden und Beiträgen, umrahmt von musikalischen Auftritten des Bläser- und Posaunenchors Gelsenkirchen-Erle, Trinity Brass folgt das Kaffeetrinken in gemütlicher Runde. Ab 17 Uhr spielt der Alleinunterhalter Andreas Kokosch zum Tanz und zur Unterhaltung.



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Jahreskreistreffen

Herzlich lädt die Kreisgemeinschaft vom Sonnabend, 30. September bis Sonntag, 1. Oktober, zum Jahreskreistreffen nach Münster ein. Veranstaltungsort ist die Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster. Das Programm:

Sonnabend, 30. September

15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Tagesordnung, Begrüßung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten sowie Verschiedenes,
18 Uhr: Abendessen,
19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Sonntag 1. Oktober

8.30 Uhr: Gottesdienst in der Hl.-Geist-Kirche. Zelebrant ist Pfarrer Oskar Müller, Coesfeld,
10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie unter Mitgestaltung des Musik-Ensembles Reinhold Kollenberg aus Münster. Programmpunkte:
Begrüßung (Kreisvertreterin),
Totenehrung,
Grußworte,
Festvortrag: Helmut Stange, geboren in Braunsberg, „Ostpreußische Geschichte/n ",
Ostpreußenlied, Deutschlandlied, 3. Strophe,
Empfang durch die Patenstadt Münster,
gemeinsames Mittagessen,
ab 14 Uhr: Ausblick auf die weitere Arbeit – Ausklang des Tages.

Wir freuen uns sehr auf zahlreiche Begegnungen mit Ihnen. Bitte melden Sie sich für Ihre Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie an. Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145. E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.

Weitere Auskünfte bei Manuela Begett: E-Mail: manuela.begett@t-online.de oder Telefon (0172) 6814664.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Nachbarschafts-treffen

15. bis 17. September, Brandenburgisches Hauptgestüt, Havelberger Straße 20a, **16845 Neustadt (Dosse):** Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Anmeldung und Informationen bei Daniela Wiemer, Telefon (03304) 2069100.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Kreistreffen

Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, **25421 Pinneberg:** Kreistreffen. Informationen: Geschäftsstelle, Telefon (04101) 22037.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Zum dreitägigen Heimattreffen bitten die Goldaper in diesem Jahr vom Freitag, 22., bis Sonntag, 24. September, nach Stade. Das Programm:

Freitag, 22. September

17.45 Uhr: Bustransfer vom Patenschaftsmuseum zum Schloss Agathenburg,

18.30 Uhr: Empfang im Schloss Agathenburg durch den Landrat des Landkreises Stade aus Anlass des 25-jährigen Kreisvertreter-Dienstjubiläums von Stephan Grigat,

21 Uhr: Bustransfer vom Schloss Agathenburg zum Patenschaftsmuseum.

Sonnabend, 23. September

9 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter), Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade,

10.30 Uhr: Kreisversammlung (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde, Sandersweg 69, 21680 Stade. Anschließend wird ein Imbiss zur Mittagszeit gegen Kostenbeitrag angeboten,

14.30 Uhr: Lesung mit Dr. Christopher Spatz aus seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, Diskussion mit dem Autor und Zeitzeugengespräche. Ort: Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde. Danach Zeit zur freien Verfügung und zum Abendessen in eigener Zuständigkeit,

19.30 Uhr: Ostpreußischer Abend mit gemütlichem Beisammensein und der Filmvorführung „Ein vergessener Landkreis am Rande der Rominter Heide“, Ostpreußen 1991, von Helmut Schröder, Waltraud Schmidt und Stephan Grigat, musikalische Umrahmung. Ort: Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde.

Sonntag, 24. September

9.30 Uhr: Bustransfer vom Patenschaftsmuseum zur St. Wilhadi Kirche (weiterer Aufnahmepunkt Hotel zur Einkehr),

10 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi mit Pastorin Brandy und Pfarrer Dawid Banach (Goldap),

11 Uhr: Bustransfer von der St.-Wilhadi Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen, Öffnung des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade.

11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade. Programmpunkte:

– Begrüßung, Stephan Grigat, Kreisvertreter,

– Grußworte der Patenschaftsträger

– Michael Roesberg, Landrat des Landkreises Stade,

– Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Gertrud Braumann, Ehrenbürgerin,

– Totenehrung, Stephan Grigat,

– Festansprache, Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung,

– Ostpreußenlied, Nationalhymne, Musikalische Umrahmung: Posaunenchor der Johanniskirche,

12.30 Uhr: Bustransfer vom Mahnmal zum Patenschaftsmuseum,

13 Uhr: Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen. Es wird ein kleines Mittagessen gegen Kostenbeitrag angeboten, Ausklang.

Michael Tschierschke ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen im Patenschaftsmuseum für Sie da.

Stephan Grigat, Kreisvertreter



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Rohrfelder-Treffen

Sonntag, 10. bis Freitag, 15. September, Haus Marienberge, Albert-Schmidt-Weg 1, **57581 Katzwinkel-Elkhausen:** 5. Rohrfelder-Treffen. Auskunft: Sigrid Meranke, Telefon (02742) 6022.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zum 80. für Eleonore Kath

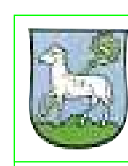
Eleonore Kath, wohnhaft in Neuruppin, beging am 14. August ihren 80. Geburtstag. Am 14. August 1937 wurde Eleonore Kath, geborene Malek, als Tochter von Hermann Malek und seiner Ehefrau Frieda Anna, geborene Schwarz, in Schwengels geboren.

Seit 1994 ist sie als Gemeindevertreterin für die Gemeinden Dothen, Schwengels tätig und kümmert sich gemeinsam mit ihrem Ehemann Gerhard intensiv um die Landsleute aus diesem Bereich.

Für ihre für die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geleistete Arbeit wurden sie und ihr Ehemann mit der Silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft geehrt.

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert herzlich zum Geburtstag und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit, und hofft, dass sie noch lange zum Wohle ihrer Landsleute tätig sein wird.

Im Namen des Vorstands, Elke Ruhnke, Kreisvertreterin



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Heimatgruppe Köln

Mittwoch, 27. September: Treffen. Informationen erteilt Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: c.maschke@netcologne.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

Freitag, 8. September, 15 Uhr, Sitzungssaal C2, Rathaus, **Krefeld:** Jahreshaupt- und Mitgliederversammlung.

Sonnabend, 9. September, Gemeindesaal, Friedenskirche, **Krefeld:** Jahrestreffen.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Sachsen – Sonnabend, 16. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen“ – Reisebericht von Dieter Am-Ende aus Johanngeorgenstadt. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Schwerin – Mittwoch, 13. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Rigaer Straße 8/17, 99091 Erfurt: Mitgliedertreffen bei Familie Milbitz. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Königsberger Treffen

Sonnabend, 16. September, 10.30 bis 16 Uhr, ehemaliges Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Königsberger Treffen mit Kulturprogramm und unserer diesjährigen Versammlung (ohne Wahlen). Das Programm:

11 Uhr: Verleihung der Königsberger Bürgermedaille an Dr. Peter Wörster und Vortrag des Geehrten über „Entdeckungen früher Spuren Königsberg 1945 – 48“. Peter Wörster verdanken wir das erste Straßenverzeichnis der Stadt mit den deutschen und russischen Namen. Danach: Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Berichte des Vorstands, Bürgerbrief, Finanzen und Neubau in Lüneburg,

13 Uhr: gemeinsames Mittagessen und Stöbern im Bücherverkauf,

14 Uhr: „Wanderung durch das heutige Kaliningrad unter besonderer Berücksichtigung des Königsberger Baubestands“ – ein Vortrag von Jörn Pekrul (Großphotos). Ferner trägt Friederike Lisken (Cello) Ostpreußisches Liedgut zum Mitsingen und Mitsummen vor.

Um alles besser planen zu können, bitten wir Sie, Ihre Zusage an Frau Fischer durchzugeben: Mo, Mi, Fr, 9 bis 13 Uhr, Telefon (0203) 283-2151, E-Mail: Siehe Bürgerbrief 89. Hinweis: Alle Post, die unseren Bürgerbrief betrifft, erbitten wir zukünftig an unser Patenschaftsbüro. *Lorenz Grimoni, Zweiter Vorsitzender*



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Endlich liegt der Nachdruck vor

Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944-1945“ vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.



Akribisch recherchiert: Helmut Borkowskis Beschreibung der erbitterten Kämpfe um Ostpreußen Bild: privat

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollen die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede, militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.

† Herbert Paulusch †

Die Heimatkreisgemeinschaft hat eine traurige Mitteilung zu machen. Am 1. August ist in Oberursel/Taunus unser Kreisausschussmitglied Herbert Paulusch verstorben. Herbert Paulusch wurde am 2. Februar 1932 in Gallgarben Kirchspiel Schaaken als Sohn eines Landwirts geboren. Da ihm die heimatliche Arbeit sehr am Herzen lag, bat er, Mitglied unseres Kreisausschusses werden zu dürfen. Gern haben wir seinem Wunsch entsprochen. Erst als er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen konnte, hat er seine Tätigkeit schweren Herzens bei der Kreisgemeinschaft aufgegeben. Die Kreisgemeinschaft trauert mit seinen Angehörigen um ihn; sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *Gisela Broschei Kreisvertreterin*

LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Heimatkreistreffen

Ein spannendes und vielseitiges Programm bietet das Heimatkreistreffen in Otterndorf vom 15. bis 17. September:

Freitag, 15 September

19.30 Uhr: St. Severi-Kirche zu Otterndorf: Muskalische und literarische Reise durch Ostpreußen. Isabelle Kusari und Jun Zhao singen und spielen Lieder aus der Heimat. Vorgetragen werden zudem Gedichte, Begebenheiten

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

und Geschichten. E.T.A. Hoffmann, Agnes Miegel, Joseph von Eichendorff und Ruth Geede sind nur einige Dichter-Namen, die an diesem Abend zu Gehör gebracht werden.

Sonnabend, 16. September

9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein „Am Großen Specken

10 Uhr: Offizielle Eröffnung in der Stadthalle, Fröbelweg

11 Uhr: Feierstunde – Unser diesjähriges Thema: Leben an der Küste

Nachmittags: eine Tanzgruppe aus der Wingst

19 bis 22 Uhr: Ein gemütlicher Abend bei Musik und Tanz. Der Eintritt kostet pro Person zehn Euro. Unser Museum Torhaus Otterndorf hat geöffnet. Die Zeiten sind in der Stadthalle zu erfragen. Die Bilderausstellung Labiau Stadt und Land, wie es einmal war, wird in der Veranstaltungshalle gezeigt.

Weitere Infos beim Kreistreffen. Anmeldung erbeten, Brigitte Stramm, Telefon (04853) 562.

Sonntag 17. September

Wir erkunden Otterndorf: Mit allen, die am Sonntag noch da sind, wollen wir noch schöne gemeinsame Stunden verbringen. Wir widmen uns dieses Mal speziell Otterndorf, machen eine gemeinsame Fahrt mit der kleinen Bahn durch den Ort bis zum Strand an der Elbe. Frau Holthausen wird unsere Begleiterin sein und uns Interessantes und Wissenswertes berichten. Denn das diesjährige Motto heißt: „Leben an der Küste.“ Wir knüpfen mit der Fahrt an den Festvortrag von Herrn Auf dem Felde aus Osten an. Anschließend gibt es ein gemeinsames Essen im Restaurant Elbterrassen, direkt auf dem Elbdeich in Otterndorf. Teilnahmekosten Strandexpressfahrt und Essen pro Person 20 Euro. Der Ausflug endet gegen 14 Uhr.

Es wäre sehr schön, wenn Sie sich bereits im Vorfeld zur Teilnahme anmelden würden, damit wir besser planen können, denn die Plätze im Strandexpress sind mit zirka 45 begrenzt. 10.30 Uhr Start an der Kirche.

Wir hoffen auf rege Beteiligung und wünschen eine gute Anreise nach Otterndorf *Brigitte Stramm, Kreisvertreterin*

Museumsnacht

Es war die 17. Museumsnacht in Otterndorf, die bei trockenem und warmem Spätsommerwetter am 25. August stattfand. Wir Labiauer haben uns gerne daran beteiligt, waren mit zehn Personen dabei und haben Herrn Langwaldt vom Otterndorfer Team tatkräftig unterstützt. Ostpreußische Spezialitäten durften auch nicht fehlen, Kuchen nach ostpreußischen Rezepten gebacken, selbstgemachter Bärenfang und Leberwurst nach Ostpreußischer Art wurden den interessierten Gästen angeboten und gerne bei einem Plausch verzehrt. Es war ein ständiges Kommen und Gehen. Das Echo der Besucher war durchweg sehr positiv und die Stimmung, die das beleuchtete Torhaus und die illuminierten Wege ausstrahlten taten ein Übriges dazu. Ein Besucher erlebte etwas ganz Spezielles. Aus Nordrhein-Westfalen kommend hatte er durch Zufall mitgekriegt, dass auch unser Labiau-Museum an der Museumsnacht beteiligt ist. Sein verstorbener Vater kam aus dem Kreis Labiau. Natürlich war er auf diesen spontanen Kontakt nicht vorbereitet und hatte den Heimatort nicht präsent. Doch durch Befragen konnte dann sehr schnell festgestellt werden, woher die Familie kam. Im Archiv konnte sowohl der Wohnplatz in Mörnersfelde Kirchspiel Popelken/Markthausen als auch der Wohnort der Großmutter hier im Westen Anfang der 1950er ausgemacht werden. Der Wohnort war Basbeck, jetzt ein Teil der Gemeinde Hemmoor, gar nicht weit von Otterndorf entfernt. Nun war die Überraschung groß. Ganz unverhofft konnte der begeisterte Besucher in seine Familiengeschichte eintauchen.

Die Veranstaltung ging offiziell um 23 Uhr zu Ende, doch die letzten Besucher gingen um kurz vor 23.30. Für uns war es ein erfolgreicher, sehr beflügelnder Abend.

Die Kreisvertreterin hielt am darauf folgenden Tag bei den Schneidemühlern in Cuxhaven einen Vortrag über das Torhaus in Otterndorf und konnte dann wieder unter anderem von der erfolgreichen Museumsnacht berichten.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Familienforscher kommt

Sonnabend, 16. September, ab 10 Uhr Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), **Neumünster:** Gelegenheit, die neue Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“ zu besichtigen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung „Auf der Spur der Ahnen“. Dr. Mark Marzinzik, ein (Lötzener) Familienforscher aus Hamburg, berichtet von seinen Forschungsreisen nach und in Masuren. Er zeigt Filmaufnahmen und Fotos von familiengeschichtlich bedeutsamen Orten. Ein Vortrag – interessant nicht nur für familiengeschichtlich Interessierte. Eintritt – wie immer – frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Öffentliche Tagung des Kreistages

Sonnabend, 16. September, 10.30 bis 13 Uhr, Hotel Esplanade, 31542 Bad Nenndorf: Öffentliche Tagung des Kreistags mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit,
2. Genehmigung der Tagesordnung,
3. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung vom 17. September 2016,
4. Bericht des Vorstandes,
5. Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2016,
6. Bericht der Kassenprüfer,
7. Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes,
8. Präzisierung und Abstimmung der Anträge aus Kreisausschuss-Sitzung vom 25. Februar 2017 in Gießen,
9. Vorbereitung und Ablauf der Wahl zum 9. Kreistag in 2018,
   a) Satzungsänderung in § 9 – 1. von 15 auf 11 stimmberechtigte Kreistagsmitglieder
   b) Termin
   c) Wahlausschuss
   d) Wahlvorschläge
10. Neue Anträge/Mitteilungen,
11. Haushaltsvoranschlag 2018, inklusiv Zwischenergebnis 2017; Monate 01 bis 08,
12. Anregungen/Anfragen/Verschiedenes.

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten. *Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin,*



Labiau: Mit zehn Personen waren die Labiauer bei der Museumsnacht in Otterndorf aktiv. Das Echo der Besucher war durchweg positiv

Bild: Manfred Mittelstedt

Heimatkreistreffen

Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September, Grandhotel Esplanade, L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Sie können Ihre Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter der Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich. Der Programmablauf:

Sonnabend, 16. September

10.30 bis 13.30 Uhr: Kreistagssitzung, Sitzungsraum Grandhotel Esplanade. Diese Sitzung ist öffentlich.

14 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit individueller Begrüßung der Teilnehmer,

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit netten Gesprächen. Ebenso Möglichkeit zum Erwerb von Aquarellen und Bildern aus dem Kreis Mohrungen,

ab 19.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik und Überraschungen.

Sonntag, 17. September

9 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume,

9.30 Uhr: Besuch des Agnes Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,

10.30 Uhr: Feierstunde – gemeinsamem Gesang „Land der dunklen Wälder“ – Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin – Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir: „Großer Gott wir loben dich“ – Festrede: „Das 500-jährige Reformationsjubiläum aus ostpreußischer Sicht“ – Schlussworte, danach gemeinsamer Gesang des „Deutschland Liedes“, dritte Strophe,

14.30 Uhr: Versammlung der Mitglieder. Danach ein gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen. Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Sonntag, 17. September, Kulturzentrum unserer Patenstadt Herne, 44623 Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkreistreffen. Parkmöglichkeiten sind vorhanden in der Tiefgarage des Kulturzentrums und auf dem Marktplatz in der Nähe der Stadtsparkasse. Übernachtungsmöglichkeiten in Nähe des Kulturzentrums bieten in verschiedenen Preisklassen unter anderen das Hotel zur Post, Telefon (02323) 52054, das Hotel B&B, Telefon (02323) 946860 und das Park Hotel, Telefon (02323) 9550. Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Ab Hauptbahnhof Bochum und ab Bahnhof Herne mit der U-Bahn U 35 bis Herne. Haltestelle: Kreuzkirche / Archäologisches Museum. *Dieter Chilla, Kreisvertreter*



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Mitgliederversammlung in Osterode/Harz

Im Rahmen des Hauptkreistreffens findet am Sonnabend, 16. September, von 11.15 bis 12.15 Uhr, in der Stadthalle, Osterode (Harz) die Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung:

1. Begrüßung,
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 17. September 2016,
3. der Jahresbericht des Kreisvertreters,
4. Jahresrechnung 2016,
5. Bericht der Kassenprüfer,
6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung,
7. Entlastung des Vorstandes,
8. Ehrungen,
9. Verschiedenes,

Burghard Gieseler, Kreisvertreter

Hauptkreistreffen

Liebe Ostpreußen, die neuen Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Osterode Burghard Gieseler und Dr. Uwe Dempwolff möchten das nächste Hauptkreistreffen auch für andere Interessierte öffnen. Deshalb haben sie die Schriftstellerin und Regisseurin Freya Klier eingeladen, die aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ liest. Hier das ganze Programm der Veranstaltung, die am Sonntag, 17. September in der Stadthalle, Osterode am Harz stattfindet:

9.30 Uhr: Einlass,

11 Uhr: Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen,

11.05 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter

11.10 Uhr: Totenehrung,

11.15 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters,

11.35 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,

11.40 Uhr: Grußworte,

12.10 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,

12.15 Uhr: Freya Klier liest aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“,

12.50 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,

12.55 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters,

13 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne,

13.05 Uhr: Ende der Feier.

Im Anschluss an die Feierstunde ist unsere Heimatstube bis 18 Uhr geöffnet.

Weitere Informationen: Freya Rosan, Ketsche 2, 27339 Riede, Telefon (04294) 4446166, Mobil (0175) 1183753, E-Mail: freya.rosan@ewetel.net.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Hauptkreistreffen in Itzehoe

Sonnabend, 9. bis Sonntag, 10. September, Hotel/Restaurant „Cafe Schwarz“, Breitenburger Straße 14, Itzehoe: Hauptkreistreffen. Das Veranstaltungsprogramm:

Sonnabend, 9. September

11 Uhr: Haus der Heimat, Hinter dem Klosterhof 19: Besichtigung der Kulturstätte der Kreisgemeinschaft Pr. Holland,

14 Uhr: Öffnung des Saales im „Cafe Schwarz“,

16 Uhr: Ständesaal, Historisches Rathaus, Markt 1-3: Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses mit dieser Tagesordnung:

- Begrüßung und Eröffnung, Totenehrung, Bernd Hinz, Kreisvertreter,
- Grußworte Patenschaftsträger,
- Tätigkeitsbericht des Kreisvertreters,
- Grußreden der Bundestagsabgeordneten Karin Thissen (SPD) und, Mark Helfrich (CDU),
- Schlussworte,
- Musikalische Umrahmung: Judith Michalski,

17.45 Uhr: Haus der Heimat, Hinter dem Klosterhof 19, Besichtigung der Kulturstätte

20 Uhr: Musikalischer Heimatabend, Saal „Cafe Schwarz“: Plachandern und gemütliches Beisammensein und Unterhaltungs- und Tanzmusik mit Siggi Tornado,

23 Uhr: Ende der Veranstaltung.

Sonntag, 10. September

10 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal, Langer Peter, Brunnenstraße, Öffnung des Saales in „Café Schwarz“,

11 Uhr: Festveranstaltung, Saal „Café“ Schwarz“,

- Begrüßung, Bernd Hinz, Kreisvertreter,
- Grußworte der Patenschaftsträger,
- Vortrag: Friedrich Graf zu Dohna-Schlobitten,
- Musikalische Untermalung durch den Gesangverein Sude von 1882 unter Leitung von Adalbert Becker,
- Plachandern und gemütliches Beisammensein,

17 Uhr: Ende der Veranstaltung.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Hauptkreistreffen

Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: 33. Hauptkreistreffen. Am Sonntag Festgottesdienst in der Kapellen der Augustinerinnen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Schultreffen

Vom 30. Juli bis 3. August kamen wir zu unserem 20. Jahrestreffen der Schulgemeinschaft „Neustädtische Schule Tilsit“ in der „Alten-Fuhrmanns-Schänke in der Lüneburger Südheide bei Hermannsburg zusammen. Die Alte-Fuhrmanns-Schänke hielt wieder alles, was man an Gastlichkeit, Gemütlichkeit, Service, Speisen und Getränken bei so einem „Oldie“-Treffen erwartet. Seit zehn Jahren ist sie unser beliebter Treffpunkt. Leider konnten mehrere der erhofften Teilnehmer nicht anreisen. Der altersbedingte Gesundheitszustand ließ es nicht zu. Zwischen den genannten Treffen in der Heide sah beziehungsweise traf man sich in Bad Nenndorf, in Gera und Leipzig.

Das Kulturprogramm war anspruchsvoll: Wanderung durch Teile der Südheide, Besuch des Hermann-Löns-Denkmals und der Konditorei der „Norddeutschen Tortenkönigin“ in Müden, Rundgang und Rundfahrt durch Celle und Besuch des Filmtier-Parks von Jo Bodemann in Eschede. Den Besuch des Filmtier-Parks kann man allen Gemeinschaftstreffen älterer Menschen nur empfehlen; man hat in den letzten Jahren mindestens 50 bis 80 Bänke zusätzlich aufgestellt. Man kann äußerst bequem, sitzend vor den Gehegen Großwild, wie Tiger, Bären, Kamele und viele seltene kleinere Wildtiere in aller Ruhe beobachten. Vom Sprecher Erwin Feige wurde die komplizierte Situation in den Beziehungen zu unserer Heimatstadt Tilsit erläutert. Gegenwart und Zukunft unserer Stadt- und Schulgemeinschaft wurden durch Inhalation von „Heidegeist“ positiv angeplaudert. Auch wir Neustädtischen wurden die Möglichkeiten für zukünftige Treffen am 23. September 2017 in Schwerin, am 24. Mai 2018 in Eitorf bei Siegburg und/oder auch wieder Anfang August 2018 in der Fuhrmanns-Schänke nutzen. Von Beenden sprachen wir nicht, nur Hoffnung auf ein gütiges Schicksal wünschten wir uns. *Erwin Feige, Schulsprecher*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

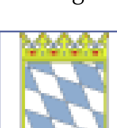
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend 16. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdeligiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, und Entlastung. – Sonnabend 16. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landeskulturtagung zum Thema Martin Luther. Vor 500 Jahren schlug er seine 95 Thesen am Wittenberger Dom an. Dieses Ereignis und seine Folgen wird in zwei Vorträgen aufgegriffen. Kulturreferentin Ulla Gehm spricht über die „Die Reformation in Ostpreußen – Martin Luther und Herzog Albrecht“. Die Landesvorsitzende Uta Lüttich wird über „Katharina von Bora – Nonne, Geschäftsfrau, Luthers Weib“ berichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Frauengruppe – Sonntag 17. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg. Gäste sind herzlich willkommen. Ein gemeinsames Mittagessen gibt es um 12.30 Uhr.

Landesgruppe – Sonntag 17. September, 14 Uhr, Hegelsaal, Liederhalle, Stuttgart: Festveranstaltung „65 Jahre BdV-Landesverband Baden-Württemberg“ und Tag der Heimat. Festredner ist Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler. Das diesjährige Motto lautet: „Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Im Foyer der Liederhalle werden sich die Landsmannschaften präsentieren. Auch die Ost- und Westpreußen sind dabei. Das kulturelle Rahmenprogramm wird von heimatlichen Sing, Tanz- und Instrumentalgruppen gestaltet. Bitte bringen Sie Ihr Ost- oder Westpreußenkleid beziehungsweise Weste mit, damit wir beim Einmarsch der Trachtenträger teilnehmen können.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Altmühlfranken – Donnerstag, 21. September bis Sonntag, 24. September: Landeskulturfahrt nach Schwerin mit Besuch des 25. Landestreffens der Ostpreußen. Gemeinsame Fahrt mit den Reisebus, Sonderprogramm; Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Hof – Sonnabend 9. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Erntedankfeier. – Donnerstag,

14. September, 19.30 Uhr, Gemeindehaus Michaeliskirche: Vortrag zum Lutherjahr.

Landshut – Dienstag, 19. September, 12 Uhr, „Insel“: Königsberger Klopsessen.

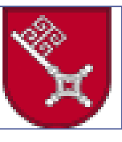
München – Freitag, 8. September, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Frauengruppe. – Freitag, 22. September, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, am Lilienberg 5, 81669 München: Kaffeetafel, Vortrag über ost- und westpreußische Persönlichkeiten und Mitgliederversammlung.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Frauengruppe – Mittwoch, 13. September, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen mit dem Thema „Reiseberichte“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



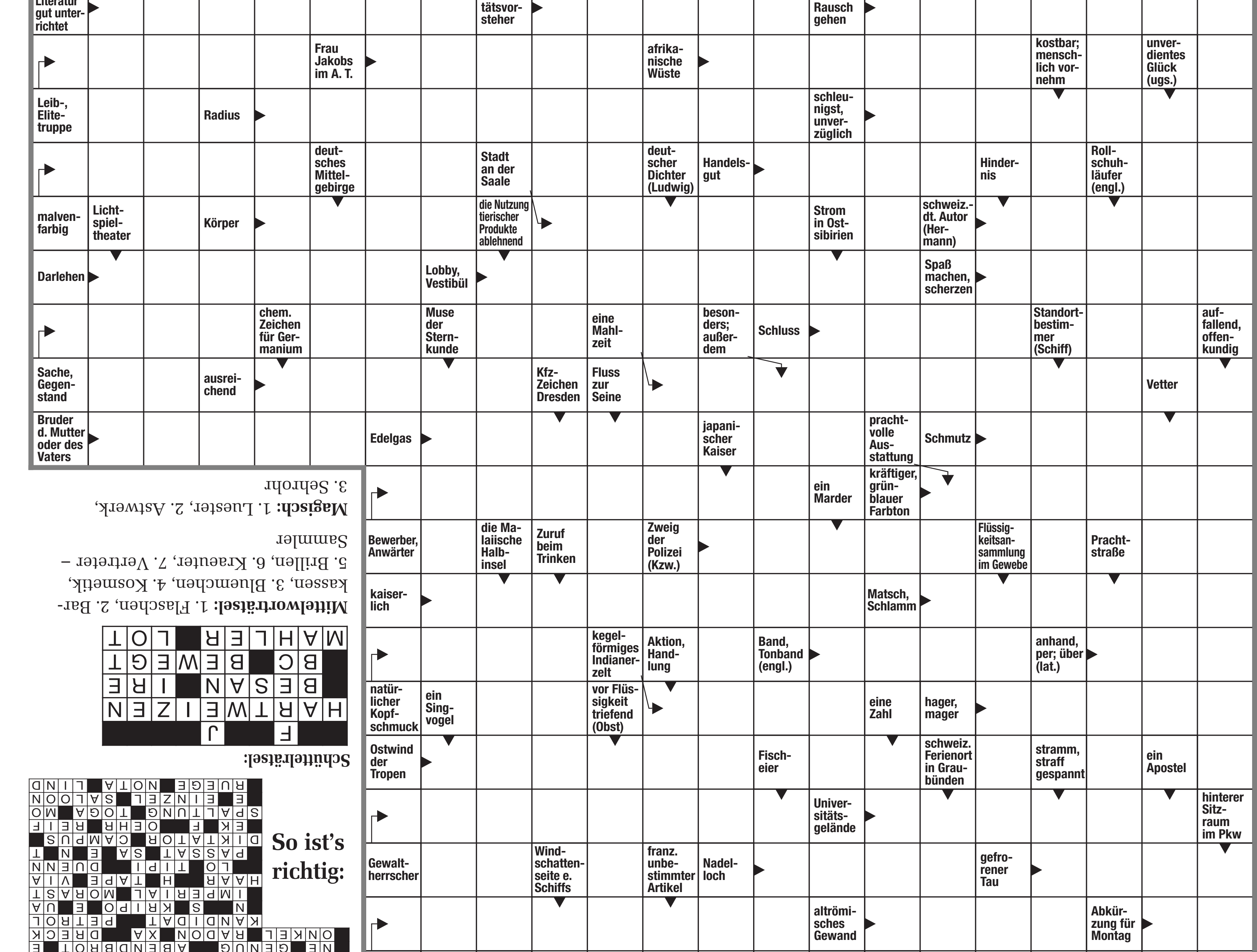
BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin zum 22. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, statt-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

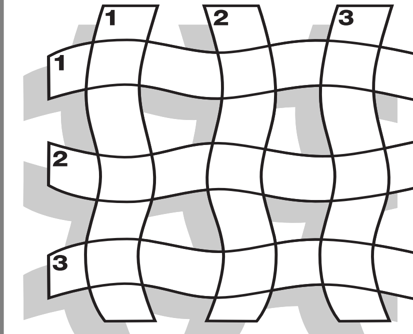
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEHI NRTWZ	AABB		CEFHR	ABEW		EEJNR	EILZ	EGOR	ENTT
ABENS						EIR			
AEHL MR			BEEG TW						
						LOT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für eine Person, die aus Liebhaberei Dinge hortet.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	GLAS		KIND
2	HAFEN		FAHRT
3	LEBER		MUSTER
4	NATUR		SALON
5	LESE		ETUI
6	WILD		BAD
7	ELTERN		BESUCH



Magisch

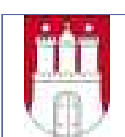
Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kronleuchter
2 Zweige eines Baumes
3 Periskop

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

dessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

Bremerhaven – Freitag, 22. September, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus: Kulturnachmittag als Erntedankfest. Eine Anmeldung ist unbedingt bis zum 15. September unter Telefon (0471) 86176 erforderlich.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 10. September, 15 Uhr, Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg: Gottesdienst zum Tag der Heimat. – Sonntag, 17. September, 15 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp, 20459 Hamburg (S1, S3 'Stadthausbrücke'; U3 'Rödingsmarkt'; Buslinie 6 und 37 'Michaeliskirche'): Tag der Heimat des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg Der Tag der der Heimat 2017 findet statt unter dem Motto „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung". Im Vorprogramm: Jakob Fischer, Projektleiter der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart". Festrede: Franziska Grunwaldt, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU). Auftritt des Chores der Deutschen aus Russland „Abendklang 2001" und der Musikgruppe „Jung im Herzen". Schlusswort: Helga Seeger, Vorsitzende der Landesgruppe Hamburg-Schleswig-Holstein des Verbandes der Siebenbüger Sachsen in Deutschland. Einlass ab 14 Uhr. Eintritt frei.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonnabend, 23. September, Schwerin: Noch sind ein paar Plätze im Bus frei, wenn es zum Ostpreußentreffen nach Schwerin geht. Der Fahrpreis beträgt nur 20 Euro. Der Eintrittspreis von sieben Euro ist an der Tageskasse zu zahlen. Es werden annähernd 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie werden auch in diesem Jahr ein hervorragendes Kulturprogramm erleben. Tragen Sie mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können, um Verwandte, Freunde und Bekannte wiederzusehen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir noch da sind. Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonntag, 1. Oktober, Dittchenbühne, Elmshorn: Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit einem Gläschen Bärenfang steht das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti" von Bertolt Brecht auf dem Programm. Die Regie führt Maria von Bismarck. Der Preis für den Busausflug beträgt insgesamt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen, ein Glas Bärenfang sowie die Aufführung. Die Abfahrten:

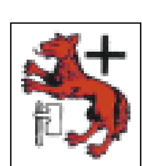
13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle,
13.15 Uhr: Bahnhof Harburg,
14 Uhr: Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof).

Die Rückfahrt ist für 18:30 Uhr geplant. Gehalten wird in der Kirchenallee, in Harburg und in Meckelfeld. Anmeldungen bei: Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 26. September, 14 Uhr, Berenberg-Goler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zu einem herbstlichen Nachmittag mit Filmvorführung über unser altes Ostpreußen und Gesprächen rund um das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Heiligenbeil – Donnerstag, 28. September: Fahrt ins „Holländerstädtchen Friedrichstadt". Inmitten der Flusslandschaft von Eider, Treene und Sorge, idyllisch im Dithmarscher Land gelegen, zur Erntezeit in die Kohlregion Deutschlands. Leistungen: Busfahrt, Mittagessen (Kohlbuffet), Grachtenfahrt, Kaffeegedeck. Nach dem Mittagessen Grachtenfahrt. Danach bleibt Zeit bis zum Kaffeetrinken, um Friedrichstadt zu erkunden. Preis pro Person 47 Euro. Anmeldung bis 24. September 2017, unter Telefon (040) 32049041. Abfahrt Hamburg-Heimfeld: 9 Uhr, Hamburg-ZOB: 9:30 Uhr.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. September, 14:30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein: Treffen. Unser Thema an diesem Tag „Wer bin ich, wo komm ich her"; Landsleute berichten. Hier sind alle unsere Freunde und Mitglieder eingeladen, sich nach Möglichkeit an der Gestaltung zu beteiligen. Erinnerungen an die Zeit in der alten Heimat und die Integration in der neuen Heimat nach der Vertreibung. Es ist doch wertvoll zu erfahren, wie sich die Lebenswege gestalteten. Wir freuen uns sie alle wieder zusehen. Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und baldige Genesung.

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. September, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. – Donnerstag, 14. September, 12 Uhr, „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Falscher Hase. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 8. September bei Frau Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Biebricher Schloss: 4. Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und „Zentraler Tag der Heimat". Platzkonzert ab 10.30 Uhr. Festakt mit anschließendem Empfang.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Mittwoch, 13. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg: Treffen mit Vortrag von Dr. Jörg Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg, „Cadiner Majolika – Gebrauchs- und Kunstkeramik aus Cadinen, Westpreußen." Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 15. September, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 19. September, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Sonntag, 24. September, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Erntedanknachmittag. Anmeldung bis zum 14. September bei Else Tober, Telefon (0541) 133614 oder Siegfried Keuchel, Telefon (0541) 388708.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag zum Tag der Heimat. – Dienstag, 26. September, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Frauenkreis.

Dortmund – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Zusammenkunft der LO-Kreisgruppe.

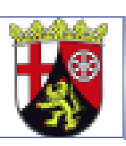
Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonnabend, 9. September, 11 Uhr, GHH, Konferenzraum, Bismarckstraße 90: Tag der Heimat. – Dienstag, 12. September, 19 Uhr, GHH: Dokumentarfilm „Wir sind Juden aus Breslau", 108 Minuten, Regie: Karin Kaper und Dirk Szuszies. – Mittwoch, 13. September, 19 Uhr, GHH: Film, 2013, 86 Minuten, Regie: Helena Trestikova – Freitag, 15. September, GHH: Ausstellung „Briefmarkenmotive – Deutschland zwischen Besatzungszonen und Zwei-Staaten-Lösung (1945-57)". – Sonnabend, 16. September, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Dienstag, 19. September, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Autor Jiri Hajicek „Der Regenstab". – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, GHH: Leseinspirationen aus der Bibliothek, Bücher zum Thema „Martin Luther und die Reformation". – Donnerstag, 21. September, 9 bis 19 Uhr: Tagesfahrt nach Monschau, Eifel. – Donnerstag, 21. September, 19 Uhr: Film „Freya – Geschichte einer Liebe", 87 Minuten, Regie: Antje Starost, Hans Helmut Grotjahn. – Donnerstag, 21. September, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Caals. – Freitag, 22. September, 19 Uhr: Spätsommerliches Serenadenkonzert mit Klaus-Peter Riemer (Flöte) und Miyuki Brummer (Klavier). – Mittwoch, 27. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Peter Jahn „Ilja Ehrenburg – Politisch korrekt im Angesicht des Todes".

Neuss – Sonnabend, 9. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier. Im Anschluss findet im Marienhaus, Kapitelstraße 36 eine Feierstunde statt. Es gibt einen Bustransfer vom Gedenkstein zum Marienhaus. Veranstalter ist der BdV-Kreisverband Neuss. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Die Heimatstube, Oberstraße 17, ist am ersten und letzen Donnerstag im Monat von 15-18 Uhr geöffnet.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 9. September, 14 Uhr, evangelische Gemeindehaus, Jakob-Krebs-Straße 121, Viersen: Tag der Heimat. Das Leitwort spricht Renate Tippmann. Die Gedenkstunde beginnt mit einer ökumenischen Andacht und wird mit Liedern, Mundartgedichten und einer gemeinsamen Kaffeetafel abgerundet. Es wirken wieder mit: Die Leddschesweäver aus Anrath unter Leitung von Dr. Christoph Carlhoff, Friedrich Kluth und Else Tresp mit Mundartvorträgen, ferner die Original Flöthbachtaler Musikanten Anrath unter der Leitung von Rolf Jansen.

Witten – Montag, 18. September, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Vorträge und Gedichte unserer Landsleute und Gäste.

Lippe/Detmold – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Herbstveranstaltung der Kreisgruppe Lippe, Vortrag von Hans-G. Ippig „Ostpreußisch Platt und Mundart, Spracheinflüsse und Sprachbezirke, Wortbeilspiele". Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Schabbernachmittag.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonntag, 10. September: 4. Gedenktag für Vertriebene in Dresden. – Dienstag, 26. und Mittwoch, 27. September: Fahrten mit Schülern der Gerhard-Hauptmann-Oberschule Limbach-Oberfrohna zum Haus der Heimat nach Reichenbach.

– Bericht –

Am 2. August trafen sich in der Gerhard-Hauptmann-Oberschule in Limbach-Oberfrohna einige ostpreußische Landsleute und Lehrer um die Schönheit unserer Heimat, sowie Kultur und Brauchtum Ostpreußens an die junge Generation weiterzugeben. Dieses Ziel liegt uns besonders am Herzen. Kurt Weihe hatte schon vor einigen Jahren gute Kontakte zu den Lehrern und Kindern dieser Oberschule geknüpft. Es besteht eine Arbeitsgemeinschaft mit den interessierten Schülern, wobei Arbeiten mit Bernstein – das Gold Ostpreußens – ausgeführt werden, daraus entstehen sehr schöne wertvolle phantasievolle Dinge. An unserem Brauchtumsnachmittag hatte Weihe die Landkarte Ostpreußens aufgehängt und gab Erklärungen dazu. Im Mittelpunkt stand nun ein ausführlicher Bericht über den Oberländischen Kanal. Dort wird mit Wasserkraft ein Boot über Schienen gezogen und wieder zu Wasser gelassen, um die unterschiedlichen Höhen auszugleichen. Eine technische Sehenswürdigkeit, die trotz des Krieges und der vielen Jahre immer noch sehr gut funktioniert.

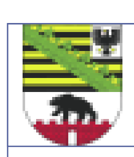
Irmgard Gläser hatte ihre ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt und sprach über die Trachten Ostpreußens. Dazu hatte sie Trachtenpuppen aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten aufgestellt und gab Erklärungen dazu ab. Hannelore Kedzierski begeisterte besonders die Lehrerinnen durch doppelseitiges Stricken, dabei konnten dazu die Anleitungen mitgenommen werden. Sie strickte mit zwei Farben gleichzeitig innen und außen. Ausstellungsstücke konnten betrachtet und auch erworben werden. Die doppelseitigen gestrickten Socken mit eingearbeiteten Trakehner Pferdchen fanden große Bewunderung.

Zum gemeinsamen Mittagessen wurden Königsberger Klopse gereicht. Danach sprach Kurt Weihe über die zukünftige Arbeit mit den Lehrern und Schülern der Oberschule und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit der Schule. Geschichte, Brauchtum und Kultur Ostpreußens liegen uns allen am Herzen, und es wäre schön, wenn sie in den jungen Menschen weiterleben würde.

Hannelore Kedzierski



Limbach-Oberfrohna: Bernsteinarbeiten von Schülern der Gerhard-Hauptmann-Schule Bild: privat



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Tag der Heimat, anschließend: Vorstandssitzung. – Freitag, 8. September, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Dienstag, 26. September, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.

Gardelegen – Sonnabend, 23. September: Ostpreußentreffen in Schwerin.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – In der August-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe lasen Katharina und Boris Makarowski Gedichte aus dem Buch „Ostpreußen - Zuhause im weiten Land". Boris Makarowski sprach über die Krutinna, in der er als Kind Schwimmen gelernt hatte. Der Fluss verzaubert den Betrachter, da man durch das klare Wasser auf den Grund schauen kann.

Danach sprach die Vorsitzende über das Buch „Er aber zog seine Straße", das von einem baltendeutschen Physik-Professor handelt, der einen Lehrstuhl an der Universität in Posen hatte und vorher in den Versuchsanstalten in Peenemünde tätig war. Nach Einmarsch der Roten Armee: Gefangennahme, Verhöre... Auf dem Transport mit deutschen Kriegsgefangenen im Viehwagen nach Sibirien beherrschen ihn die Verhöre und die Demütigungen seine Gedanken, und die Idee nimmt Gestalt an: Wenn der Zug langsamer und bei Nacht durch seine Heimat Estland fahren und die Waggontür nicht fest verschlossen sein würde, könnte er dann nicht den Zug verlassen und in seiner Heimat ankommen? Es gelingt, und mit einer Verletzung findet er sich auf dem Bahndamm wieder, wandert durch die Nacht seiner estnischen Heimat und kommt zu einer Fischerfamilie, die er aus seiner Jugend kennt. Hier ist er aber auch weiteren Gefahren ausgesetzt. Eigentlich hatte er sich entschieden, sich nicht mehr bei seiner Familie zu melden, für sie verschollen zu sein. Seine Frau mit jüdischen Wurzeln hatte mit den Kindern vor dem Krieg Deutschland verlassen und Portugal erreicht. Nach einiger Zeit kann sich der Physik-Professor nach Westdeutschland durchschlagen. Im Hause seiner Cousine und Jugendfreundin findet er sein Selbstbewusstsein wieder. Er ändert seine Meinung und schreibt eines Tages an seine Frau: „Ich lebe, ich komme!" - Eine Teilnehmerin hatte auch das Buch gelesen, sodass sich ein ergänzender Dialog entwickelte. *Gisela Brauer*

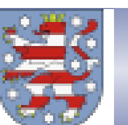
Burg – Dienstag, 12. September, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark" in Burg: Monatstreff der Landsmannschaft. Nach Beendigung der Sommerpause wird beim Treffen der Landsmannschaft „Ost,- Westpreußen und Danzig" Ekkehard Schmidt aus Eckernförde über Theodor Storm, der in diesem Jahr seinen 200. Geburtstag feiert, berichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, TSB-Gaststätte: Tag der Heimat mit Kaffeetafel.

Neumünster – Mittwoch, 13. September, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Gemeinsamen Mittagessen. Anschließend hören wir die ostpreußische Marjell Gerda Heykena mit „Kriemelchen" aus ihrem neuen Programm. Anmeldungen bitte bis zum 6. September unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, „Mondea", Mühlenstraße 70d: Film über Ostpreußen.

Uetersen – Freitag, 8. September, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Die Steckrübe, letzte Rettung vor dem Verhungern. Weltkriegswinter 1916/17 und wieder 30 Jahre danach 1946/47" von Dr. Manuel Ruoff, PAZ. – Sonntag, 10. September, 11 Uhr, Gedenkstein der Deutschen, Tantaus Allee: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. September, 11 bis 16 Uhr, „Zur Schenke", Erfurt: Tag der Heimat.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Bei den Sudentendeutschen gibt es nichts zu ändern

Zu: Kein Kompromiss in Sicht (Nr. 33)

Wem die Satzung seines Vereins nicht gefällt, der kann sich im Rahmen des geltenden Rechts um seine Abänderung bemühen oder er tritt aus dem Verein eben aus, weil er sich mit dessen Zielen nicht oder noch nie oder nicht mehr identifizieren konnte oder kann. Aber eine putschartige Veränderung dieser Satzung wird nicht funktionieren.

Die Wiedervereinigung der von Deutschland abgetrennten urdeutschen Gebiete mit dem Mutterland steht natürlich derzeit nicht auf der Tagesordnung, dort steht der Untergang Polens, Deutschlands und Tschechiens innerhalb der von den etablierten Parteien West- und Südeuropas angestrebten Vereinigten Staaten von Europa im Mittelpunkt. Das weiß natürlich jeder Sudetendeutsche, jeder seiner Nachkommen. Aber darf man von einem Tumorpatienten erwarten, dass er seinen Löffel schon immer mal vorzeitig abgibt, weil es sowieso für ihn keine Hoffnung gibt?

Ja, es hat Unrecht von Deutschen gegenüber Polen, Russen und Tschechen gegeben, aber mir wird immer abgefordert, nicht aufzurechnen. Schuld ist immer individuell, die Schuld eines „Volkes“ ist immer eine irreale Dimension.

Lasst die Sudetendeutsche Landsmannschaft das bleiben, was sie immer war! Wer einen Verein für deutsche-tschechische Zusammenarbeit und Freundschaft möchte, der kann einen solchen Verein doch gerne gründen. Vielleicht sollte eine tschechische Regierung sich endlich dazu durchringen, die üblen Benesch-Dekrete auf einem „Tag der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ als das zu benennen, was sie waren: ein Verbrechen. Vielleicht sollte eine tschechische Regierung sich endlich dazu durchringen, die Vertreibung und Ermordung Deutscher durch Tschechen auf einem „Tag der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ als das zu benennen, was sie waren: Verbrechen. Vielleicht sollte eine tschechische Regierung sich endlich dazu durchringen, die damals verantwortlichen tschechischen Politiker, die an den Gräueltaten beteiligten tschechischen „Ordnungskräfte“ und ganz normalen Bürger auf einem „Tag der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ als das zu benennen, was sie waren: unentschuldbare Verbrecher.

Aber so wie es keine Volkshaftung für deutsche Verbrechen geben darf und kann, so gibt es auch keine Volkshaftung für das, was während und nach dem zweiten Dreißigjährigen Krieg Deutschen angetan wurde. **Helmut Scheller, Hungen**

Null und nichtig

Zu: Karlsruhe winkt Oder-Neiße-Linie durch (Nr. 27)

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe überrascht keineswegs, denn das BVG ist in seinen Entscheidungen nicht neutral, sondern parteipolitisch gebunden. Somit erfolgte ein politisch korrektes, zeitgeistkonformes Urteil. Der Deutsche Richterbund fordert seit Jahren, die parteigebundene Berufung hin zu neutralen Richtern zu ändern.

Unabhängig von der sogenannten Anerkennung der Grenze ist auf das Völkerrecht zu verweisen, das unmissverständlich erklärt: Vertreibung und ethnische Säuberung sind Völkermord. Grenzen, die durch Völkermord gezogen wurden, sind null und nichtig.

Die Wiedereinsetzung in den territorialen Rechtszustand Deutschlands ergibt sich somit aus dem Völkerrecht. Die Oder-Neiße-Linie hat vor der Geschichte daher keinen Bestand. Nichts ist endgültig, was nicht gerecht ist. **Reinhard Huwald, Greifswald**

Dreckarbeit im Regen: Polizisten sind bei Wind und Wetter im Einsatz. Seitens der Politiker bekommen sie dafür meistens Lippenbekenntnisse zu hören, die nötige politische Rückendeckung erhalten sie aber nur selten Bild: pa

Politik lässt die Polizei im Regen stehen

Zu: Die verdächtige Farbe (Nr. 27) und: Sind Polizisten feige? (Nr. 30)

Als ehemaliger Polizeibeamter (Kripo) wende ich mich klar gegen jedwede Diskriminierung, sehe die Polizei ständig als Prügelknaben der Nation, und ich sage ganz klar, dass gewisse Kriterien für Beobachtungen und Razzien vorliegen müssen, wie Dienst- und Lebenserfahrung, geschärfter Blick, Verhaltensweise oder auch Hautfarbe der Verdächtigen sowie einem gewissen Modus operandi.

Wie sonst sollte man bei Kontrollen vorgehen? Es ist doch realistisch, dass in einem Pulk von Weißen ein Neger auffällt. Und wenn Linksgrüne und ideologisch Verblendete etwas anderes sehen, haben sie eine falsche Einstellung zur Sache, Defizite im Unrechtbewusstsein und meistens „Dreck am Stecken“.

Es ist einfach, in der Polizei immer den Schuldigen zu suchen, doch man bedenke: Die sogenannten Führungspolitiker, die einen Eid zum Wohle des eigenen Volkes geschworen haben und dabei die Polizei für die Sicherheit der Bürger verpflichtet haben, haben wohl einen Meineid geschworen, verraten und behindern aber die willige Polizei, geben ihr einen Maulkorb und verstoßen gegen die Fürsorgepflicht.

Eigentlich sollte man die Verantwortlichen wegen Strafvereitelung anklagen, zumal die Gleichheit vor dem Gesetz bei Moslems nicht berücksichtigt wird und wir bei der Sicherheitspolitik ein Versagen bei den Innenministern und -Senatoren zu verzeichnen haben. Hinzu kommt die verfehlte Strategie der Deeskalation.

Kein Land gibt Fremden und Eindringlingen so viel Sozialleistung ohne Gegenleistung, und jedes Land hat die Pflicht und das Recht, seine Grenzen zu sichern und zu schützen. **Günter Algner, Berlin**

Zuwandererstrom rechtfertigt schärfere Sicherheitsgesetze für alle

Zu: Was Deutschland nach der Wahl blüht (Nr. 30)

In meinem privaten Umfeld wird der Unmut über die Politik der Regierung immer größer und auch heftiger. Seit Monaten ist einfach klar, dass nach der Bundestags-Wahl die Zeiten nicht besser, sondern schlechter werden, zumindest für die Deutschen. Ansätze dazu gibt es, wenn man aufmerksam die Zeichen betrachtet, schon seit Langem.

Abgesehen davon, dass weiterhin tausende sogenannte Flüchtlinge nach Deutschland strömen (darüber wird so gut wie gar nicht in den „Staatsmedien“ berichtet) und versorgt werden müssen, kommt der Familiennachzug dieser Leute noch erschwerend hinzu. Wenn schon allein der Präsident des Bundesverbands der Industrie erklärt, dass nur ein Prozent der Zugewanderten überhaupt für den Arbeitsmarkt zu gebrauchen sind, ja mal ehrlich, was bitte passiert dann mit den anderen 99 Prozent? Diese müssen dann wohl ihr Leben lang unterhalten werden mit Wohnungsmieten, Krankenkassenbeiträgen, Fahrkarten für Bus und Bahn sowie den gesamten weiteren Lebensunterhalt. Hierzu gibt es im Internet genügend Zahlen, die belegen, was so etwas pro Person kostet. Kurz nur noch erwähnt seien die Krankheiten, die die ach so gesunden „Flüchtlinge“ einschleppen, die dann auch auf die Deutschen zwangsweise übertragen werden. Im Gespräch ist zu diesem Thema auch die Zwangsimpfung aller in Deutschland lebenden Menschen. Geht's noch?

Und wenn dann die Parteien vor der Wahl „Versprechen“ abgeben, obwohl sie im Vorhinein bereits wissen, dass sie diese nicht halten werden, kann ich sagen, dass die Bequemlichkeitsverblödung der Bevölkerung zum Wahlsieg der Kanzlerin führen wird.

Das Wort „versprechen“ mit der Vorsilbe „ver“ und dem Verb „sprechen“ heißt aber, dass man sich halt „versprochen“ hat, also einen Fehler begangen hat. Genauso verhält es sich im Rechnungswesen mit dem Verb „buchen“. Wenn ich vor dieses Wort die Vorsilbe „ver“ setze, na, dann habe ich mich „verbucht“, also etwas falsch eingetragen.

Das, was uns die Parteien vor den Wahlen erzählen, sind nichts als Absichtsbekundungen, die jederzeit wieder zurückgenommen werden können. Begründungen hierfür kennen wir aus der Vergangenheit zur Genüge.

Den Parteien muss ich ins Buch schreiben, dass sie all das, was sie versprechen, schon längst umgesetzt haben könnten, denn schließlich sind sie seit einigen Legislaturperioden bereits an der Macht. Sie hätten alles das, was sie versprechen, bereits in den vergangenen Jahren umsetzen können. Haben sie aber nicht, und werden sie auch nicht. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Beim »Versprechen« nur »versprochen«

Selbst eine Steuersenkung wird so gering ausfallen, dass sie von den Deutschen kaum bemerkt werden wird.

Und im Übrigen denke ich, dass dem Erfindungsreichtum der Politiker keine Grenzen gesetzt sind, neue Steuerabgaben zu erfinden. Zum Beispiel die Europasteuer, damit das EU-Parlament und alle anhängigen Institutionen besser unterhalten werden können, oder eine Flüchtlingssteuer, da der „Staat“ nicht genügend Geld für die Flüchtlinge aufbringen kann (angeblich). Mal davon abgesehen, dass die Krankenkassen bereits seit Jahren einen Zusatzbeitrag erheben, neben den ohnehin schon hohen Beiträgen.

Die arbeitenden Deutschen werden in Zukunft eine Steuerlast tragen, die sich gewaschen hat, neben Gebührenerhöhungen, die sich bereits jedes Jahr auf die Versorgung und den Verbrauch von Trinkwasser und Energie auswirken. Will man uns auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurückführen?

Nach der Wahl wird die Transferunion weiterbetrieben sowie verstärkt darauf hingearbeitet, dass das Bargeld verschwindet (prüfbar ist dann, wer wann wo was gekauft hat, also sich dort aufgehalten hat).

Nicht zu reden von den bereits verabschiedeten Gesetzen wie: Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Telekommunikationsüberwachungsgesetz oder Aufhebung des Bankgeheimnisses. Ich vermute, dass die entsprechenden Dienste dies alles bereits seit längerer Zeit genutzt haben, es wurde von den Politikern einfach jetzt per Gesetz mal eben legalisiert.

Ebenso die Vorgabe, dass in allen neuen Autos ein automatisches Notrufprogramm eingebaut sein muss. Auch so kann überwacht werden, wann wer wo gewesen ist. Zu erwähnen sei noch das Gesetz, welches Bayern eingeführt hat, um vermutete Gefährder schon mal für unbestimmte Zeit (Ewigkeitsgesetz) einzusperren, und das ohne Verhandlung und Gerichtsbeschluss. Bisher war das nur für zwei Wochen möglich und musste dann von einem Gericht geprüft werden.

Mit allen vorgenannten Situationen, Gesetzen und dergleichen muss man sich einfach auseinandersetzen, um dann feststellen zu können, was wirklich hinter all dem steht: die totale Überwachung jedweder menschlicher Aktionen und Gespräche. Jetzt fehlt eigentlich nur noch die Gedankenkontrolle, dann ist es für die Regierung und vor allem für die dahinterstehenden wirklichen Mächtigen alles perfekt. Jedoch, hierzu gibt es bereits eine Patentanmeldung beim Patentamt in München.

Ganz schlimm finde ich die Äußerungen von befragten Personen in Interviews: „Ich habe ja nichts zu verbergen!“ Was ist das für eine Geisteshaltung? Natürlich habe ich etwas zu verbergen, nämlich mein Privatleben, das geht niemanden, schon gar nicht den „Staat“, etwas an.

Man will uns in den Bürgerkrieg treiben, das ist meine Meinung! So können alle Überwachungsgesetze mit der Begründung, man wolle das nur wegen der Gefährder einführen, installiert werden. **Ruth Boy, Herdecke**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Der Plan Allahs

Zu: „Verbrenne in der Hölle“ (Nr. 27)

Der Islam ist mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den allgemein gültigen Menschenrechten nicht vereinbar. „Die Demokratie ist dem Islam fremd“, ist eine Aussage von Ayyub Axel Köhler, des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime. Koran und Sunna lehren, dass die Welt eingeteilt ist in das Haus des Islams (dar-el-islam) und das Haus des Krieges (dar-el-harb), sprich einerseits in die Welt, in welcher der Islam vorherrscht, andererseits in die Welt, in welcher der Islam (noch) nicht dominiert. Ziel des islamischen Dogmas ist es, die gesamte Menschheit dem Islam zu unterwerfen.

Der Scheich Omar Abdel Rahma hat 1980 in der Kairoer Universität Al-Azhar auf die Frage eines Studenten nach der Friedfertigkeit im Koran geantwortet: „Mein Bruder, es gibt eine ganze Sure, die ‚Die Kriegsbeute‘ heißt. Es gibt keine Sure die ‚Frieden‘ heißt. Der Dschihad und das Töten sind das Haupt des Islam, wenn man sie herausnimmt, dann enthauptet man den Islam.“

Geschichte und Gegenwart lehren, dass der Islam seit seiner Gründung im 7. Jahrhundert stets eine mit den Mitteln der Gewalt, der Unterdrückung und der Einschüchterung und Eroberung und Herrschaft strebende Ideologie war und ist. Überall dort, wo der Islam Fuß gefasst hat, hat er alle angestammten Kulturen und Religionen auf Dauer an den Rand gedrängt oder beseitigt.

Vural Öger, von 2004 bis 2009 für die deutsche SPD im Europaparlament, hat Folgendes von sich gegeben: „Das, was Kamuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.“ Und der ehemalige Vorsitzende der islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Mehmet Sabri Erbakan, sagte: „Die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan.“

Es gibt Muslime, die bei „ausgeschalteter Kamera“ vorgeben, moderat zu sein. Damit sie aber nicht völlig isoliert werden, heulen sie weiter mit den Wölfen. Auch jene Muslime, die im Zusammenhang mit dem Putsch bereits verhaftet oder weiterhin gejagt werden, bleiben ihrem Glauben in vollem Umfang treu.

Zum moderaten Islam hat Türkeis Präsident Erdogan 2007 Folgendes gesagt. „Diese Bezeichnungen sind sehr hässlich, es ist anstößig und eine Beleidigung unserer Religion. Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich.“ **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Ein Lukendeckel

Zu: Die große Ablenkung (Nr. 33)

Wenn die AfD vor der Bundestagswahl wieder in die erfolgreiche Überholspur zurückkommen will, dann muss sie bei aller guten Bildung, die bei ihr zu finden ist, erst mal von den Krähen lernen. Sonst kommt sie dahin, wo (Bernd) Lu(c)ke ist, dann ist sie nur noch ein klappernder Lukendeckel. Die AfD muss lernen: Intelligenz schützt vor Dummheit nicht. **Ernst Reiner Langenfeld, Wuppertal**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Blühende Landschaften

Flora in Höchstform – Nach dem verregneten Sommer läuft jetzt der Endspurt bei der Internationalen Gartenausstellung in Berlin

Plattenbauten, Arbeits- und Perspektivlosigkeit – der Berliner Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf hat nicht den besten Ruf. Doch viele Einwohner widersprechen diesem Klischeedenken vehement. Sie sind stolz auf ihren Kiez und vor allem auch auf die Internationale Gartenausstellung (IGA), die seit April Besucher aus aller Welt in ihren Bann zieht.

„Diese Pracht müssen Sie sich unbedingt ansehen", erzählt mir eine Frau in der U-Bahnlinie 5 auf meine Frage, wo genau ich denn austeigen müsse, und fügt hinzu: „U-Bahnhof Kienberg, früher Neue Grottkauer Straße. Wenn ich die Zeit hätte, würde ich jeden Tag auf der IGA sein." Dann rät sie mir noch, erst einmal mit der Seilbahn übers Gelände zu schweben, um einen Eindruck zu bekommen.

Das mache ich auch. Knapp fünf Minuten schweben die 65 Gondeln mit Blick auf Eigenheime und die einst größte Plattenbausiedung der DDR über das 104 Hektar große IGA-Gelände im Osten Berlins. Doch ich steige an der Mittelstation Kienberg aus, um noch mehr Panoramablick zu erhaschen – auf der Aussichtsplattform Wolkenhain. Sie soll einer schwebenden Wolke nachempfunden sein. Rund 90 Stufen sind es hinauf. Wem das zu mühsam ist, der steigt in den Lift.

Oben angekommen, stehe ich 119,54 Meter über dem Meeresspiegel. Für Berliner Verhältnisse gar nicht so schlecht. Immerhin überragt der Wolkenhain damit die Müggelberge um etwa fünf Meter. Und der Blick auf Berlins höchste natürliche Erhebung ist ebenso phänomenal wie der Blick auf die Silhouette der Stadt mit dem Fernsehturm in Mitte und ins brandenburgische Umland.

Allerdings suchen viele Schaulustige vergebens nach Aussichtspunkt-Hinweisen. Einige stehen zwar auf dem Fußboden des 90 Meter langen Rundgangs, werden aber dort kaum wahrgenommen, ebenso wie die Informationen zur Plattform selbst. So wird die spektakuläre Konstruktion von 15 Stahlstützen getragen, 200 Tonnen Stahl wurden verbaut, 170 Stahlknoten halten die Verstrebungen zusammen, und umhüllt wird die Plattform von 750 Quadratmetern lichtdurchlässiger Membran.

Ein Ehepaar aus Nordrhein-Westfalen bekommt „Seh-Hilfe" von einem Besucher aus Brandenburg. „Da hinten sehen Sie das Zementwerk Rüdersdorf, da bin ich zu Hause", sagt er und gibt gleich noch ein paar Ausflugs-Tipps. „Machen sie mal eine Jeeptour durch den Kalktagebau in Rüdersdorf und schauen Sie sich die Film-Ausstellung im Woltersdorfer Aussichtsturm an. Der Ort war nämlich vor 100 Jahren mal so was wie Hollywood."


Wolkenhain über Berlin: Gute Aussichten auf die IGA und auf Marzahn Bild: Dominik Butzmann

Mich aber zieht es vom Wolkenhain in die Gärten der Welt. Sie sind der IGA-Publikumsrenner. Denn wo kann man schon an einem Tag durch einen chinesischen, japanischen, koreanischen, balinesischen, orientalischen und italienischen Garten spazieren? Die Geschichte der Gärten der Welt reicht zurück bis ins Jahr 1987. Zum 750. Stadtjubiläum wurden sie als Berliner Gartenschau eröffnet. 1991 wurde daraus der Erholungspark Marzahn, und seit Eröffnung des Chinesischen Gartens im Oktober 2000 heißt der Park Gärten der Welt. Mit der IGA neu hinzugekommen ist ein englischer Garten aus Hekken, Mauern, Rosen und Kräutern, Taubenturm, reetgedecktem Cottage und natürlich typisch englischem Rasen.

Nebenan weiden Coburger Fuchsschafe und ostpreußische Skudden. Die Schafe haben sich vor der Sonne unter einem schattigen Dach versteckt, was ihnen viele IGA-Besucher gleichtun, denn zum Entspannen und Ausruhen bietet das Gartenareal viel Raum. Unter Bäumen und Sonnensegeln stehen Stühle und Liegen, und so manche Familie macht Picknick auf der Wiese. Bei den happigen Eintrittspreisen (20 Euro je Erwachsener, 5 Euro fürs Kind ab sieben Jahren), 3,50 Euro für eine Bratwurst und drei Euro für eine Limo ist das eine durchaus verständliche Alternative.

Ein älteres Ehepaar aus Berlin-Rudow erzählt, dass es mit seiner Enkelin trotzdem schon zum dritten Mal die IGA besucht. Es sei so erholsam, und Kinder hätten viel Freiraum zum Toben. Besonders vom Wasserspielplatz „Konrads Reise in die Südsee" sei die Kleine nicht wegzubekommen. Auch nicht von der Naturrodelbahn am Kienberg. Mit bis zu 40 Stundenkilometer geht es dort 500 Meter hinab ins Tal. Allerdings ist die Tour nicht kostenlos. Hier müssen Erwachsene 3 Euro, Kinder von sechs bis 14 Jahren 2 Euro zahlen. Aber das tollste Erlebnis für Enkeltochter Maria war ein Frosch, den sie behutsam auf einem Blatt vom Spazierweg zurück zu einem Seerosenteich getragen hat.

Die Großeltern wiederum sind begeistert vom vielen Grün und der wunderschönen Pflanzenpracht. Kein Wunder, ist doch das Motto der Gartenausstellung „Ein Meer aus Farben". Und das ist sie wirklich! Je nach Jahreszeit blüht und leuchtet es auf dem 104 Hektar großen Gelände anders. Momentan lassen die Gärtner den Herbst einziehen, sowohl im Freien als auch in der Blumenhalle, wo sich das Blumenmeer wöchentlich ändert und sich Gärtner aus allen Bundesländern präsentieren. Tipps für den heimischen Garten gibt es gleich nebenan im i-Punkt-Grün an der Seilbahnstation Gärten der Welt.

Nach rund fünf Stunden bin ich platt von der Fülle an Eindrücken und beschließe, trotz langer Warteschlange mit der Seilbahn zum Kienbergpark zurückzuschweben. Doch es geht zügig voran. Hinter mir sagt ein Vater zu seinem Sohn: „Das geht ja hier schneller als vorhin an der Bratwurstbude". Ich muss schmunzeln, und als ich


Alles wächst und gedeiht: Blumenhalle auf der IGA Bild: ba

einen Platz in einer Gondel ergattert habe, entscheide ich mich kurzerhand, doch wieder auf dem Kienberg auszusteigen – um fernab vom Trubel in den Gärten der Welt ganz in Ruhe durch die ursprüngliche Natur der IGA-Areale Kienbaum und Wuhletal zu spazieren und den Tag auf der Gartenausstellung entspannt ausklingen zu lassen.

Am 15. Oktober schließt die IGA ihre Pforten. Rund zwei Millionen Besucher sollen dann die Gartenausstellung besucht haben. Bisher sind es rund 1,2 Millionen. Bleibt zu hoffen, dass ein goldener Herbst den Endspurt der IGA bestimmt. *Barbara Eising*

Internet: www.iga-berlin-2017.de

Grüner Hut fürs Haus

Hübsche Alternative zu Solarkollektoren: Die Natur auf dem Dach des Wohnhauses

Eines der antiken Sieben Weltwunder waren „Die hängenden Gärten der Semiramis" in Babylon. Heute kommen sie wieder in Mode: Begrünte Dächer. Häuser mit „grünem Hut" sammeln Regenwasser, wobei 50 bis 90 Prozent des Niederschlags gespeichert werden. Dagegen speichern mit Teer und Beton versiegelte Flächen kein Wasser, sodass der Regen schnurstracks in Kanäle und Flüsse abfließt. Gründächer vermindern die Abwasserspitzen und damit die Hochwassergefahr.

Gründächer bieten auch Ausgleich für verlorengegangene Grünflächen, binden Staub und Schadstoffe. Außerdem schlucken sie Lärm. In heißen Sommern bleiben die Räume etwas kühler, weil das bepflanzte Dach die Hitze besser abschirmt. Außerdem schützt das Pflanzenpolster die Dachabdichtung vor UV-Strahlung.

Ob flach, rund oder schräg, heutzutage lassen sich viele Dächer begrünen. „Derzeit wird etwa jedes siebte Flachdach begrünt, das neu gebaut oder saniert wird", schätzt Wolfgang Ansel vom Deutschen Dachgärtner Verband (DDV). Die Begrünung erfolgt nicht immer freiwillig. Vor allem in Ballungsgebieten mit hoher Versiegelungsdichte wie dem Ruhrgebiet oder dem mittleren Neckar-Raum ist Dachbegrünung in Bebauungsplänen vorgeschrieben. Der Verband sieht noch viel Potenzial in Deutschland: Etwa zwei Milliarden Quadratmeter Flachdächer seien unbegrünt. Die brachliegende Fläche sei zehnfach größer als der Nationalpark „Bayerischer Wald".

Wer sein Dach begrünt, hat die Wahl zwischen intensiver Begrünung, zum Beispiel einem japanischen Garten, und extensiver Begrünung mit einer anspruchslosen, niedrigwüchsigen Bepflanzung. Extensiv heißt: Alles wächst von allein. Nur in der ersten Saison kümmert man sich um Bewässerung. „Später reichen ein bis zwei Pflegegänge pro Jahr, um unerwünschten Fremdwuchs zu entfernen", sagt Ansel. Vor allem Pioniergehölze sollten entfernt werden. Ansel: „Schließlich wachsen Pappeln oder Birken zwei Meter im Jahr."


Grüne Mini-Lunge: Häuser mit Dachgärten in Berlin Bild: Imago

Nicht nur für Flachdächer kommt eine Begrünung in Frage, auch für leicht geneigte Dächer. Dabei können bis zu einer Dachneigung von 15 Grad normale Begrünungssysteme für Flachdächer verwendet werden. Ob Flach- oder Schrägdach: Die Statik des Hauses sollte man nicht überstrapazieren. Jeder Quadratmeter Dachgrün bedeutet eine Zusatzlast von 80 bis 100 Kilogramm. Was ein Dach verträgt, wissen Statiker und Architekten.

„Gegen kleine Gehölzgruppen in Kübeln gibt es keine Einwände, zumal Dachgärten und Balkone problemlos mit etwa 250 Kilogramm pro Quadratmeter belastbar sind", schreibt Dachpflanzen-Experte Peter Himmelhuber in seinem Ratgeber „Selbst Fassaden und Dächer begrünen". Sattel- und Pultdächer hingegen vertragen „nur die Belastung mit krautigen Pflanzen, die wenig Substrat zum Wachsen brauchen".

Der Vegetationsaufbau extensiven Dachgrüns ist einfach. Zunächst wird eine nährstoffarme, mineralische Substratschicht aufgebracht. Die Aufbauhöhe beträgt acht bis 15 Zentimeter. Gepflanzt werden anspruchslose, niedrigwüchsige Pflanzengesellschaften, und zwar verschiedenfarbig blühende Sedumarten, die das Substrat schnell durchwurzeln. Ideal sind robuste Pflanzen, die große Wassermengen speichern.

Eine alternative Bepflanzung erlauben vorkultivierte Vegetationsmatten mit jungen Sedumpflanzen. Bei schwierigen Dachformen wie Tonnendächern bieten die Matten Abrutschsicherheit. Matten auf Flachdächern sieht Dachgrün-Experte Ansel aber skeptisch: „Die Matten sind sehr teuer. Weil dann oft am Substrat und Unterbau gespart wird, sind sie schnell hinüber."

Problematisch wird es, wenn durch das Wurzelwerk in der Dachhaut ein Leck entsteht. Dann muss die über Jahre gewachsene Vegetation abgetragen werden, um die Schadensstelle zu finden. „Eine solche Durchwurzelung verhindert man mit einer Wurzelschutzfolie", sagt Dachgärtner Ansel. Ohne Folie darf ein Dach nicht begrünt werden.

Die Kosten extensiver Begrünung liegen bei 30 bis 60 Euro je Quadratmeter. 40 Jahre sollte solch eine Bepflanzung halten. Weit teurer kommen Nutz- und Freizeitgärten auf dem Dach. Hier ist mit 100 bis 200 Euro pro Quadratmeter zu rechnen. *Kai Althoetmar*

Etwas EigenARTiges

Kreativ-Markt tourt durch Deutschland

Handgemachtes ist selten so perfekt und günstig wie industrielle Massenware, hat dafür aber andere Vorzüge. Etwa den der Individualität und Erlesenheit. Daher werden Handwerker-Märkte immer beliebter. Ein Beispiel ist die Kreativmesse „Deine eigenART", die am 23. und 24. September in Braunschweig ihre bundesweite Herbsttour startet. An 18 Standorten in Deutschland wird es wieder jede Menge handgemachte Mode und Designerstücke zu begutachten und zu kaufen geben.

Für Liebhaber von selbstgemachten Produkten ist „Deine eigenART" ein ganz besonderer Marktplatz. Neben vielen selbstgemachten Angeboten von Schmuck-Accessoires, Uhren oder Möbeln und anderen Kunstfertigkeiten wird es im Herbst auch vermehrt Designerstücke geben. Im Modebereich ist dies bereits gelungen, denn schon seit mehr als einem Jahr arbeitet „Deine eigenART" mit einer Mode-Plattform zusammen und präsentiert Kollektionen von Jungdesignern. Gesetzt wird dabei auf nachhaltige, bewusste Mode, die im Gegensatz zur schnelllebigen Massenware steht. Hier finden individuelle und qualitätsbewusste Modeliebhaber bezahlbare Designerware, die nicht von der Stange ist.

Viel Handwerk »Deine eigenArt«

Der Veranstalter von „Deine eigenART", Ingo Müller-Dormann, kommt damit der großen Nachfrage nach Individualität entgegen: „Ich denke, es gibt ein großes Bedürfnis nach Authentizität, Echtheit und Unverfälschtheit von Produkten." Die Kunden sehnten sich nach etwas Einzigartigem, das nicht von der Stange ist. „Außerdem", so Müller-Dormann, „möchten die Besucher wissen, wie die Produkte hergestellt wurden und Kleidung selbst aus- und anprobieren können".

Damit auch das leibliche Wohl nicht zu kurz kommt, lädt „Deine eigenART" die Besucher zu vielen selbstgemachten Köstlichkeiten ein. Dabei kann man auch das sogenannte „Craft Beer", Bier aus eigener Herstellung von kleinen Privatbrauereien, probieren.

Nach dem Auftakt in der Braunschweiger Milleniumhalle wird der Kreativmarkt in folgenden Städten fortgesetzt: Nürnberg (1.10., Löwensaal), Potsdam (8.10., Waschhaus), Regensburg (8.10., Airport Eventhall), Berlin (15.10., Orangerie Schloss Charlottenburg), Bielefeld (22.10., Stadthalle), Kiel (29.10., Halle400) und Münster (29.10., Jovel). Am 11. und 12. September ist „Deine eigenART" unter dem Motto „kreativ.essen" auf Nordrhein-Westfalens größter Verbrauchermesse „Mode Heim Handwerk" in Essen zu Gast. Weitere Termine bis ins nächste Jahr hinein finden sich auf der Internetseite www.deine-eigenart.de. *H. Tews*

Alexander von Humboldt und das Zusammenfügen der Welt

Uns ist es heute geläufig, dass ökonomische Entscheidungen auch ökologische Folgen haben, dass auch exakteste Wissenschaft nicht ohne Philosophie auskommt und in der Natur, wie überall, alles mit allem zusammenhängt. Das war nicht immer so. Nachdem die Aufklärung die Natur und den Menschen zergliederte, sezierte und dekonstruierte, sah das 19. Jahrhundert im rastlosen Vermessen den goldenen Weg zur Erkenntnis. Es war Alexander von Humboldt (1769–1859), der hier neue Wege bahnte und viele nachfolgende Erkenntnisse überhaupt möglich machte.

Die englische Historikerin Andrea Wulf, die sich schon mit der Studie „The Brother Gardeners" einen Namen gemacht hat, hat mit „Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur" nun eine elegante Biografie dieses Ausnahmegelehrten vorgelegt, die komprimierte Information spannend wie einen Abenteuerroman präsentiert. Und abenteuerlich war Humboldts Leben allemal.

Nach einem Studium an der Bergakademie Freiberg, das er in einem knappen Jahr absolvierte, inspizierte er in Preußen Bergwerke und traf daneben wissenschaftliche Freunde. Als die ungeliebte Mutter starb, verschaffte dies Alexander und seinem Bruder Wilhelm eine opulente Erbschaft, die Alexander in Stand setzte, seinen lang gehegten Traum umzusetzen: eine Expedition in ferne Länder. Aber wohin? Europa lag in Revolutionswirren und Kriegen, die erstmalig ihren Ausgang in der Aufteilung der Welt in Übersee nahmen. Das Reisen in die Kolonien andererseits musste von höchsten Stellen legitimiert werden. Schließlich erteilte der spanische König von Humboldt die erhoffte Erlaubnis.

Der Forscher, der sich sorgfältig vorbereitet und vom Gebrauch des Sextanten und meteorologischer Instrumente bis zum botanischen Zeichnen alles Nötige selbst beigebracht hatte, schiffte sich nach Neu-Granada ein, das heutige Venezuela, gefolgt von Kolumbien und Peru.

Elegante Biografie des Gelehrten

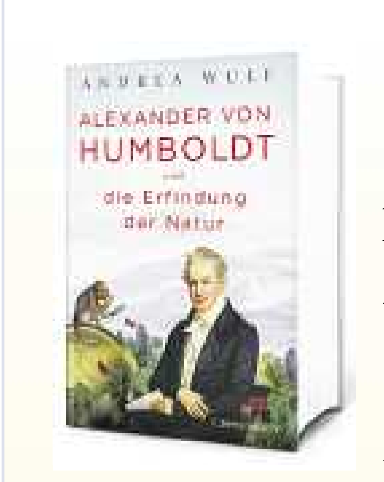
Allein die Besteigung und Vermessung des Chimborazo, der damals als höchster Berg der Welt galt, liest sich packend, da sich ohne Bergschuhe oder Goretex diese Begehung höchst strapaziös gestaltete. Auf dem Heimweg machte von Humboldt Station bei der amerikanischen Legende Thomas Jefferson und versorgte den Politiker mit einem „Schatz an Informationen", wie dieser an einen Freund schrieb. Hintergrund waren die aufkommenden Auseinandersetzungen zwischen den jungen USA und der spanischen Krone über die Grenzziehungen zwischen Mexiko und den USA. Im Feuer stand ein riesiges und mit unklaren topografischen Karten nur vage erfasstes Gebiet. Von Humboldt handelte als unparteiischer Wissenschaftler, düpierte damit aber letztlich den spanischen König.

Nach seiner Lateinamerika-Expedition avancierte der Gelehrte endgültig zum Star der zeitgenössischen Wissenschaft, der vorzugsweise in Paris residierte, sich vom preußischen König alimentieren ließ, es aber es zum Verdruss seines Bruders unterließ, sich in Berlin niederzulassen. Eine weitere große Forschungsreise führte von Humboldt durch Russland. Langjährige Bemühungen, von der Ostindischen Handelskompanie eine Reiseerlaubnis für Indien zu erlangen, um den Himalaya zu erforschen, scheiterten.

Im gesetzten Alter war von Humboldt ein gern besuchtes Vorbild, der großzügig wissenschaftliche Vorhaben unterstützte und gewissenhaft Tausende von Briefen persönlich beantwortete.

Abgerundet wird das Buch durch Skizzierung des Weiterwirkens der von Humboldt'schen Ideen bei einer jüngeren Generation bedeutender Gelehrter wie Charles Darwin, Ernst Haeckel, John Muir – dem „Vater der amerikanischen National-Parks" – oder dem großen Naturfreund Henry David Thoreau. Eine interessante Randnotiz der Biografin: Als die USA 1917 mit ihrem Kriegsbeitritt den europäischen Krieg zum Weltkrieg machten, kam es in Cleveland und andernorts zu antideutschen Ausschreitungen und Bücherverbrennungen deutscher Autoren, damit auch der Bücher von Humboldts. Da war längst vergessen, dass Präsident Jefferson nicht nur Tischgespräche mit diesem geführt, sondern über Jahre hinweg Briefe getauscht hatte. Ein rundum lesenswertes Buch.

Nike U. Breyer



***Andrea Wulf: „Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur"**, Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2016, gebunden, 556 Seiten, 24,99 Euro*

Opulent und virtuos

Um es gleich vorwegzunehmen: Michail Schischkins Roman „Die Eroberung von Ismail" ist keine leichte Kost, wenngleich der Stil von einer virtuosen Sprachgewalt geprägt ist.

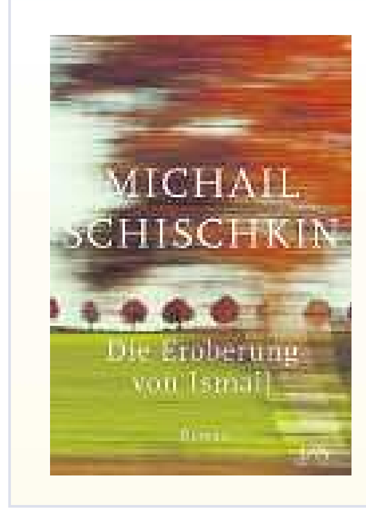
Ausgehend vom Provinzadvokat Alexander Wassiljewitsch, der seinen Lebenslauf für das Kompendium der Gerichtsrede schreiben soll, entwickelt Schischkin eine Abrechnung nicht nur mit Russland und seiner Geschichte, sondern mit dem Menschen. Im Verlauf der Erzählung fließen Tausende Zitate aus der Weltliteratur mit ein, vor allem aber aus Tolstojs „Auferstehung" und Dostojewskijs „Verbrechen und Strafe" (in Deutschland bekannt als „Schuld und Sühne"). Wassiljewitsch ist ein Anwalt der Erniedrigten und Beleidigten. Seine Überlegungen zu Schuld und Unschuld der Täter erinnern an Dostojewskijs Protagonisten Rodion Romanowitsch Raskolnikow.

Abrechnung mit Russland

Zwischen die Geschichten der Frauen Olga, Katja, Mascha und Larissa mischen sich immer wieder autobiografische Elemente des jungen Moskauer Linguisten und Deutschlehrers Michail Schischkin. Ihre Erlebnisse werden in einer Fülle von Stilen, Erzählstimmen und -zeiten erzählt. Archaisches wird in der deutschen Übersetzung in Frühneuhochdeutsch wiedergegeben, was den Lesefluss zuweilen stört.

Der Originalroman entstand Mitte der 90er Jahre, einer Umbruchzeit in Russland, die für Schischkin, der heute in der Schweiz lebt, zugleich eine Phase des Abschieds war. Obwohl Schischkin sich regimekritisch äußert, haben seine Werke in Russland renommierte Literaturpreise abgeräumt. Hochachtung gilt dem Übersetzer Andreas Tretner, der das virtuose Sprachfeuerwerk auf äußerst gelungene Weise ins Deutsche übertragen hat.

Manuela Rosenthal-Kappi



***Michail Schischkin: „Die Eroberung von Ismail"**, DVA, München 2017, gebunden, 512 Seiten, 26,99 Euro*

Der große Gartenkünstler Peter Joseph Lenné als Mensch gesehen

Allein wegen seines schönen Namens könnte der Autor ein Zeitgenosse Peter Joseph Lennés gewesen sein. Beruflich ist er dem wohl bedeutendsten Gartenkünstler Deutschlands aber ganz sicher dicht auf den Fersen. Clemens Alexander Wimmer zählt nämlich zu den renommiertesten Gartenhistorikern und Denkmalpflegern des Landes, der selbst als Gartenplaner tätig ist und Gutachten und Pläne für bekannte historische Anlagen wie die Schlossparks Charlottenburg und Bellevue in Berlin erstellt.

In seinem Buch zum Jubiläumsjahr Lennés 2016 „Der Gartenkünstler Peter Joseph Lenné. Eine Karriere am preußischen Hof" geht es dem Autor nicht vorrangig um Lennés umfangreiches Werk und Schaffen, sondern eher um eine Annäherung an die Person des großen Gartenkünstlers. Seine Ziele und die Beziehung zu Mitmenschen werden beleuchtet.

Da Wimmer, wie er selbst sagt, unweit von Lennés Wirkungsstätte lebt und täglich Wege betritt, die auch er einst ging, findet sein Abendspaziergang oft den Bornstedter Kirchhof bei Potsdam in Sanssouci als Ziel. Hier, wo Lenné seine letzte Ruhestätte fand, versucht der Autor dem einstigen königlichen General-Gartendirektor immer wieder nahezukommen.

Peter Joseph Lenné (1789–1866), der in Deutschland als größter Gartenkünstler aller Zeiten gilt, ist als Person nicht ganz einfach zu fassen. Angaben, die Lenné selbst in seiner Autobiografie von 1853 machte, können so nicht stimmen. So behauptet der große Gartengestalter, dass er „die Gymnasialstudien in seiner Vaterstadt absolvierte".

Wimmer meint, dass diese Aussage fragwürdig sei, weil er gleichzeitig eine Gärtnerlehre beim Vater gemacht haben wollte und für den Gärtnerberuf der Gymnasiums-Besuch entbehrlich gewesen sei. Untermauert wird diese Annahme auch dadurch, dass der kleine Peter in den Schülerlisten des Gymnasiums nicht verzeichnet war und sich später die Tochter des Potsdamer Gartendirektors, Karoline Schulze, über Lennés mangelnde Lateinkenntnisse mokierte. Ein Bildungsdefizit, so der Autor, sei bei Lenné nicht von der Hand zu weisen, was sich auch in mangelhaften Rechtschreibkenntnissen zeigte.

Ungereimte Angaben zur eigenen Biografie

Wie dem auch sei: Lennés Kindheit und Jugend in Bonn war geprägt von den politischen Umschwüngen im Nachbarland Frankreich. Vierjährig erlebte der Junge die Besetzung Bonns durch die Franzosen, beim Sturz Napoleons war er 24. „In diesen 20 Jahren war die Existenzangst ständiger Begleiter der Familie. Leib und Gut waren fortwährend bedroht", so der Autor. Durch eingeschleppte Seuchen der Soldaten bekam der Junge eine schwere Pockenerkrankung, die ihn Zeit seines Lebens zeichnete.

Nie hat Lenné seinen rheinischen Dialekt abgelegt und ist seiner Heimat sprachlich stets treu geblieben. Wimmer zeichnet das Bild eines Menschen vor dem Hintergrund einer bewegten Epoche in so anschaulicher Weise, dass man für eine gewisse Zeit gedanklich ins 19. Jahrhundert abtaucht, um dort den Lebensweg einer Legende zu begleiten. Sehr lesenswert!

Silvia Friedrich



***Clemens Alexander Wimmer: „Der Gartenkünstler Peter Joseph Lenné. Eine Karriere am preußischen Hof"**, Verlag Lambert Schneider, Darmstadt 2016, gebunden, 224 Seiten, 29,95 Euro*

Der Historiker Philipp Blom sieht die Entstehung der Welt in der »Kleinen Eiszeit«

Historiker haben ein Höchstmaß an wissenschaftlicher Freiheit, denn so vielfältig ist das Geschehen und so unerschöpflich sind die Quellen. Die Versuchung ist groß, die Bestätigung der eigenen vorgefassten Meinung zu Papier zu bringen. Philipp Blom hatte die Idee, die Kleine Eiszeit mit ihren Wetterkapriolen zum „Kulturfaktor" zu erheben, dem die moderne Welt ihre Entstehung verdanke. Im Eifer des Gefechts vergaß er sein eigenes Urteil, dass „nur sehr wenig direkt und kausal aus einem einzigen Grund wie dem Temperatursturz zwischen der mittelalterlichen Warmperiode und der sogenannten Kleinen Eiszeit hergeleitet werden" könne. Wenige Zeilen später weicht er davon ab und spricht von „einer kausalen Kette von Ereignissen", die zu unserer Gegenwart geführt haben.

Blom beginnt damit, dass er die „Kleine Eiszeit", deren Dauer allgemein von 1300 bis 1850 angegeben wird, auf die Zeit von „1570 bis 1700" reduziert. Wenn auch die Ursachen der Kleinen Eiszeit weiter unklar sind, so vermutet man ihn im Rückgang der Sonnenflecken.

Der Hauptteil des Buches gliedert sich in die Kapitel „Gott hat uns verlassen – Europa 1570–1600", „Das eherne Zeitalter" und „Über Kometen und andere Himmelslichter". Die Fakten sind interessant, so wie der Hinweis, dass von 1400 bis 1550 die Themse fünf und bis 1700 zwölf Mal zugefroren war. Natürlich nahmen sich auch die Geister der Zeit wie Shakespeare oder Francis Bacon der „Wechselhaftigkeit des Wetters" an, zumal schlechte Ernten und Hunger zu sozialen Unruhen führten. Die „offizielle Interpretation natürlicher Ereignisse" lag in den Händen von Theologen, um „Gottes strafende Gerechtigkeit" zu erkennen.

Außenseiterfiguren erregten immer stärker die Aufmerksamkeit des Publikums: „Heilsbringer und Scharlatane, Hexen und Okkultisten zogen enormes Interesse auf sich." Die englische Königin Elisabeth I. und der Habsburger Kaiser Rudolf II. zogen Magier zu Rate.

Wurden Unwetter als „Ausdruck des göttlichen Willens verstanden", so begannen die astronomischen Theorien von Copernicus bis Kepler die „biblische Grundlage allen Wissens" zunehmend infrage zu stellen. Als „Schlüsselwerk des säkularen Denkens" bezeichnet Blom die 1417 in einem deutschen Kloster gefundene Schrift „De rerum natura" von Lukrez, einem römischen Philosophen, der die Meinung vertrat: „Alles in der Natur läuft nach ihren eigenen Gesetzen ab, ohne Intervention der Götter." Mit der Renaissance gewannen die „empirische Beobachtung" wie der „Experimentelle Zugang zur Natur" eine immer wichtigere Bedeutung. Der „Doktor Faustus" wurde Mode. Die Folge war „eine stetig wachsende Zahl von Gelehrten, Künstlern, Juristen und Ingenieuren, die auf der Suche nach Jobs und mächtigen Gönnern … ganz Europa durchreisten und überall, wo sie hinkamen, neue Schriften und Ideen hinterließen". Ähnlichkeiten mit dem heutigen Wissenschaftsbetrieb mit der engen Kopplung von Wissenschaft mit Macht und Politik sind nicht von der Hand zu weisen.

***Philipp Blom: „Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700 sowie die Entstehung der modernen Welt, verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart"**, Carl Hanser, Verlag, München 2017, gebunden, 302 Seiten, 24 Euro*

Es ist sehr spannend, dem Autor zu folgen und nachzuvollziehen, wie sich im Laufe der Zeit das „Bild der Welt" veränderte, insbesondere nach Erfindung des Buchdrucks. Man kann aus diesem Buch sehr viel lernen, wenn man eine gewisse kritische Distanz wahrt. Ein entscheidender Satz lautet: „Man kann glauben, was man will, wissen kann man aber nur, was erfahrbar ist."

Und damit macht der Rezensent einen Sprung zum Epilog, in dem Blom die „Bienenfabel" von Mandeville bemüht und meint, die Menschen verhielten sich „wie ein ganzes Volk im nihilistischen Überlebenskampf". Er nennt die modernen politischen Metaphern „Träume, weil sie reine Fiktionen sind, Geschöpfe unserer blühenden Fantasie, die zwar keine Entsprechung in der empirischen Wirklichkeit haben, als leitende Ideale und als kulturelle Intuition aber Wirklichkeit schaffen".

Auch er selbst verfällt dem autoritären Traum vom „Klimaschutz", wissend, dass „Klima" keine „empirische Wirklichkeit" hat, sondern erst mühsam von der Wirklichkeit Wetter abgeleitet werden muss. Wenn er einen „Transformationsdruck" ob des „Klimawandels" verspürt, dann verwechselt er die natürliche mit der sozialen Wirklichkeit. Auch kluge Historiker können irren.

W. Thüne



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.
Nr. P 533193 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Christian Graf von Krockow
Die Stunde der Frauen
Bericht aus Pommern 1944–1947
Im Sommer 1944 und fast wie im Frieden noch einmal ein großes Fest: Hochzeit im pommerschen Gutshaus. Doch schon wachsen die Schatten, der Zusammenbruch deutscher Herrschaft zeichnet sich ab; eine dramatische Geschichte beginnt. Christian Graf von Krockow berichtet sie nach der Erzählung seiner Schwester Libussa Fritz-Krockow. Der Triumph und die Rache der Sieger, der Untergang einer alten Lebensordnung in Feuer und Blut: Von schrecklichen Dingen ist die Rede, von der Kehrseite des Menschlichen. Aber indem wir erfahren, was wir einander antun können, entdecken wir zugleich, welche Kräfte wir haben, um das Menschliche zu retten. Vor seinem düsteren Hintergrund erzählt dieses Buch von Mitgefühl und vom Mut, von der Besonnenheit und der Energie zum Handeln. In dieser Zeit schlägt die Stunde der Frauen; sie sind es, die das Leben retten. Von dieser Erfahrung erzählt das Buch in seiner zweiten, seiner in Wahrheit zentralen Geschichte. 248 Seiten
Nr. P 533187 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen", das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



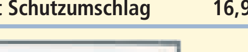
Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen
Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Es gab dort polnische und deutsche Dörfer, polnische und deutsche Bauern und Gutsherrn, die sich mit ihren Arbeitern in der jeweils anderen Sprache verständigen mussten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat. 320 Seiten
Nr. P 533183 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

Camilla von Stackelberg
Verwehte Blätter
Erinnerungen aus dem Baltikum
Camilla von Stackelberg erzählt aus ihrem Leben und umspannt dabei die letzten vierzig Jahre deutsch-baltischer Geschichte von der Jahrhundertwende bis zu der Besetzung der eigenständigen Republiken Estland und Lettland durch die Sowjetunion Ende 1939 und der Umsiedlung der Baltendeutschen. In ihren Berichten über ihr wechselvolles Leben, das sie in Riga und Reval führte, und von den harten Zeiten der Flucht, Rückkehr und Vertreibung, entsteht das lebendige Bild einer halb fremden, halb vertrauten Welt. Die Landschaften des Baltikums waren geprägt von einer Mischung der Sphären, in der neben Deutsch auch Russisch gesprochen wurde. Man lebte in dem Gefühl, an den Grenzen des Kontinents zu stehen. Mit Skepsis blickte man auf die westliche Hemisphäre mit ihren Moden und ihrer Politik. Und doch ist fast alles europäisch an dieser Lebensweise: die Badeorte mit ihren Musikpavillons und der Rhythmus der großen und kleineren Feiern, die das gesellschaftliche Leben der Baltendeutschen prägte. „Verwehte Blätter" ist ein spannendes Stück gelebter Geschichte – ein fesselndes geschichtliches Porträt Alt-Livlands, Estlands und der Deutschbalten im vergangenen Jahrhundert. 360 Seiten
Nr. P 533188 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

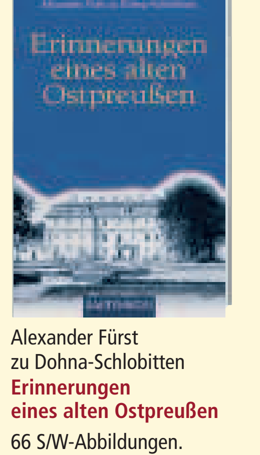


Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß" die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen" eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren ist Ruth Geede die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebt und arbeitet heute in Hamburg. 176 Seiten.
Nr. P 533191 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €





Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
Ostpreußische Landschaften, Städte und ihre Menschen im Jahres- und Lebenslauf werden in diesem Band liebevoll porträtiert. In berührender Sprache lässt uns Agnes Miegel an dem Jahreskreis der Feste, dem Lauf der Jahreszeiten mit ihren Besonderheiten, dem Alltagsleben und den Alltagsnöten von Alt und Jung teilnehmen. Sie versteht es meisterhaft, mit ihren Erzählungen ebenso die Wärme und Geborgenheit in einer Familie, wie auch Kummer, tiefe Trauer und Heimweh oder auch liebevolle Landschafts-, Tier- und Blumenbeschreibungen zu vermitteln. Vor dem Leser steigt das lebendig gewordene, geliebte Heimatland der Dichterin in farbigen Bildern auf. Der berührende Band endet mit einer ergreifenden Totenklage über ihr geliebtes Ostpreußen, dargestellt in einigen Gedichten. Die die Erzählungen begleitenden Illustrationen in diesem Buch stammen von der bekannten masurischen Künstlerin Anneliese Plangger-Popp, die mit zahlreichen Holzstichen und Holz- und Linolschnitten die Stimmungen der ostpreußischen Landschaften beschwört. Agnes Miegel wurde 1879 in Königsberg geboren und gilt als die größte Dichterin Ostpreußens im 20. Jahrhundert. 224 Seiten
Nr. P 533194 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €




Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Brigitte Hansen
Sage nie, das kann ich nicht
Als Kind in den Ruinen von Danzig und Stettin
Brigitte Hansen, 1931 geboren, verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Stettin. Aus beruflichen Gründen siedelte die Familie 1940 nach Danzig um. 1944 ging sie mit Mutter und Schwester zu einer Tante nach Zollbrück, das ihnen sicherer erschien. Mit Herannahen der russischen Front gelang der Schicksalsgemeinschaft, bestehend aus den Frauen mit Kindern und Enkelkindern die Flucht nach Danzig. Hier erlebten Sie nach schweren Gefechten die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Entbehrungen, Plünderungen, Krankheiten sowie die ständigen Übergriffe durch russische Soldaten mussten ertragen werden. Die Suche nach Nahrung und Trinkwasser bestimmte den Tagesablauf. Ab Mai 1945 von der russi schen Armee aus Danzig ausgewiesen, führte der Weg der Fami lie über Zollbrück und Stettin in die britische Besatzungszone, wo sie sich ab 1946 ein neues Leben aufbauten. Viele Jahre nach den schrecklichen Geschehnissen in Pommern hat Brigitte Hansen ihre Erlebnisse niedergeschrieben. Sie legt damit ein Zeugnis von zeitgeschichtlicher Bedeutung ab, das als eindrückliches Beispiel für das Schicksal der deutschen Vertriebenen aus den Ostgebieten steht. 136 Seiten
Nr. P 533185 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Dr. Horst Wolf
Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944–1947
„Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs." So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten
Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Ruth Geede
Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht
„'O du fröhliche …' sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen". So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie" in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie" zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratäpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallenen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Den Helden des Romans wird kein dauerhaftes Glück zuteil. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist. Mit ihrer fesselnden Erzählweise sorgt Else Stahl für anhaltende Spannung und lässt den Leser in eine längst vergangene Welt eintauchen. 440 Seiten
Nr. P 533186 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Pirinçci muss vor Gericht

Dresden – Der Schriftsteller Akif Pirinçci muss sich ab dem 25. September vor dem Amtsgericht Dresden wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung verantworten. Er soll auf einer Rede vor Pegida-Anhängern von einer „Moslem-Müllhalde“ in Deutschland und von „Umvolkung“ gesprochen sowie Asylsucher als „Invasoren“ und „Schlachter Deutschlands“ bezeichnet haben. Die Zahlung einer Geldstarfe von 11700 Euro lehnte Pirinçci ab. *H.H.*

Deutschland ohne Bunker

Berlin – Seit der Bund 2007 sein früheres Schutzraumkonzept aufgegeben hat, sind 1000 der damals noch 2000 Schutzräume verschwunden. Die übrigen werden als nicht mehr funktionstüchtig angesehen, da sie de facto nicht mehr gewartet werden. 2007 hatten etwa zwei Millionen Menschen Platz in den Bunkern. Über ein flächendeckendes Schutzkonzept verfügte die Bundesrepublik auch im Kalten Krieg nicht. *H.H.*

ZUR PERSON

Trumps Mann für Berlin

Als John Emerson, bisheriger US-Botschafter in Berlin, nach Donald Trumps Wahlsieg seinen Posten verließ, hoffte man im Kanzleramt, die USA würden angesichts der schwierigen Präsidentschaft einen erfahrenen Diplomaten nach Deutschland schicken.

Außenpolitische Erfahrung bringt **Richard Grenell** (51) mit, ob er aber über diplomatisches Geschick verfügt, wird sich zeigen. Als langjähriger Sprecher des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen (2001–2008) und vieler amerikanischer Politiker, darunter dreier Präsidentschaftskandidaten, hat der neue Berliner US-Botschafter außenpolitische Erfahrung sammeln können. Eigenen Angaben zufolge diente er den USA in Zeiten von Turbulenzen, beispielsweise der Terrorismusbekämpfung in Afghanistan und dem Irak, den Verhandlungen über das iranische Atomwaffenprogramm und Nordkoreas Atomwaffentests als Sprecher.

Der Politikwissenschaftler zählt


Bild: imago

zu den Unterstützern des außenpolitischen Kurses von Donald Trump. Er gilt als stockkonservativ, als frommer Christ und als republikanischer Falke. In Diensten George W. Bushs lernte er, einen unbeliebten US-Präsidenten international zu vertreten. Grenell schaffte es, als offen homosexuell Lebender bei den Republikanern aufzusteigen. Wie Trump ist er ein aktiver Twitter-Nutzer. In dessen Lieblingssender „Fox News“ hat er mit polemischen Kommentaren Aufsehen erregt. Seine Aufgabe wird es nun sein, auf dem prestigeträchtigen Botschafter-Posten in Berlin Washingtoner Regierungspositionen den Deutschen und Europäern zu erklären. Da er, wenn es darauf ankommt, progressiv agiert und glühender Anhänger des US-Präsidenten ist, muss man damit rechnen, dass er dessen Botschaften nicht immer diplomatisch vortragen wird. *MRK*



Er kann nichts dafür

Warum Schulz die Schießbudenfigur macht, wieso die Kritik an ihm unfair ist, und wie man seine wahre Politik am besten versteckt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Alle fallen sie über den armen Schulz her. Viel zu nett sei er zur Merkel gewesen in dem „Duell“, habe sich in ihren Dunst aus nichtssagendem Blabla komplett einhüllen lassen. Und außerdem viel zu oft genickt, wenn die Kanzlerin ihre Allgemeinplätze nuschelte. Der Herausforderer hätte kämpfen müssen, richtig kämpfen! Mit harten Bandagen und so!

Ach, wie ungerecht wir sind. Wie soll denn einer plötzlich kämpfen, der mit 61 Jahren noch nie wirklich im Ring gestanden hat? Der arme Tropf war Bürgermeister von Würselen, und zwar in einer Zeit, als die eigentlichen Entscheidungen noch von einem hauptamtlichen Stadtdirektor gefällt wurden, während der Herr Bürgermeister sein goldenes Amtskettchen spazieren trug und „bürgernahe“ Feiertagsreden hielt. Das hat sich in NRW, wie auch in Niedersachsen übrigens, erst vor einigen Jahren geändert. Seitdem küren die Wähler dort einen hauptberuflichen Bürgermeister, der richtig ran muss.

Als Kettchenträger stieg er 1994 ins EU-Parlament auf, wobei er seinen ehrenamtlichen Bürgermeisterposten noch volle vier Jahre beibehielt – was zusätzlich Zeugnis darüber ablegt, wie aufreibend der damals gewesen sein muss.

Bei der EU saß er in einem „Parlament“, in dem sich etwa 80 Prozent der Abgeordneten bei allen wesentlichen Fragen einig sind und ohnehin wenig zu sagen haben. Dort werden einvernehmlich Posten und Pfründen verteilt, wobei der gute Schulz mit dem Präsidentenposten den fettesten Vogel abgeschossen hat.

Was ihm in seiner schönen langen Laufbahn jedoch nie begegnen sollte, das ist der knallharte Kampf um Macht und Ziele, den man „Politik“ nennt. Aber jetzt soll er das auf einmal können? Woher denn? Sein Schlusswort beim „TV-Duell“ glich einer EU-Parlamentsrede von eben jener Schwafeligkeit, die wir von Brüssel gewohnt sind. Dabei legte der SPD-Chef Kunstpausen von solcher Überlänge ein, dass man fürchten musste, der Kandidat habe vor laufender Kamera das Bewusstsein verloren.

Wer also ist schuld an dem Desaster? Schulz jedenfalls nicht, der kann es nicht besser, wie wir gesehen haben. Also die SPD? Kann man auch nicht sagen. Im Grunde war im Willy-Brandt-Haus allen klar, dass man die Merkel diesmal sowieso noch nicht wegbekommt. Der Form halber musste aber irgendein armer Tropf her, der die rote Schießbudenfigur macht und mit der Verantwortung für die Niederlage nach Hause geht, damit die eigentlichen SPD-Parteigranden auch nach dem unvermeidlichen Fiasko am Wahltag kratzerlos weiterglänzen können.

In so eine Falle tappt natürlich bloß jemand, der nicht nur keinen Schimmer vom wirklichen politischen Gemetzel hat. Er muss zudem dermaßen von sich überzeugt sein, dass er glaubt, alles zu können. Martin Schulz erfüllte auch die zweite Anforderung bis aufs I-Tüpfelchen.

> Hinter der Wolke aus »Einzelfällen« soll niemand erkennen können, was wirklich gespielt wird

Erschwerend kommt hinzu, dass Merkel von links kaum angreifbar ist, weil sie jede linke Forderung übernimmt und nicht selten übertrifft. Bei dem TV-Plausch stach das besonders hervor, als die Asylflut zur Sprache kam. Da kämpften beide „Kontrahenten“ Schulter an Schulter darum, die Wahrheit zu verstecken.

Ob es um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ging, die Frage, wie wir die berüchtigten „Gefährder“ loswerden oder was nun mit dem Familiennachzug Hunderttausender Syrer werden soll – die Antwort war bei beiden die immer gleiche: Das müsse man im „Einzelfall“ prüfen.

Man kann jeder politischen Antwort ausweichen, indem man den Komplex in lauter „Einzelfälle“ auflöst, die kein Mensch mehr zu übersehen vermag. Die Frage bleibt allerdings, was das noch mit Politik zu tun hat. Die soll doch die Richtung für das Ganze im Sinne des Staatswohls finden, statt nur daneben zu stehen, während die Ämter in „Einzelfällen“ ersaufen. Haben die die also aufgehört, Politik zu machen?

Keineswegs, sie machen nur eine, die wir nicht sehen sollen. Daher das Gerede von den „Einzelfällen“.

Der ungeübte Schulz ließ uns allerdings ganz kurz hinter die Kulissen schauen. Einen Menschen, so der SPD-Kandidat, der schon länger bei uns weile und „gut integriert“ sei, den solle man sowieso nicht mehr abschieben.

Aha: Es kommt also nur darauf an, das Verfahren um die „Einzelfälle“ möglichst lang hinzuziehen, um irgendwann das Etikett „gut integriert“ auf den Aktendeckel kleben zu können. Dann ist es völlig egal, ob der Betreffende wirklich Flüchtling ist oder Anrecht auf Asyl besitzt, oder ob er sich ohne Papiere aus einer sicheren Region unter Bruch unserer Gesetze eingeschlichen hat – er kann bleiben.

In diesem Sinne machen wir große Fortschritte: 2016 dauerten Asylverfahren im Schnitt noch gut sieben Monate, im ersten Vierteljahr 2017 dagegen zogen sie sich schon 10,4 Monate hin und im zweiten Quartal konnten sie sogar auf 11,7 Monate ausgewalzt werden. Spitzenreiter sind die Fälle aus Kongo-Kinshasa, an denen durchschnittlich fast anderthalb Jahre herumgefummelt wird, bis eine Entscheidung fällt.

Das ist allemal genug Zeit, um einen Hilfsjob in der Kirchengemeinde, die Mitgliedschaft im Fußballklub oder irgendeinen anderen Beweis für „gute Integration“ herbeizuzimmern. Der Kongo könnte so friedlich und demokratisch werden wie die Schweiz. Abgeschoben wird dahin wohl niemand mehr.

Das also verbergen Merkel und Schulz hinter der Wolke von „Einzelfällen“, mit der sie unseren Blick zu trüben trachten. Gerissen, was? Dabei geht es auch viel simpler. Die CDU-Chefin wärmte vergangenen Sonntag ihre alte Behauptung auf, Deutschland könne seine Grenzen ohnehin nicht kontrollieren. Diesmal aber in abgewandelter Form, nämlich mit der vielsagenden Bemerkung, dass unsere Grenze 3000 Kilometer lang sei. Sollte heißen: Zu lang, um effektiv überwacht zu werden. Daher, so Merkels Schlussfolgerung, müsse man den Grenzschutz auf europäischer Ebene organisieren.

Ein Fazit von bestechender Logik: Sind die Außengrenzen der EU etwa kürzer als die Deutschlands? Selbstverständlich nicht. Auch hier ging es wieder nur ums Tarnen und Täuschen. Beim Misslingen nationaler Grenzkontrollen könnte die Kanzlerin nämlich unmittelbar verantwortlich gemacht werden.

Hapert es jedoch in Griechenland, Italien oder sonstwo, kann sie alles auf die dortigen Verantwortlichen schieben und Sätze drechseln wie: „Wir sind mit der Regierung in XY in intensiven Gesprächen, um das Problem einer Lösung näher zu bringen“ oder irgendwas in der Art. Dabei werden die Bundesbürger wieder einmal andachtsvoll zu ihrer großen Kanzlerin aufschauen, wie sie sich überall auf der weiten Welt an den Sorgen der Menschheit abarbeitet.

Nun fallen allerdings nicht alle Deutschen auf solche Winkelzüge herein. Auch aus diesem Grunde hagelte es Kritik an dem harmonischen Auftritt von Merkel und Schulz. Einige Kommentatoren verstiegen sich gar zu dem Resümee, die ganze Show habe nur einem genützt: der AfD.

Die kann sich über mangelnde Wahlkampfhilfe wahrlich nicht beklagen. Nun springt sogar die Nürnberger Stadtverwaltung der Partei zur Seite. Sie will einen Auftritt des AfD-Spitzenkandidaten Gauland verhindern wegen der Sache mit Frau Özoguz und dem Wort „entsorgen“.

Das jetzt, wo längst jeder weiß, dass die Metapher „entsorgen“ in Bezug auf Menschen seit Jahren von allen möglichen Politikern und Medien ganz selbstverständlich verwendet wird. Im Falle von Gauland soll sie aber als Grund herhalten, ihm die Nürnberger Meistersingerhalle zu sperren. Wenn man nicht wüsste, wie knapp der Wahlkampf-Etat einer kleinen, jungen Partei wie der AfD ist, könnte man glauben, Nürnberg hätte Geld von denen bekommen.

MEINUNGEN

Der Autor ***Gerd Buurmann*** *klagt auf seinem Blog „tapferimnirgendwo.com“ (28. August) die Kälte an, mit der* ***Deutschland über deutsche Opfer*** *von Anschlägen wie jenem am Berliner Breitscheidplatz* ***hinweggeht****, während andere Nationen ihren Toten Namen und Gesicht geben:*

„Der Umgang Deutschlands mit den Opfern von Anschlägen ist beschämend. Am 19. Dezember 2016 wurden nicht zwölf Menschen ermordet, sondern Fabrizia di Lorenzo, Lukasz Urban, Sebastian B., Dalia Elyakim, Nada Čižmárová und noch ein Mensch und noch ein Mensch und noch ein Mensch und noch ein Mensch und noch ein Mensch und noch ein Mensch ... Es sind Menschen ohne Gesicht. Sie sind lediglich Teil einer kalten, bürokratischen Zahl: Acht!“

Bei der Frage nach dem Verbleib abgelehnter, ***ausreisepflichtiger Asylbewerber*** *habe sich gezeigt, wie wenig Unterschiede es zwischen* ***Merkel und Schulz*** *gibt, resümiert* ***Stefan Kuzmany*** *das TV-Duell der beiden im „Spiegel“ (4. September):*

„Insbesondere getrieben von dem Sat.1-Moderator Claus Strunz (‚Wann sind diese Leute endlich weg?‘) geriet dieses sogenannte Duell über weite Strecken zu einer Erklärungs- und Rechtfertigungspressekonferenz der Großen Koalition. Alles andere wirkte dann nur noch wie nachgeschoben – wir haben ja leider keine Zeit mehr.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (3. September) stellt ***Benedict Neff*** *dem SPD-Kandidaten nach dem „TV-Duell“ ein* ***verheerendes Zeugnis*** *aus:*

„Schulz war am außerordentlichen SPD-Parteitag mit 100 Prozent von den Genossen gewählt worden. Das war ein hundertprozentiger Irrtum. Er war von allem Anfang an der falsche Kandidat, um Merkel zu schlagen, weil er inhaltlich nahezu ihr Klon ist.“

Josef Kraus *wirft den vier* ***Fragestellern*** *beim „TV-Duell“ vor, viel* ***zu zahm*** *agiert zu haben. Auf „Tichys Einblick“ (4. September) moniert er:*

„Man begnügte sich mit Antworten der Art ‚Diesen Weg werden wir weiterbeschreiten ...‘ oder ‚Daran müssen wir weiterarbeiten ...‘ Stattdessen ein gemeinsames Eindreschen auf (US-Präsident) Trump und natürlich auf (den ungarischen Ministerpräsidenten) Orbán, dem man eigentlich dankbar sein müsste, dass er die Grenzen dichtgemacht hat. Wie wäre es hier mit der journalistischen Provokation gewesen? Zum Beispiel der These: Ohne Orbán und seine Grenzschließungen gäbe es heute keine Bundeskanzlerin Merkel mehr!“

Für ***Wolfram Weimer*** *gab es bei dem „Duell“* ***keinen Sieger****, weil es* ***kein Duell*** *gab, wie er im Magazin „The European“ (4. September) bemängelt:*

„In der Substanz der Politik, in fast allen wesentlichen Sachfragen sind die Meinungsunterschiede der beiden winzig ... so fühlte sich der Abend mehr an wie ein Kamingespräch beim Rotary Club in Baden-Baden. Und jeder, der nach diesem Geplätscher der Berliner Politik einen der beiden zum Sieger erklärt, muss ein Parteibuch haben.“